

SPW

Zeitschrift
für
Sozialistische
Politik
und
Wirtschaft

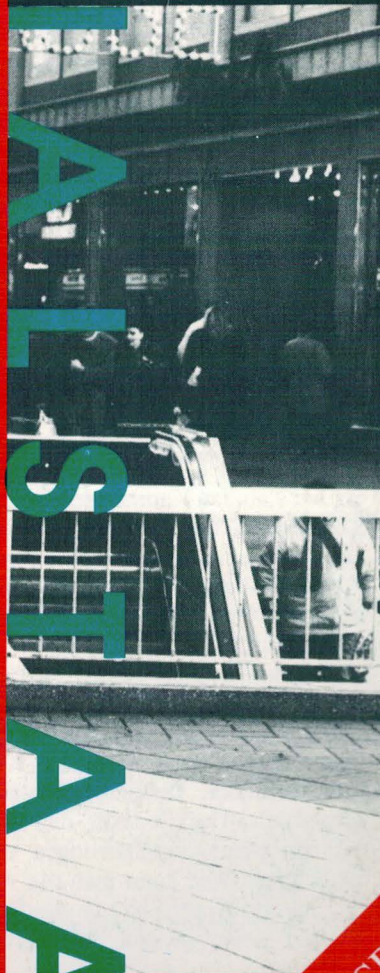
SOZIALISTISCHER STAAT

WOLF-MICHAEL
CATENHUSEN
Standortpolitik
kontra Bürgerrechte

GERHARD BÄCKER
Sozialstaat im Abbruch

MARIANNE WEG
Frauenorientierter
Umbau in der Krise

Interview
mit Rudolf Dreßler



KURZUM

von Uwe Kremer

Die sozialdemokratische Linke pflegt Parteitage nach Parteitagskriterien zu beurteilen - vor allem danach, wie die gefaßten Beschlüsse aussehen und welche Äußerungen die Parteiobersten von sich gegeben haben. Die einen Linken neigen dann dazu, eigene Erfolge herauszulesen, während die anderen auf die Unzulänglichkeit der formulierten Positionen verweisen. So auch diesmal (und auch in diesem Heft) in Bezug auf den Wiesbadener Parteitag, die dort gefaßten Beschlüsse und die Rolle von Rudolf Scharping, der sich seit geraumer Zeit ja einer recht deutlichen „sozialkämpferischen“ Sprache befleißigt. Man muß m.E. die Parteitagsbrille absetzen und übergreifende Kriterien bei der Beurteilung der innerparteilichen Vorgänge anlegen. Und dann kommt man m.E. zu folgenden Ergebnissen:

Rudolf Scharpings soziale Akzentsetzungen sind - gerade im Vergleich zu den in der Enkelei vorher gepflegten Yuppie-Diskursen - von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die sozialen Kämpfe in unserer Republik und v.a. für die von Isolierung bedrohten Gewerkschaften. Die Linke sollte sich unter diesem Blickwinkel mit Zustimmung nicht zurückhalten (auch wenn das innerparteiliche Feindbild dadurch etwas Schaden nimmt). Doch die Wirtschaftspolitik wird in Regie von Lafontaine definiert - und diese Definitionen orientieren sich - Parteitag hin, Parteitag her - an den Kapitalinteressen in der Konkurrenz der Wirtschaftsstandorte. Die Achse Lafontaine-Scharping ist von beiden gewollt. Kurzum: ein Doppelspiel. Und dies muß deutlich gemacht werden.

Die Linke kann bei diesem Doppelspiel zugucken. Oder sie muß zusehen, daß sie den „Sozialkampf“ mit einer andersartigen wirtschaftlichen Konzeption verbindet. Dabei besteht ihr entscheidendes Defizit darin, daß sie keine eigenen außenwirtschaftlichen Vorstellungen hat: Wie kann man die Abwanderung und Neuschaffung von Industrien und Arbeitsplätzen regulieren und

die Kapitalbewegungen unter Kontrolle bekommen? Dahinter steht die Frage: Wie kann man den hiesigen Verteilungskampf mit dem internationalen Verteilungskampf verknüpfen? Bezeichnend im übrigen, daß im Antragspaket auf dem Parteitag - linke Anträge inclusive - die Nord-Süd-Frage kein Thema mehr war.

Ein weiteres Mal wird in der spw die Situation in Italien kommentiert. Diese Situation ist einerseits sicherlich unvergleichlich - erst recht mit der Lage bei uns. Aber dennoch: Die Umstrukturierungsprozesse im Parteiensystem berühren auch unsere Situation in Deutschland, wo auseinanderbrechende Deutungsmuster und Interessenkonstellationen noch immer vorzugsweise im Rahmen der traditionellen Parteien (Grüne incl.) zusammengeflickt werden. Viel weniger als in anderen Ländern geht die politische Initiative hingegen auf gesellschaftliche Gruppierungen und politische (Nicht-Partei-)Vereinigungen über.

Dabei gehen mir die ständigen Warnungen vor dem „Populismus“, die am Aufstieg rechtsextremer Kräfte festgemacht werden, zunehmend auf die Nerven. Sie erwecken bei mir den Eindruck, daß damit unter dem Banner des „Antifaschismus“ nur das alte Parteiensystem und die darin heimische Kaste verteidigt werden sollen. In seinem Italien-Kommentar verweist Marco Piantini darauf, daß - MSI-Erfolge hin oder her - auch das Fruchtbare des Zerfalls überkommener politischer Strukturen gesehen werden muß. Anders ausgedrückt: Der Zerfall derartiger Strukturen mag mit einer Stärkung rechtspopulistischer Strömungen einhergehen, er dürfte aber auch die notwendige Voraussetzung für die Neuformierung populärer linker Tendenzen sein.

Die parteitagsgeschulte SPD-Linke sollte gerade in diesem Zusammenhang noch wesentlich stärker und offensiver auf überparteiliche Diskurse, Initiativen und Experimente setzen und sich darüber wesentlich eigenständiger und öffentlicher als bislang profilieren. Daß uns Rudolf Scharping aus eingangs genannten Gründen zur Zeit den Wahlkampf für die SPD und ihren Spitzenkandidaten erheblich erleichtert, sollte uns nicht davon ablenken, daß es auch und gerade im Wahljahr 1994 seitens der Linken noch weitere Akzente zu setzen gilt.



Aufeinander zugehen

tag

Die Ost-West-Wochenzeitung

Ich möchte den FREITAG kennenlernen...

und bestelle 6 Ausgaben zum Probiertpreis von DM 12,- (nur Vorkasse: Bar oder Scheck), wird der Bezug nicht vor Erhalt der 5. Ausgabe gekündigt, wandelt sich das Probeabo in ein reguläres Abonnement um.

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift
Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche (Poststempel) beim FREITAG, Postfach 360 520, 1000 Berlin 36 widerrufen kann.

2. Unterschrift _____

Einsenden an: Vertrieb FREITAG
Postfach 360 520, 1000 Berlin 36

Herausgeber Herausgeberinnen:
Hilke Albrecht (Berlin)
E. Ingrid Baumann (Hamburg)
Karin Benz-Oberhahn (Frankfurt/Id.)
Dietmar D. Lew (Frankfurt/Id.)
Kathrin Fuchs (Hamburg)
Christa Grottel (Kiel)
Dietrich von Hartmann (Gießen)
Susanne Jäbbeck (Bremen)
Kurt Neumann (Berlin)
Peter von Oertzen (Hamburg)
Horst Peter (Kassel)
Sandra Scharpils-Spork (Kaufbeuren)
Thomas Westphal (Lübeck)

Redaktion:
Ingo Arns
Gisela Becker
Uwe Kremer
Heiner Kockertreck
Fiete Sals
Ralf Schmitz
Claudia Walther
Sigit Zoerner

Redaktionssekretär:
Ralf Kramer

Redaktions- und Verlagsanschrift:
Kieker Str. 13, 51065 Köln
Telefon (0221) 623271, Telefax
(0221) 612815

Verlag:
spw-Verlag Redaktion Gmbh
Kieker Str. 13, 51065 Köln

Geschäftsführung:
Andreas Bach
Gisela Sals
Haus Peter Schulz

Konto des Verlages:
Postkonto Darmstadt
Kto. Nr. 32143469, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr
mit ca. 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 58,-
ermäßigtes Jahresabonnement
für Schüler, Lehrer, Studentinnen,
Erwerbslose DM 49,-
Auslandsabonnement DM 61,-

Abbestellungen mit einer Frist von drei
Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und
Zuschriften. Manuskripte sollen in
Maschinenschrift und mit einem ausre-
ichenden Rand versehen sein.
Zuschriften sollten 12 Manuskriptauf-
sätze mit einem Auswahlschreiben für
eine MS-DOS Textverarbeitung
System 5.1.4 oder 3.1.2 zumi-

ISSN 0170-4613
spw Verlag Redaktion Gmbh 1394

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Vervielfältigung
und Verbreitung, auch auszugsweise,
ist ohne schriftliche Genehmigung.

Titelfoto
Stephan Hoppner/Kieker

Satz und Gestaltung:
Gisela Becker

Druck:
Gisela Becker

Uwe Kremer

KURZUM 2

NEUE SPW

Die Herausgeberinnen und Herausgeber der spw

Editorial 4
Mitteilung der spw-Geschäftsführung 6
Ralf Schmitz
spw/ProMS-Herbsttagung 1993 7

MAGAZIN

Klaus Hahnzog
Innere Sicherheit kontra Grundrechte? 9
Wolf-Michael Catenhusen
Standortpolitik kontra Bürgerrechte
SPD-Länder für industriefreundliche Novellierung
des Gentechnikgesetzes 10
Heidrun Alm-Merk
Wem nützt das PKK-Verbot? 11
Marco Piantini
Schöpferische Zerstörung
Italiens Parteiensystem im Umbruch 12

SOZIALSTAAT

Ralf Krämer: Einleitung 13
Gerhard Bäcker
Sozialstaat im Abbruch 14
Marianne Weg
Frauenorientierter Umbau des Sozialstaates in der Krise 20
Interview mit Rudolf Dreßler
Die Arbeitslosigkeit zu halbieren versuchen 24

SOZIALDEMOKRATIE

Horst Peter
Programmatische Bestandssicherung
Eine Nachlese zum Wiesbadener SPD-Parteitag 28
Ralf Krämer
Schlimmeres verhindert, Widersprüchliches beschlossen
Wirtschaftspolitische Diskussionslinien in der SPD 30
Susie Möbbeck/Svenja Schulze/Thomas Westphal
Thesen zur Lage der SPD und zur Strategie
sozialistischer Parteilinker 34

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG

Hella Baumeister/Carsten Sieling
Mit der Vier-Tage-Woche in den 'kollektiven Freizeitpark'!? 38
Herbert Schaaff
Vollbeschäftigung und Arbeitszeit 40

INTERNATIONALISIERUNG

Willi Brüggem
Perspektiven einer sozial-ökologischen Regulierung
des Weltmarkts 46
Joachim Schuster
Europäisierung als strategische Aufgabe 52

RECHTSEXTREMISMUS

Christoph Butterwegge
Rechtsextremismus als Jugendrevolte
gegen den Sozialliberalismus? 56

Editorial

Erklärung der Herausgeber und Herausgeberinnen der spw

Mit dieser Ausgabe der *spw* stellt sich den Leserinnen und Lesern ein neuer Herausgeber- und Herausgeberinnenkreis vor. Er nimmt in derselben Zusammensetzung zugleich auch die Funktion eines Aufsichtsrates der *spw*-Verlags-gesellschaft wahr. Diese personelle Veränderung und Erweiterung des Kreises der für das *spw*-Projekt leitend verantwortlichen Personen ist weit mehr als nur die turnusmäßige Erneuerung oder die gelegentlich notwendige Erweiterung eines politischen Gremiums. Der neue HerausgeberInnen-kreis markiert vielmehr den Entschluß, das ganze Projekt auf eine neue, tiefgreifend veränderte Grundlage zu stellen.

Das Projekt *spw* ist bekanntlich aus der jahrzehntelangen kontinuierlichen Zusammenarbeit einer bestimmten Strömung innerhalb der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten hervorgegangen. *spw* definierte seine Traditionslinien bewußt „dissident“ gegenüber beiden „Hauptströmungen der Arbeiterbewegung“ und bezog sich positiv auf die von Paul Levi (KPD-/SPD-Dissident) in der Weimarer Republik gegründete „Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft“. Es war dementsprechend durch deutlich erkennbare programmatische und politische Positionen gekennzeichnet:

- durch das erklärte Bekenntnis zu einer ganz bestimmten marxistischen Traditionslinie, die in der jüngeren Vergangenheit ihren Ausdruck vor allem in der sog. „Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus“ gefunden hat;

- durch den deutlichen Bezug auf die antifaschistische Tradition der Linken und scharfe Kritik am von den USA geführten Lager des westlichen Kapitalismus sowie durch eine relativ verständnisvolle und kooperationsbereite Haltung gegenüber dem sogenannten „realen Sozialismus“ - ungeachtet der prinzipiellen Kritik an dessen undemokratischen Strukturen, die allerdings bei einigen zeitweise bis zur Unkenntlichkeit in den Hintergrund trat;

- durch die dezidierte Orientierung

auf die SPD und die Arbeit in ihr mit dem Ziel, die Sozialdemokratie auf den Weg einer im marxistischen Sinne sozialistischen Politik zu bringen.

Nicht wenige der neu berufenen *spw*-Herausgeber und Herausgeberinnen haben in der Vergangenheit diesen Positionen skeptisch, kritisch oder sogar schroff ablehnend gegenüberstanden, zumal wenn sie in der DDR die inhumanen Auswirkungen des „realen Sozialismus“ selbst erlebt haben. Nichtsdestoweniger haben sie die Einladung zu verantwortlicher Mitarbeit am *spw*-Projekt angenommen. Diese Entwicklung mag bei dem einen oder anderen Erstaunen, Skepsis oder gar Mißtrauen hervorgerufen haben; auf jeden Fall bedarf sie einer ausdrücklichen Begründung.

Diese Begründung ist sehr einfach. Wir alle sind gemeinsam zu der Überzeugung gelangt, daß sich in den letzten Jahren die ökonomischen, sozialen, politischen und soziokulturellen Rahmenbedingungen sozialistischer Politik von Grund auf gewandelt haben, daß es sinnlos geworden ist, alte politische und/oder organisatorische Frontstellungen einfach ungeprüft aufrechtzuerhalten, und daß stattdessen eine grundlegende Neuorientierung der sozialistischen Linken erforderlich geworden ist.

Dies gilt besonders im Kontext des Zusammenbruchs des „realen Sozialismus“, der zur Folge hat, sozialistische Politik jenseits des Ost-West-Denkens und unter Einbeziehung unterschiedlicher Biografien neu zu formulieren und aus der Analyse der Situation Ziele neu zu gewinnen und zu gewichten. Die Ziele, Absichten und Hoffnungen derjenigen, die in der DDR und in der Phase des Umbruchs dem Sozialismus ein demokratisches und menschliches Gesicht geben wollten und nach politischen Alternativen suchten, sind für diesen Weg unverzichtbar.

Im Unterschied zu vielen anderen, die angesichts vielfacher „neuer Unübersichtlichkeiten“ zusammen mit eindeutig überflüssigem Ballast auch das Projekt des Sozialismus insgesamt

gleich mit über Bord geworfen haben, halten wir allerdings an der Grundidee des Sozialismus in seiner ursprünglichen Gestalt fest: an der Vorstellung einer Gesellschaft, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“, wie es im „Manifest“ heißt. Wir halten fest an der Zielvorstellung der „Überwindung der Klassengesellschaft“, wie sie im Berliner Programm der SPD formuliert wurde. Wir beharren auf den Forderungen eben dieses Programms: „Das Kapital hat dem Menschen zu dienen und nicht der Mensch dem Kapital“. Wir sind und bleiben der begründeten Überzeugung, daß auch die großen Menschheitsfragen, die weit über die traditionelle „soziale Frage“ hinausreichen - Erhaltung und Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen, Frieden und gute Nachbarschaft zwischen den Einzelnen und den Völkern - sich nur dann lösen lassen, wenn die Logik der ungebändigten, das heißt der kapitalistischen Marktwirtschaft gebrochen worden ist. Zugleich und damit verbunden ist der Kampf um die Emanzipation der Frauen und Gleichstellung der Geschlechter zu führen. Entscheidend ist: wir betrachten diese Grundsätze nicht als Versatzstücke sozialdemokratischer Festveranstaltungen, sondern als Maximen praktischen politischen Handelns.

Insofern sind wir Sozialistinnen und Sozialisten im traditionellen Sinne und sofern wir die kritische Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen des politischen Handelns auf Theorien, Kategorien und Methoden eines kritischen und nicht zum Dogma erstarrten Marxismus stützen, bleiben wir auch den marxistischen Traditionen verbunden. Dabei sind wir uns bewußt, daß die geistigen Quellen radikaler Kritik am Kapitalismus und der Vorstellung einer befreiten menschlichen Gesellschaft auch an vielen anderen Orten außerhalb der Umzäunungen der marxistischen Schulen gesprudelt haben und sprudeln.

Wir wollen dabei auch Impulse aus Strömungen und geistigen Kräften aufnehmen, die nicht traditionell der Ar-

beiterinnen- und Arbeiterbewegung verbundenen sind, sondern anderen und neueren sozialen Bewegungen. Genannt seien die Frauenbewegung, die Ökologiebewegung und die internationale Solidaritätsbewegung, die aus der Bürgerbewegung der DDR kommenden Demokratieimpulse und die aus dem konziliaren Prozeß der Kirchen erwachsenen Forderungen, die in den Dreiklang „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ münden.

Wir wissen jedoch, daß die Lösungen für die vor uns liegenden gesellschaftlichen Probleme nicht allein durch Rückgriff auf vorhandene Theorie- und Programmbestände, sondern nur durch eigenes kritisches Nach- und Vordenken gefunden werden können.

Die Gründe für neues kritisches Nachdenken sind vielfältig und teilweise eng miteinander verflochten:

- Das ökonomisch-soziale Scheitern, die politisch-moralische Diskreditierung und schließlich der faktische Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ haben die Idee des Sozialismus in Verfall gebracht und vermeintliche alte Gewißheiten erschüttert.

- Das parallel zu dieser Entwicklung erfolgte Scheitern einer „nachholenden Industrialisierung auf sozialistischer Grundlage“ in vielen Ländern des postkolonialen Südens hat viele Hoffnungen auf eine von dorthin inspirierte sozialistische Veränderung erlöschen lassen.

- Der moderne „westliche“ Industriekapitalismus hat sich im Wettkampf mit dem „realen Sozialismus“ als überlegen erwiesen. Seine eigenen Krisen konnte der Kapitalismus auf Kosten des Südens und der Natur abfedern.

In einem offensichtlichen, ja geradezu provozierenden Gegensatz zur argumentativen und politischen Schwäche der sozialistischen Linken sind die alten Probleme, zu deren Lösungen die verschiedenen antikapitalistischen und sozialistischen Bewegungen angetreten waren, mit dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ keineswegs verschwunden, sondern verschärft sichtbar geworden und neue, noch bedrohlichere sind hinzugetreten:

- Die nachholende kapitalistische Entwicklung des Südens ist weitgehend gescheitert. Die globale Ausdehnung des westlichen Industriemodells ist auch ökologisch nicht verantwortbar, das unterstreicht die Notwendigkeit ökologischen Umbaus in den kapitalistischen Zentren.

- Die kapitalistisch gewordenen Gesellschaften des ehemaligen „realen Sozialismus“ tendieren offenbar weniger zum demokratischen Wohlfahrtsstaat westeuropäischer Prägung als in die Richtung der Gesellschaften des postkolonialen Südens mit vergleichbaren ökonomischen, sozialen, ökologischen und politischen Folgen, auch für die westlichen Industriestaaten.

- Zum ersten Mal in der Geschichte beherrscht der Kapitalismus ohne die Konkurrenz alternativer Gesellschaftssysteme die ganze Weltwirtschaft. Niemand weiß, welche Folgen dieser Umstand haben wird. Vielleicht steht uns das Zeitalter der umfassenden kapitalistischen Weltwirtschafts-, Gesellschafts- und Umweltkrisen erst noch bevor.

- Die kapitalistische Organisation des Weltmarkts spitzt die Probleme der weltweiten Naturzerstörung immer mehr zu.

- Die beginnende „Modernisierung“ traditioneller noch nicht voll durchkapitalisierter Gesellschaften führt zunehmend zu radikalen religiös-kulturellen, ethnisch-nationalen und sozialen Gegenbewegungen mit unabsehbarer Wirkung.

- Der Fortfall des bipolaren nuklearen Abschreckungssystems bei gleichzeitiger unaufhaltsamer Verbreitung von Massenvernichtungswaffen macht menschenbedrohende lokale oder regionale Kriege wahrscheinlicher.

- Die UNO ist heute vor allem die kollektive ökonomisch-politische Interessenvertretung der G 7 - Staaten, d.h. der kapitalistischen Metropolen unter Führung der USA, und daher faktisch außerstande, eine gerechte ökonomische, soziale und politische Weltfriedensordnung zu schaffen.

Vor allem aber - und für uns unmittelbar von Bedeutung - befindet sich in den fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften der demokratische Wohlfahrtsstaat in einer sich zuspitzenden ökonomischen, finanziellen, sozialen, politischen und moralischen Krise. Es zeichnet sich eine umfassende Gesellschaftskrise ab. Rassismus, Rechtsextremismus, „Politikverdrossenheit“, und die zerstörerischen Gegenmittel der Herrschenden, populistische Volksverhetzung und autoritäre Verformung des Rechtsstaats, „Deregulierung“ und „Sozialabbau“ sind die Ausdrucksformen dieser Krise.

Dieser Situation muß die sozialistische Linke sich stellen. Derzeit fehlen ihr dafür aber nicht nur die politischen Machtmittel, sondern leider auch die erforderlichen Analysen und Konzepte. Die offizielle sozialdemokratische Programmatik läßt - trotz der Ansätze in „Fortschritt 90“ - wieder wie gehabt Konjunkturpolitik, Strukturpolitik, Finanz- und Steuerpolitik, Sozialpolitik, Wissenschafts- und Technologiepolitik sowie Umweltpolitik nebeneinanderherlaufen, ohne die z.T. durchaus diskutablen einzelnen Lösungsvorschläge zu einem Gesamtprogramm des ökologisch-sozialen Umbaus unserer Gesellschaft zu verknüpfen, obwohl im Berliner Programm Ziele und Instrumente einer ökologisch und sozial verantwortlichen Wirtschaftsordnung vorgestellt werden. Hier muß die Linke anknüpfen. Von besonderer Bedeutung wäre es dabei, wenn es gelänge - statt in die „Sparfalle“ konservativer Fiskal- und Sozialpolitik zu rennen - Konzepte für einen Umbau des Wohlfahrts- und Sozialstaats zu entwickeln, einen Umbau, der Staat und soziale Sicherungssysteme unbürokratischer, elastischer, leistungsfähiger und menschlicher, aber nicht unbedingt teurer machen würde, und sich mit den ökologischen Erfordernissen zu einem ökologisch-sozialen Wohlfahrtsstaat weiterentwickeln läßt.

Ähnliches wie für die Gesellschaftspolitik gilt auch für die internationale Politik, in der politischen Solidaritätsarbeit mit verbündeten Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, Entwicklungspolitik, Außenwirtschaftspolitik, Sicherheitspolitik und klassische zwischenstaatliche Außenpolitik miteinander verbunden werden müßten; da das aber nicht überzeugend geschieht, füllt in den Köpfen (auch vieler Linker) ein von aller Realität abgehobener abstrakter UNO-Idealismus die Lücke. In der Praxis bleibt davon dann nur der Vorschlag von Kampfeinsätzen der Bundeswehr für die UNO, die in der Wirklichkeit nur Bündniskriege unter der Führung und im Interesse der USA sein würden.

Es ist auch eine der Aufgaben der Linken, dem Projekt einer rot-grünen Zusammenarbeit über die bloße Koalitionsarithmetik hinaus eine solide programmatische Grundlage zu geben und vor allem über die realen sozialen Grundlagen eines solchen Bündnisses

nachzudenken. Rotgrün allein ist noch nicht die gesellschaftliche Mehrheit. Die politische Koalition muß durch gesellschaftliche Mobilisierung gestützt werden.

Auch die notwendige kritische Auseinandersetzung mit dem Desaster des „realen Sozialismus“ - und vor allem mit den persönlich daran beteiligten und davon betroffenen Menschen - kann und muß in erster Linie von den Verfechterinnen und Verfechtern des wirklichen Sozialismus geleistet werden. Der linke polnische Schriftsteller Adam Michnik - von den Kommunisten viele Jahre verfolgt - hat formuliert: Amnestie, aber keine Amnesie. Das heißt: kein moralischer oder gar juristischer Vernichtungskrieg gegen die ehemaligen Anhänger oder Sympathisierenden des realen Sozialismus, wohl aber kritische Erinnerung und radikale Kritik von Irrtümern, Fehlentwicklungen und moralischem Versagen. Diese Kritik darf nicht von einem nachträglichen McCarthyismus überdeckt werden, der die Beteiligten dazu zwingt, an ihrem Freispruch zu arbeiten, und damit die Bearbeitung der gesellschaftlichen Wirklichkeit verschüttet.

Das sind umfassende Ziele; das Projekt *spw* kann und sollte sich nicht mehr vornehmen, als einen kleinen begrenzten Beitrag zur Erreichung dieser Ziele leisten zu wollen. Schwerpunkt unserer Arbeit sollte sein, zwischen theoretischer programmatischer Diskussion und politischer Praxis zu vermitteln. Eine solche Aufgabenstellung unterscheidet *spw* von reinen linken Theoriezeitschriften oder wissenschaftlichen Diskussionszirkeln. Gegenüber anderen politisch-theoretischen Publikationen zeichnet sich *spw* durch ihre sozialistische Tendenz und ihre Orientierung auf die Arbeit in der SPD aus - wobei lebendige Kontakte und offene Diskussionen mit Nicht-Sozialdemokratinnen und Nicht-Sozialdemokraten ausdrücklich eingeschlossen sind. Die Zeiten, da die Linke glauben durfte, daß die Partei - welche auch immer - die Führung der sozialistischen Bewegung monopolisieren könnte, sind vorbei.

Innerhalb der verschiedenen Diskussionszusammenhänge der SPD-Linken wie „Frankfurter Kreis“ und „Parlamentarischer Linke“ strebt *spw* weder eine Sonderrolle noch eine Sondergruppierung an. Wir wollen uns

um Projekte und Diskussionszusammenhänge kümmern, die sonst nicht zustandekommen würden, und stehen darüberhinaus der gesamten Linken innerhalb und außerhalb der SPD als Diskussionsangebot zur Verfügung. Zur Mitarbeit ist jede und jeder herzlich eingeladen - unbeschadet früherer Frontstellungen.

Zum Schluß: eine so tiefreichende Veränderung, wie wir sie eingeleitet haben, kann sich nicht auf einen Schlag, sondern nur ganz allmählich vollziehen. Und sie kommt auch nicht bloß durch die Arbeit des Trägerkreises der *spw* zustande. Wir brauchen neue Leserinnen und Leser, Diskussionspartnerinnen und -partner, Autorinnen und Autoren - und natürlich materielle Unterstützung. Ohne die aktive Teilnahme von Genossinnen und Genossen, von Kolleginnen und Kollegen, die jetzt noch andere Wege gehen oder abseits stehen, kann unser Vorhaben nicht gelingen. Aber das neue Projekt *spw* macht Mut. Wir wollen in der Krise die Kräfte der Linken bündeln, statt die Energien in Spaltungen zu verbrauchen.

P. v. Oertzen, C. Hanewinkel,
H. Peter und D. Dehm
in Springe, Oktober 1993



spw intern

Liebe Leserinnen und Leser,

heute haltet Ihr die erste Ausgabe der *spw* im neuen Jahr in der Hand. Bei dieser Gelegenheit möchten wir ankündigen, daß noch im Januar die Abgebühren eingezogen werden. Wir bitten alle Abonnentinnen und Abonnenten, für entsprechende Deckung zu sorgen. Allen, die noch nicht eine Genehmigung für den Lastschrifteinzug erteilt haben, senden wir eine Rechnung zu. Dabei bitten wir nochmals, auf Lastschrift umzustellen, da dieses Verfahren *spw* eine Menge Arbeit und Geld sparen hilft.

Wir möchten auch nochmals auf die ab 1994 erhöhten Abonnementpreise hinweisen. Das Normalabo der *spw* kostet nun DM 58,-; das ermäßigte Abo (nur bei Bescheinigung) DM 49,-; das Auslandsabo DM 61,-.

spw/ProMS-Herbsttagung 1993

„Neue“ *spw* aus der Taufe gehoben

von Ralf Schmitz*

Am vorletzten Oktoberwochenende 1993 trafen sich in der Heimvolkshochschule in Springe (in der Nähe von Hannover) rund 50 Genossinnen und Genossen zur letzten Herbsttagung des „Projekt Moderner Sozialismus“ (ProMS), die zugleich den Übergang zu einer neuen Entwicklungsetappe der Zeitschrift *spw* und ihres politisch-theoretischen Zusammenhanges einläutete.

Christel Hanewinkel: Ich verspreche mir, daß die *spw* dadurch, daß ich als jemand aus den östlichen Bundesländern dabei bin, bestimmte Themen stärker beleuchtet wird. Dabei sind die „typisch ostdeutschen“ Themen meistens gar keine, sondern Themen, die östliche und westliche Bundesländer gleichermaßen betreffen, nur daß sich die Probleme im Osten wesentlich zugespitzter darstellen. Mir wird aber auch mit aller Schärfe deutlich, daß wir die wirtschafts- und sozialpolitischen, ökologischen und anderen Fragen nicht nur auf Deutschland und auch nicht nur auf Europa beschränken können, sondern alles immer mehr davon abhängt, wie es auch weltpolitisch weitergeht. Das ist für mich auch ein Punkt der Tradition des konziliaren Prozesses in der DDR, aus der ich komme, mit den Themen Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung, wo die Probleme seit 10 Jahren auf der Tagesordnung der Kirche standen, aber seit '89 wie vergessen sind, während die Lösung dieser Probleme drängender denn je ist.

1978 erschien in Berlin die erste Ausgabe der (wiedergegründeten) „Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft“ *spw*. Sie war im wesentlichen ein Produkt des „Hannoveraner Kreises“ der Jusos und damit verbundener Gruppen von „Marxisten in der SPD“. Sie stand sicherlich in inhalt-

lich enger Beziehung zu den Positionen dieser Strömung, wie sie etwa im Hamburger Juso-Strategiepapier Anfang der 70er Jahre und in den „Herforder Thesen“ Ende der 70er Jahre ausformuliert worden waren. *spw*, die seit 1990 in veränderter Aufmachung in Köln erscheint, ist allerdings nie ein Fraktionsblättchen gewesen, sondern hat als politisch-theoretische Zeitschrift Diskurse der Linken und Entwicklungen in der Sozialdemokratie verfolgt und zu inhaltlichen Schwerpunkten und aktuellen Auseinandersetzungen Autorinnen und Autoren aus einem breiten Spektrum der Linken zu Wort kommen lassen.

Horst Peter: Nach dem Einschnitt 89/90 meine ich, daß die Linke in einen neuen theoretischen und praktischen Arbeitszusammenhang gestellt werden muß. Sozialdemokraten müssen dazu einen wesentlichen Beitrag leisten, damit die künftige Entwicklung der Bundesrepublik in Richtung Reform und nicht in Richtung vorgestern verläuft. Da scheint *spw* eine geeignete Arbeitsform für den notwendigen gesellschaftlich-inhaltlichen Diskurs.

Die Springer Tagung sollte nun den bisherigen Zusammenhang von „marxistischer Strömung“ und Zeitschrift im dialektischen Doppelsinn „aufheben“ (im Sinne der Überwindung zu einer neuen Qualität und zugleich Bewahrung wesentlicher Inhalte) und damit eine Entwicklung abschließen, die in der zweiten Hälfte der 80er Jahre vor allem mit zwei sehr unterschiedlich angelegten Elementen ihren Ausgang genommen hatte:

- dem „Projekt Moderner Sozialismus“ (ProMS), das aus den Theorietaugungen des „Hannoveraner Kreises“ der Jusos hervorgegangen war, mit den „53 Thesen“ andere marxistische bzw. sozialistische Theorieansätze in sich aufnahm und zugleich die Kontinuität der *spw* gesichert hat, und
- der „Programminkeln“ aus Vertreterinnen und Vertretern verschiedener sozialistischer Ansätze in der SPD-Linken, die das Berliner Grundsatzpro-

gramm der SPD maßgeblich prägen konnte und die sich nunmehr überwiegend im neuen HerausgeberInnenkreis der *spw* wiederfindet

Es waren vor allem diese beiden Stränge, die auf der Springer Tagung in einem neuen Vorhaben zusammenflossen.

Diskussion zur Sozialdemokratie (-Orientierung)?

Inhaltlich im Mittelpunkt der Tagung stand die Diskussion über die Entwicklung der SPD - noch im Vorfeld des Wiesbadener Parteitags (s. dazu auch Beiträge in diesem Heft) - und der eigene Bezug auf diese real existierende Sozialdemokratie. Daß diese Diskussion nun wieder geführt werden muß, ist sicher - so das Gros der TeilnehmerInnen - der mit „Petersberg“ symbolisierten Rechtsentwicklung und Entdemokratisierung der SPD geschuldet. In den letzten *spw*-Ausgaben hatte sich diese Diskussion ja schon in einigen Artikeln niedergeschlagen und auf

Diether Dehm: In der Entwicklung der alten „Stamokap“-Gruppierung gab es zwei Einschnitte. Der erste war Mitte der 70er Jahre mit der Biermann-Ausbürgerung und den jetzt in der *spw* noch einmal dokumentierten Ereignissen des Juso-Bundeskongresses 1977. Der zweite Einschnitt ist, daß der Bezug zum realen Sozialismus, der trotz innerer Abkehr in den 70er Jahren ja noch immer ein immanenter innerhalb der Strömung war, mit dem Ende der Sowjetunion entfiel. Von daher ist die Grundlage für ein gewisses Sektierertum bei uns und auch eine Ausgrenzungsideologie nicht mehr gegeben. Die Konsequenz daraus ist, daß wir uns schon seit einiger Zeit bemühen, die *spw* auf breitere Füße zu stellen. Es ist dringend für die Linke in der Partei, daß gewisse vordergründige Gräben zugeschüttet werden und wir uns gemeinsam um eine Renovierung der Partei von links bemühen.

* Ralf Schmitz, *spw*-Redaktion, Leverkusen. Die Interviews, denen die Aussagen von Herausgeberinnen zu ihren Erwartungen an die neue *spw* entnommen sind, führte Fieta Saß, *spw*-Redaktion.

deren Grundlage wurde nun auch in Springe diskutiert. Wenngleich Oliver Brosch-Guesnets Diktum vom „auslaufenden Politikmodell“ über die traditionelle Diskussion der Fragestellung „Sozialdemokratie-Orientierung“ hinausgeht, hat hier Peter von Oertzen sicher recht mit seiner Vermutung, hinter der massiven Abkehr von der SPD stecke letztlich die Enttäuschung über das Scheitern eines Politikansatzes, der zu stark auf die zentrale Rolle der Sozialdemokratie - und letztlich des Staates - für fortschrittliche Politik fixiert gewesen sei. Daß es aber auch ohne Partei gehe, wollte Peter von Oertzen dagegen nicht gelten lassen. Offen blieb schließlich die Frage, ob sich nicht auch in der SPD zukünftig ein Politiktypus durchsetzt, der sie zu einer Art „Dachverband“ verschiedener fortschrittlicher Kräfte werden läßt.

Mehr mit der konkreten Politik der SPD und ihren Perspektiven setzte sich Susi Möbbeck auseinander (s. auch den Artikel von Susi Möbbeck, Svenja Schulze und Thomas Westphal in dieser *spw*-Ausgabe): Die Enkelgeneration habe den Inhalt des Berliner Programms innerhalb kürzester Zeit zugunsten einer „ökologisch aufgeladenen, neoliberalen Wirtschaftspolitik verramscht“. Es gehe der SPD-Führungsgarde nicht mehr um den Sozialstaat als integrierendes Gesellschaftsprojekt, sondern nur noch um die „soziale Abfederung der weltmarktorientierten Standortkonkurrenz durch Almosen für Marginalisierte“. Von der im Berliner Programm formulierten Politik des sozialen und ökologischen Umbaus als zeitgemäßer Antwort auf die Zivilisationskrise hätten sich diese Politiker längst verabschiedet.

Die neuen *spw*-HerausgeberInnen

Nachdem schon im gesamten Jahr viele Gespräche geführt worden waren, um das ambitionierte Projekt der neuen *spw* vorzubereiten, die einen Beitrag zur Zusammenführung der bisher zersplitterten sozialistischen Kräfte innerhalb - und außerhalb - der Sozialdemokratie leisten soll, war es nun soweit, die „Gesichter“ zu präsentieren. Die Gesellschaftsversammlung der *spw*-GmbH wählte die neuen HerausgeberInnen der *spw*. Dem HerausgeberInnenkreis gehören nunmehr an:

- Heinz Albrecht, Widerstandskämpfer und früherer Leiter des Marxistischen Arbeitskreises der Berliner SPD
 - Karin Benz-Overhage, Vorstand der IG Metall, Frankfurt
 - Edelgard Bulmahn, Bundestagsabgeordnete aus Hannover, neu gewähltes Mitglied des Parteivorstands
 - Diether Dehm, Kulturmanager, Stadtrat in Frankfurt, stellv. Bundesvorsitzender der AG der Selbändigen in der SPD
 - Katrin Fuchs, Bundestagsabgeordnete aus Ostwestfalen-Lippe, Mitglied des Parteivorstands
 - Christel Hanewinkel, Bundestagsabgeordnete aus Sachsen-Anhalt
 - Detlev von Larcher, Bundestagsabgeordneter aus dem Bezirk Hannover, Koordinator des Frankfurter Kreises
 - Susi Möbbeck, ehemalige Juso-Bundeschvorsitzende, Bremen
 - Kurt Neumann, Mitglied des SPD-Landesvorstands Berlin
 - Prof. Peter von Oertzen, langjähriges Mitglied des Parteivorstands, Hannover
 - Horst Peter, Bundestagsabgeordneter aus Kassel, früherer Koordinator des Frankfurter Kreises
 - Sigrid Skarpelis-Sperk, bayerische Bundestagsabgeordnete, Mitglied des Parteivorstands
 - Thomas Westphal, Juso-Bundeschvorsitzender, Lübeck
- Zum Sprecher des HerausgeberInnenkreises wurde Horst Peter bestimmt.

Peter von Oertzen: Ich verspreche mir von dem neuen *spw*-Projekt eine klarere Konturierung der sich als entschieden sozialistisch verstehenden Genossinnen und Genossen innerhalb der sozialdemokratischen Parteilinien. Das Projekt *spw*, das sich ja um eine politische Zeitschrift gruppiert, kann dazu dienen, die häufig ein bißchen wirren und auseinanderlaufenden Diskussionen innerhalb der Linken der SPD zu kanalisieren, ihnen einen Ausdruck zu geben, sie kontinuierlicher zu gestalten und im Übrigen zwischen theoretischen Diskussionen und der politischen Praxis das notwendige Scharnier zu bilden. Das Projekt *spw* steht im Brennpunkt unterschiedlicher Tendenzen: Der Vermittlung zwischen lang- und kurzfristigen Diskussionen, der Vermittlung zwischen Theorie und Praxis, der Vermittlung

zwischen unterschiedlichen, aus unterschiedlichen Traditionszusammenhängen kommenden sozialistischen Richtungen, dient also auch der Überwindung vergangener fraktioneller Gegensätze und will dabei insgesamt in die SPD hineinwirken. Und darüberhinaus wird es hoffentlich ein Medium sein, um Kontakte und kontinuierliche Arbeitszusammenhänge anzuregen mit Sozialisten und dezidierten Linken außerhalb der Sozialdemokratie.

Damit schieden neben den verstorbenen Jürgen Egert und Josef Hindels folgende bisherige HerausgeberInnen aus: Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Ursula Pausch-Gruber, Claudia Walther, Kurt Wand und Burkhard Zimmermann.

Weitere personelle Veränderungen

Weitere Veränderungen gab es in der Zusammensetzung der ehrenamtlich tätigen Redaktion: Ralf Krämer wechselte ins Redaktionssekretariat und Ingo Arend schied aus der Redaktion aus, wird *spw* aber sicher auch in Zukunft vor allem in Hinsicht auf Beiträge zu Fragen von Ästhetik und Demokratie verbunden bleiben. Neu in der Redaktion sind die bisherige Mitherausgeberin Claudia Walther und der bisherige Redaktionssekretär Ralf Schmitz. Weitere Redaktionsmitglieder sind wie bisher Gisela Becker, Uwe Kremer, Heiner Kockerbeck, Fiete Saß und Birgit Zorner. Zur besseren Verteilung der vielen - ehrenamtlichen - Arbeit wurde die bisher von Andreas Bach und Ulla Saß gebildete Geschäftsführung um Hans-Peter Schulz ergänzt.

Auch im *spw*-Förderverein gab es einige personelle Veränderungen, am wichtigsten der Wechsel im Vorsitz von Uwe Kremer zu Susi Möbbeck. Da wachsende Einnahmen dieses Fördervereins von zentraler Bedeutung sind, um die Aktivitäten finanziell absichern und ausbauen zu können, an dieser Stelle noch mal der Aufruf an alle Freundinnen und Freunde der *spw*, diesem Verein beizutreten. Unterlagen dazu können beim *spw*-Verlag angefordert werden.

Innere Sicherheit kontra Grundrechte?

von Klaus Hahnzog*

Innere Sicherheit ist für das Zusammenleben in der Gemeinschaft sehr wichtig. Dieses Ziel erfordert Anstrengungen auf verschiedenen Politikfeldern: Innere Sicherheit darf nicht verengt werden auf Polizei- und Strafgesetze, auf Tätigkeit von Polizei, Staatsanwaltschaften, Gerichten und Strafvollzug. Innere Sicherheit ist das Ergebnis von Gesellschaftspolitik. Innere Sicherheit kann nicht absolut gesetzt werden, grundlegende Freiheitsrechte müssen beachtet werden.

I. Der Wiesbadener Parteitag hat mit seiner knappen Mehrheit für den „Großen Lauschangriff“ eine schmerzliche Niederlage für dessen Gegner gebracht. Schmerzlich ist dies nicht nur, weil damit die Privatwohnung - nicht nur die der als Verbrecher verdächtigten, sondern mehr als hundertfach darüberhinaus auch die von Unbeteiligten - als letztes Refugium des Einzelnen dem geheimen Staatszugriff geopfert wird. Schmerzlich ist dies auch deshalb, weil dies ein weiterer Beweis für die „Beliebigkeit“ von Grundrechten war - es scheint an der Zeit, wie in Parlamenten auch auf Parteitagen für solch gravierende Entscheidungen in Zukunft Zweidrittel-Mehrheiten zu fordern.

II. Im weitgehend unstrittigen Teil des Wiesbadener Beschlusses liegen viele - vorher nicht unbedingt zu erwartende - Bewertungen und Handlungsaufträge, die positiv anzusehen sind und nicht untergehen dürfen. So kommen durchgehend zwei Leitgedanken zum Ausdruck und finden konkreten Niederschlag: eine gute Gesellschaftspolitik ist die beste Kriminalpolitik, und das Strafrecht ist ultima ratio.

a) Diese Prinzipien sind nicht nur wichtig für die politische Diskussion, in der häufig nur nach mehr Polizei, härteren Gesetzen und Urteilen sowie härterem Strafvollzug gerufen wird. Diese Leitgedanken sind ebenso wichtig für Aktivitäten auf allen parlamentarischen Ebenen, die kommunalen eingeschlossen. In Ziffer 2 des Wiesbadener Beschlusses werden deshalb beson-

ders betont: Stop der Ellenbogengesellschaft; Bekämpfung von Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit, „neuer Armut“ und Perspektivlosigkeit; Integration von ausländischen Staatsangehörigen; Erziehung und Bildung zur friedlichen Konfliktlösung; Förderung von Partizipation und solidarischer Verantwortunglichkeit.

Einen Punkt möchte ich besonders hervorheben. Gefordert wird eine Gesellschaftspolitik sozialer Prävention, die „Gestaltungsmöglichkeiten und Stellenwert von Sozial-, Gesundheits-, Familien- und Jugendarbeit deutlich erhöht, die sozialen Rahmenbedingungen entscheidend verbessert und und Betreuungarbeit in ausreichendem Umfang ermöglicht. Diese Arbeit wird in erster Linie von Gemeinden und auf deren Zuschüsse angewiesenen Organisationen getragen und ist bei notwendigen Sparmaßnahmen besonders häufig der Gefahr von Streichungen ausgesetzt. Da jede Mark, die hier kurzfristig eingespart wird, später im Polizei- und Justizbereich und auch im Strafvollzug doppelt und dreifach ausgegeben werden muß, ist es dringend nötig, gerade diese Felder der notwendigen sozialen Präventionsarbeit auch personell besser auszustatten.“

b) Wenn es zu Straftaten gekommen ist, müssen vor allem in zwei Bereichen neue Schwerpunkte gesetzt werden:

- Das Strafrecht hat in erster Linie den Täter im Blickfeld, die Situation des Opfers muß aber entscheidend verbessert werden: als Zeuge vor Polizei und Gericht bis hin zum Vorrang der Wiedergutmachung des Schadens vor der Erfüllung der Strafe.

- Die Sanktionsmöglichkeiten für die Strafgerichte müssen auch bei Erwachsenen erweitert werden: Täter-Opfer-Ausgleich, gemeinnützige Arbeit, mehr Strafaussetzung zur Bewährung.

c) Das Zurückdrängen des Gedankens „Strafrecht als ein Allheilmittel zur Lösung gesellschaftlicher Probleme“ zeigt der Wiesbadener Beschluß zur Drogenpolitik: Straflosigkeit des Besitzes von Cannabis und Cannabisprodukten in kleineren Mengen zum Eigenverbrauch, bei harten Drogen in vergleichbaren Fällen Ermöglichung

des Opportunitätsprinzips; flächendeckende Substitutionsprogramme.

III. Was nun den letzten Punkt des Beschlusses „Organisierte Kriminalität gezielt bekämpfen“ betrifft: wichtig ist, daß hier nicht nur die „Unterwelt“, sondern ebenso die „Oberwelt“ mit der „Weiße-Kragen“-Kriminalität gemeint ist. Wichtig ist auch, daß bei der Bekämpfung Maßnahmen gegen Geldwäsche und illegale Gewinne, Verbesserung der Arbeitsstrukturen von Polizei und Justiz, auch im internationalen Bereich, und der verbesserte Zeugschutz vorrangig sind. Erst an vierter Stelle kommt der „Große Lauschangriff“. Es darf auf keinen Fall passieren, daß die im Beschluß vorgesehenen verfahrensmäßigen Sicherungen für den „Großen Lauschangriff“ reduziert werden. Es darf nur ein Gesamtpaket kommen - anders als bei Zuwanderung/Asyl, wo erleichterte Einbürgerung, Entlastung der Kommunen von Kosten für Bürgerkriegsflüchtlinge und Einwanderungsgesetz im Kern von der SPD-Seite nicht durchgesetzt wurden. In das Paket „Innere Sicherheit“ gehören nicht nur die einzelnen Bestandteile des Komplexes „Organisierte Kriminalität“, bis hin zur gleichzeitigen Änderung der Art. 13 GG (Unverletzlichkeit der Wohnung) und 14 GG (Eigentumsgarantie), sondern ebenso die anderen Forderungen des Wiesbadener Beschlusses. Nachdem hier besonders Uli Maurer und Rudolf Scharping immer wieder von diesem Gesamtpaket im weiten Sinn gesprochen haben, müssen sie beim Wort genommen werden. Allerdings bleibt es auch dann immer noch eine schwierige Gewissensentscheidung, ob man im Hinblick auf Art. 13 GG eine Zustimmung verantworten kann. Davon abgesehen erscheint es ohnehin wie eine „Quadratur des Kreises“, wenn man den letzten Satz des Wiesbadener Beschlusses betrachtet:

„Es ist selbstverständlich, daß auch im Bereich der Strafverfolgung die durch Art. 1 GG, 13 I GG, 19 II GG und 79 III GG gezogenen Grenzen des unantastbaren Bereichs privater Lebensgestaltung eingehalten werden müssen.“

* Dr. Klaus Hahnzog MdL, München, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen

Standortpolitik kontra Bürgerrechte

SPD-Länder für industriefreundliche Novellierung des Gentechnikgesetzes

von Wolf-Michael Catenhusen*

Die in der SPD seit langem bestehenden unterschiedlichen Positionen zur Gentechnik wurden lange Zeit durch das gemeinsame Leitziel „Sicherheit hat Vorrang vor wirtschaftlichen Erwägungen, ein Gentechnikgesetz ist notwendig“ verbunden und führten noch bei der Schaffung des Gentechnikgesetzes 1989/90 zu einem einheitlichen Vorgehen von SPD-Bundestagsfraktion und SPD-geführten Bundesländern. Unter dem Druck der Debatte über den Industriestandort Deutschland ist in den letzten anderthalb Jahren bei der Novellierung des Gentechnikgesetzes ein gemeinsames Handlungskonzept auf SPD-Seite verlorengelassen. Dies zeigte sich besonders im Abstimmungsverhalten der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-geführten Länder.

Seit die Bundestags-Enquêtekommision „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ 1987 ihren mit großer Mehrheit verabschiedeten Abschlußbericht vorlegte, haben sich die Meinungen in der Gesellschaft zur Gentechnik weiter ausdifferenziert. Aktuelle Umfragen zeigen: Es gibt immer noch erhebliche Kritik und Skepsis, aber eine große Mehrheit der befragten Bürgerinnen und Bürger steht dem Einsatz gentechnischer Verfahren in bestimmten Gebieten positiv gegenüber, vor allem in der Medizin und in der Grundlagenforschung, bei gleichzeitiger Ablehnung z. B. von gentechnisch manipulierten Lebensmitteln.¹⁾ Dieses Bild hätte sich vor einigen Jahren noch anders dargestellt. Zur Vertrauensbildung haben sicherlich auch die Sicherheitsvorschriften des 1990 verabschiedeten Gentechnikgesetzes beigetragen, ebenso aber auch verbesserte wissenschaftliche Erkenntnisse über das Risikopotential der Gentechnik und seine Beherrschung.

In Teilen der SPD wurde dieser Prozeß im Sinne von mehr Sachlichkeit und sachbezogener Differenzierung nicht aufgenommen. War noch in der letzten Legislaturperiode die Meinung

* Wolf-Michael Catenhusen MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung

zu hören, daß „die Gentechnologie nach der Atombombe wohl die größten Risiken für die gesamte Menschheit enthält“,²⁾ so werden Skeptiker heute zuweilen mit dem lapidaren Satz belehrt: „Wenn heute mit dem Begriff Gentechnik in Deutschland mehr die Gefahren als die Chancen verbunden werden, dann wird häufig übersehen, daß das Mensch-Sein immer schon mit recht hohem Risiko verbunden war.“³⁾ Entscheidend für diesen Umschwung in einem Teil der Partei dürfte das Bestreben sein, sich in der Debatte über den Standort Deutschland durch Aufnahme von Anliegen und Forderungen der Industrie und der Wissenschaft als technologie- und industriefreundlich zu profilieren. „Die enormen Chancen der Bio- und Gentechnologie für die Gesundheit der Menschen“ und die Bedeutung der „Weiterentwicklung der Bio- und Gentechnologie [...] für die Zukunft des Standorts Deutschland“⁴⁾ werden dann betont, eine Rückkopplung in ein Konzept sozial- und ökologieverträglicher Technikentwicklung und -gestaltung unterbleibt.

Der Parteitag in Wiesbaden hat den Initiativantrag 22 in folgender Fassung angenommen:

„Wir kritisieren, daß die SPD-geführten Bundesländer NRW, Saarland, Rheinland-Pfalz und Brandenburg im Bundesrat bei der Novellierung des Gentechnikgesetzes der von der Bundesregierung vorgesehenen Abschaffung der Öffentlichkeitsbeteiligung u. a. bei gentechnischen Freisetzungsvorhaben zugestimmt haben.“

Der Bundesparteitag erwartet, daß alle SPD-geführten Bundesländer sich für die Nachbesserung im Sinne unseres Bundesparteitagbeschlusses von 1991 im Bundesrat einsetzen.“

Dennoch hätte sich die SPD auch von unterschiedlichen Einschätzungen zur Sache her pragmatisch auf ein gemeinsames Vorgehen bei der Novellierung des Gentechnikgesetzes in Bundestag und Bundesrat verständigen können. Unstrittig war und ist: die hohen

Sicherheitsstandards des Gentechnikgesetzes dürfen nicht angetastet werden. Unstrittig war und ist auch: bestimmte bürokratische Regelungen des Gentechnikgesetzes vor allem für gentechnische Arbeiten in der Sicherheitsstufe 1 mußten durchforstet werden, um eine zügigere Bearbeitung gentechnischer Vorhaben zu erreichen.

Die neue Qualität der Bundesratsentscheidung vom 5. 11. 1993 besteht aber darin, daß mit SPD-Stimmen im Bereich der Öffentlichkeitsbeteiligung ein Roll-back eingeleitet wurde, das weit über die Gentechnik hinausweist.⁵⁾ Das gilt besonders für die von der CDU/CSU/FDP-Mehrheit im Bundestag in letzter Minute in den Entwurf aufgenommene Abschaffung der öffentlichen Erörterungen von Bürgereinwendungen bei Freisetzungen. Dieser demokratiepolitische Rückschritt, der in erkennbarem Gegensatz zu den Zielen der SPD etwa in der Verfassungsdebatte steht, wurde von einigen SPD-Ländern nicht nur im Sinne einer zügigen Beschlußfassung hingenommen, sondern sogar aktiv unterstützt.⁶⁾

Diese Entscheidung war weder der Sache noch der politischen Glaubwürdigkeit der SPD zuträglich. Die SPD muß, will sie nicht noch öfter in dieselbe Zwickmühle geraten, zweierlei leisten: sie muß sich selbst innerparteilich auf den - differenzierten - Stand der gesellschaftlichen Diskussion über die Gentechnik bringen und Schlüsse für ihr politisches Handeln auf unterschiedlichen Ebenen ziehen. Und sie muß für sich selbst klären, in welchem Verhältnis ihre umwelt- und demokratiepolitischen Auffassungen zu ihrem Wunsch nach einem standortpolitischen Profil stehen.

¹⁾ Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag: Biologische Sicherheit bei der Nutzung der Gentechnik. Endbericht, Bonn 1993 (= TAB-Arbeitsbericht 20), S. 124-156.

²⁾ Vosen, Josef: Elemente sozialdemokratischer Forschungs- und Technologiepolitik, Bonn 1987, S. 28.

³⁾ Otto, Helga: Enormer Wissenszuwachs. Die Gefahren der Gentechnik werden bei weitem überbetont, in: Gesellschaftspolitische Kommentare, 10/1993, hier: S. 213.

⁴⁾ Erklärung von Siegmund Mosdorf, Helga Otto, Bodo Seidenthal, Ursula Schmidt und Klaus

Wem nützt das PKK-Verbot?

von Heidrun Alm-Merk*

Am 22. November 1993 hat das Bundesministerium des Inneren insgesamt 35 Gruppen und Vereine sowie Organisationen, die in der Bundesrepublik aktiv mit Kurdinnen und Kurden arbeiten, verboten. Das Verbot wurde seit langem von der türkischen Regierung gefordert. Ihm waren zahlreiche Anschläge in der Bundesrepublik Deutschland mit erheblichen Sachschäden, Personenschäden, einigen Schwerverletzten und einem Toten vorausgegangen, die der PKK zugeschrieben wurden. Ob die Verbote standhalten, werden die Gerichte in jedem Einzelfall entscheiden müssen.

Über die Anschläge und die Verbote wurde in den deutschen Medien viel berichtet. Es stellt sich allerdings die Frage, welche Hintergründe das Thema „weit hinten in der Türkei“ hat. Seit vielen Jahren leben Kurdinnen und Kurden in der Türkei in Unterdrückung und Ausnahmezustand. Lange Jahre war nicht nur das Hören kurdischer Musik und das Sprechen der kurdischen Sprache unter Strafe gestellt, blieben ganze Gebiete in der Südost-Türkei unterentwickelt. Der Ausnahmezustand gestattete es, Sondergerichte einzurichten, mit der Folge, daß viele Menschen zum Teil mit konstruierten Vorwürfen, zum Teil aus nichtigen Anlässen in den Gefängnissen verschwanden. Noch heute konstatieren zahlreiche Menschenrechtsvereine schwere Menschenrechtsverletzungen sowohl in Freiheit als auch in der Haft. Wir erinnern uns noch, daß selbst ein deutscher Touristenführer in Südost-Anatolien aufgegriffen und verurteilt wurde, weil

* Heidrun Alm-Merk ist niedersächsische Justizministerin, SPD

Lennartz zur Abstimmung über die Novellierung des Gentechnikgesetzes, Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 180. Sitzung, Bonn, 1. 10. 1993, hier: S. 15584.

⁵⁾ Catenhusen, Wolf-Michael/Burchardt, Ulla: Abbau oder Ausbau von Bürgerrechten? Die SPD kann sich eine zwiespältige Haltung nicht leisten, Sozialdemokratischer Pressedienst, 10. 11. 1993.

⁶⁾ Erklärung von Ministerin Klaudia Martini (Rheinland-Pfalz), Bundesrat, Stenographischer Bericht, 662. Sitzung, Bonn, 5. 11. 1993, hier: S. 524.

er kurdische Musik bei sich hatte. Längst sind auf der Landkarte der Türkei die kurdischen Ortsbezeichnungen verschwunden. Folge der Unterdrückung des kurdischen Volkes, das man über Jahrzehnte versucht hat zu „Bergtürken“ zu machen, war die Organisation von Widerstand.

Die Türkei, die die allgemeine Erklärung der Menschenrechte und zahlreiche internationale Vereinbarungen zum Schutz der Minderheiten unterzeichnet hat, ist auf die Anklagebank des zu ihr gehörenden kurdischen Volkes gekommen, da sie ihren international zugesicherten Verpflichtungen nicht nachgekommen ist. In dieser Zeit der Unterdrückung entstand die PKK, die zunächst nicht nur militant agierte, sondern die Rechte ihrer Bürgerinnen und Bürger einforderte. Der türkische Staat antwortete mit massiven militärischen Einsätzen. Die Eskalationsspirale, mit ihren schrecklichen sinnlosen Morden und zahllosen Opfern, war in Gang gesetzt. Zahlreiche Politikerinnen und Politiker in der Türkei beklagen den massiven Gewalteininsatz auf beiden Seiten und fordern zu Gesprächen auf. Auch ein kurzfristiger Waffenstillstand im Frühsommer letzten Jahres, der eine Möglichkeit zum ersten Gespräch geboten hätte, wurde seitens der Türkei nicht wahrgenommen. Heute werden auch die Stimmen im türkischen Parlament lauter, die fordern, etwas für den Frieden in der Region zu unternehmen. Dennoch wird auf beiden Seiten weiterhin auf dem Rücken der kurdischen Bevölkerung gekämpft, werden Dörfer zerstört, dem Erdboden gleichgemacht, die Bevölkerung vertrieben. Mehr als 1,4 Millionen Kurden befinden sich derzeit im eigenen Land auf der Flucht. Der Konflikt breitet sich aus. Vereinzelt gibt es auch schon Übergriffe auf die Kurdinnen und Kurden in den türkischen Gebieten.

Die Bundesregierung hat mit dem PKK-Verbot dem Wunsch der türkischen Regierung Rechnung getragen, ohne jedoch die türkische Regierung aufzufordern, ihrerseits alles zu tun, daß Menschenrechte und völkerrechtliche Vereinbarungen für Kurdinnen und

Kurden im eigenen Land eingehalten werden. Daher greift das PKK-Verbot zu kurz und wird nicht zur Befriedung sowohl in der Türkei als auch in Europa bzw. der Bundesrepublik Deutschland beitragen. Vielmehr verstärkt es die Spirale der Gewalt, ohne eine wirkliche Alternative zu bieten. Notwendig wäre stattdessen eine Kurdistan-Konferenz auf internationaler Ebene, die das Problem nicht nur der Kurden in der Türkei, sondern auch in Syrien, Irak und Iran aufgreift. Nur dann, wenn ein Volk die Chance zur Selbstbestimmung bekommt - und dies gilt für alle Länder, in denen die Kurden leben -, wird es zu einer Befriedung der Region kommen. Wer aber meint, mit einem Verbot der PKK „dem Spuk“ ein Ende zu machen, täuscht sich. Das Verbot wird eher jene in die Arme der PKK treiben, die sich derzeit legal für die Rechte der Kurdinnen und Kurden eingesetzt haben. Mit dem Verbot der Vereine wird den Kurdinnen und Kurden in der Bundesrepublik die kulturelle Grundlage entzogen. Ein Zustand, den sich die türkische Regierung gewünscht hat. Das kulturelle kurdische Leben ist nun auch in der Bundesrepublik zum Stillstand gekommen.

Die Zeit wird zeigen, daß dies nicht der richtige Weg ist und nur jene den Gewinn erzielen, die auf Gewalt setzen. Niemand, weder der türkische Staat, noch die PKK, wird einen wirklichen Sieg davontragen. Verlierer sind die Kurdinnen und Kurden, und dies kann nicht im Sinne der Bundesrepublik Deutschland sein.

Solidarisch handeln - Cuba unterstützen

Wir beschaffen Ersatzteile für die cubanische Basisindustrie, z. B.:

- Druckindustrie
- Textil
- Ernährung
- Industrie-gase
- Landwirtschaft

Solidaritätswerkstatt e.V.
Ludwigshöferstraße 42
64285 Darmstadt
Telefon und Fax 0 61 51 64 0 66

Spendenkonto:
Post giro Frankfurt am Main
BLZ 500 100 60 Kto 48 78 02 - 6 03
Bitte angeben, ob Spendenbescheinigung erwünscht!



Schöpferische Zerstörung

Italiens Parteiensystem im Umbruch

von Marco Piantini*

Das Schlagwort von den „italienischen Zuständen“ ist längst zu einem Gemeinplatz öffentlicher Auseinandersetzungen geworden. Aus einer fortschrittlichen Perspektive betrachtet, durchlebt das politische System Italiens gegenwärtig eine Phase, die sowohl von Hoffnung als auch von Risiken charakterisiert ist. Hoffnungen beruhen insbesondere darauf, daß es den progressiven politischen Kräften gelingt, nach den „terribili anni ottanta“ („schlimmen achtziger Jahren“) politisch in die Offensive zu treten. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen spiegeln deutlich diesen Zustand wider.

Rom, Genua, Venedig, Palermo, Neapel und Triest stellen nach der Stichwahl vom 5. Dezember 1993 einen von Linksbündnissen mitgetragenen Bürgermeister. Insgesamt hat die Allianz um den Partito Democratico della Sinistra (PDS) in 47 Gemeinden die Bürgermeisterwahl für sich entscheiden können. Die Lega stellt in 24 vorwiegend kleineren lombardischen und venetischen Kommunen den Bürgermeister, während der Movimento Sociale Italiano (MSI) sich in 11 südlichen Städten durchsetzen konnte. Die Democrazia Cristiana (DC) kam auf zwei Bürgermeisterposten.

Nach allgemeiner Lesart hat die Linke am meisten vom Zusammenbruch der alten Machtstrukturen, insbesondere des Zerfalls des sogenannten Zentrums, profitieren können. Üblicherweise wird das Zentrum stets auf der Folie des parteipolitischen Spektrums definiert und eingeordnet. Diese traditionelle Sichtweise verkennt m.E. die kulturelle, soziale und politische Hegemonie bestimmter Machtgruppierungen, die dieses Zentrum ausmachen. Die Verbreitung einer gesteigerten Form des Individualismus und des sozialen Egoismus, die der Medienzar Berlusconi als „Amerikanisierung“ Italiens teuer verkaufte, waren wesentliche Bestandteile dieser Machtaus-

übung. Unter ökologischen Gesichtspunkten trug diese Hegemonie zur Vernachlässigung planerischer Vorgaben bzw. zur ökologischen und sozialen Verwüstung vieler Städte bei. Wirtschaftspolitisch wurden monetaristische Maßnahmen eingeführt, die der neoliberalen internationalen Welle untergeordnet waren. Das politische Vakuum, das das Zentrum hinterlassen hat, stellt damit nicht nur die Frage nach den Überlebenschancen alteingesessener Parteieliten, sondern auch nach den Chancen für neue gesellschaftspolitische Perspektiven.

Die Entwicklung der Lega zur Mehrheitspartei in großen Teilen Norditaliens und des MSI zur mehrheitsfähigen postfaschistischen Rechtspartei ist nicht ausschließlich als Protest gegen die Korruptionsskandale (Tangentopoli) zu werten. In der italienischen Gesellschaft gibt es einen latent vorhandenen rechtsorientierten Wertekonsens, der in Abwesenheit alternativer konservativer Kräfte wesentlich zu den Erfolgen dieser Rechtsparteien beigetragen hat. Sowohl die Lega als auch der MSI trachten danach, sich als führende nationale Kraft eines konservativen Bündnisses zu etablieren. Daß ihnen dies bislang nicht gelungen ist (und wahrscheinlich auch nicht gelingen wird) belegt die Tatsache, daß beispielweise die erwartete Expansion der Lega in Richtung südlicher Regionen, aber auch die „Eroberung“ prestigevoller nördlicher Städte wie Venedig oder Genua, nicht stattgefunden hat.

In ähnlicher Weise versucht der Vorsitzende des MSI, Gianfranco Fini, der immerhin einen historischen Wahlsieg für seine Partei erringen konnte, sich des „faschistischen Ghettos“ zu entledigen, um über die eigene Parteigrenze hinweg mögliche Bündnispartner zu gewinnen. In diese Richtung bewegt sich auch die politische Handlungsstrategie von Silvio Berlusconi, der sich explizit bei der römischen Stichwahl für die Neofaschisten ausgesprochen hatte. Berlusconi versucht mit allen Mitteln, eine Regierungsübernahme seitens der Allianz der Linken zu verhindern. Mittlerweile hat er sein ganzes

persönliches Gewicht als Unternehmer in die Wagschale geworfen und ist mit seinem politischen Programm „Forza Italia“ an die Öffentlichkeit getreten.

Die Christdemokraten haben eine nicht überraschende politische Marginalisierung erfahren. Die DC trägt als Regierungspartei par excellence die Hauptverantwortung für den ökonomischen, sozialen und moralischen Niedergang der italienischen Gesellschaft. Der Führung der DC ist es nicht gelungen, nach den ersten sich abzeichnenden Stimmverlusten frühzeitig innerparteilich die Weichen zu stellen und in die Opposition zu gehen, um einerseits das sog. „blockierte“ politische System Italiens zu verändern, andererseits ihr eigenes parteipolitisches Profil zu wahren. Die Umbenennung der DC in den Partito Popolare geht nur schmerzhaft vonstatten.

Während die italienische Linke sich noch vor vier Jahren in einer äußerst prekären Lage befand, ist sie wie Phoenix aus der Asche als Gewinnerin dieser Kommunalwahlen hervorgetreten. Maßgeblich dazu beigetragen hat das neue Wahlgesetz, das die Direktwahl des Bürgermeisters vorsieht. Die politische Glaubwürdigkeit vieler ihrer Bürgermeisterkandidaten ermöglichte in vielen Fällen das Entstehen einer breiten Allianz, die den Bogen von La Rete, Rifondazione Comunista, die Grünen über den PDS bis hin zu katholisch inspirierten politischen Gruppierungen spannte. Der weitergehende Vorschlag Achille Occhetto, einen programmatischen Runden Tisch der Linken einzuberufen, kann als Zeichen einer hoffnungsvollen neuen Phase der Erneuerung vor den anstehenden Wahlen auf nationaler Ebene im März angesehen werden. Nichtsdestoweniger bleibt die Linke zersplittert und starke programmatische Unterschiede innerhalb derselben werden fortbestehen.

Insgesamt haben die Kommunalwahlen aufgezeigt, daß aus extremen Formen der Politikverdrossenheit nicht nur zerstörerische Elemente entstehen können, sondern darin auch die Chance einer bürgernahen Politik des „Neuanfangs“ liegt.

Einsteigen und mitsteuern.

MIT UNS

Bonn reicht die Schulden durch

GEGEN DEN STROM

14 TAGE
TEST-ABO
GNADENLOS
KOSTENLOS
24-STUNDEN-TELEFON
288 94 12
Gültig bis Febr. 1994

JUNGE WELT

JUNGE WELT · DIE OSTDEUTSCHE TAGESZEITUNG

Verlagsanstalt in Berlin GmbH
Am Treptower Park 28 · 30, 12435 Berlin
Fairness für Test-Leser. Das Test-Abo verlängert sich nicht automatisch.

Die Beiträge des Heftschwerpunkts „Sozialstaat“ der spw 75 widerspiegeln die aktuelle Situation: im Vordergrund steht die Auseinandersetzung mit den aktuellen Angriffen der Konservativen und Liberalen auf den Sozialstaat. Dabei ist unstrittig, daß sich die Linke nicht auf die Abwehr aktueller Sozialabbau-Schweineereien beschränken darf, sondern eigene Vorstellungen zum Umbau des Sozialstaats entwickeln muß. Entscheidend ist nicht die Frage ob, sondern in welche Richtung und nach welchen Kriterien ein Umbau erfolgen soll:

Den Neokonservativen geht es darum, die Entstehung, Verteilung und Verwendung von Einkommen soweit wie möglich privater Entscheidung zu überlassen und die sozialen Verhältnisse und Wirkungsmechanismen der kapitalistischen Marktwirtschaft so wenig wie möglich durch gesetzliche und kol-

Einleitung

von Ralf Krämer



(Foto: Stephan Hoppe)

lektivertragliche Regulierungen und soziale Absicherungen einzuschränken. Dabei geht es weniger um Reduzierung als um Privatisierung von Kosten und den Abbau solidarischer Finanzierung.

Dagegen geht es Linken beim Umbau des Sozialstaats gerade darum, die Bedeutung des Sozialstaats als Instrument demokratischer Gesellschaftsgestaltung auszubauen, also verstärkt gegebene soziale Verhältnisse und Marktergebnisse im Sinne der ganz anderen Logik sozialer Gerechtigkeit und der Orientierung an individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnissen zu korrigieren. Maximen eines so verstandenen Umbaus sind u.a.:

- Absicherung auch bisher nicht abgedeckter Risiken (Pflegebedürftigkeit) und Einführung einer bedarfsgerechten Mindestleistungshöhe in allen Zweigen der sozialen Sicherung;

- vor dem Hintergrund fortschreitender Individualisierung muß soziale Absicherung gesellschaftlich organisiert werden und kann nur noch in begrenztem Maße der Familie und der Haushaltsgemeinschaft aufgebürdet werden;

- Umstellung des bisher von traditionell patriarchalen Verhältnissen ausgehenden Sozialstaats im Sinne der Emanzipation und sozialen Gleichstellung der Frauen und der Gleichbehand-

lung verschiedener frei gewählter Lebensformen;

- Einbeziehung möglichst aller Personen und aller Einkommen sowohl in die Leistungen wie insbesondere auch in die Finanzierung der sozialen Sicherung;

- Entbürokratisierung und Demokratisierung des Sozialstaats;
- verstärkte Orientierung auf Prävention sozialer Probleme und damit auf regulierende Eingriffe insbesondere in den Produktionsbereich und in die Verhältnisse.

Im Mittelpunkt muß die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit stehen. Dies betont auch Rudolf Dreßler, wobei über seinen Vorschlag zur Entwicklung eines neuartigen „2. Arbeitsmarktes“ sicher noch erheblicher Diskussionsbedarf besteht.

Für die Linke ergeben sich zwei Hauptaufgaben:

- ihre Positionen mit Blick auf den Zusammenhang der sozial-, wirtschafts-, finanz-, umwelt- und entwicklungspolitischen Programmatik im Sinne eines konsistenten Umbauprojekts weiterzuentwickeln;

- die ideologische Auseinandersetzung mit den Neokonservativen um die Notwendigkeit und Zielrichtungen eines Umbaus verstärkt offensiv zu führen - auch in der Sozialdemokratie.

* Marco Piantini, Student der Politologie an der FU Berlin, arbeitet für das Büro für Internationale Politik beim Parteivorstand des Partito Democratico della Sinistra (Rom).

Sozialstaat im Abbruch

von Gerhard Bäcker*



Fotos: Stephan Hoppe

1. Die nächste Runde des Sozialabbaus ist eingeläutet

Noch ehe die ab 1994 wirkenden massiven sozialpolitischen Leistungskürzungen und -einschnitte im Rahmen der Spar- und Konsolidierungsgesetze überhaupt in Kraft getreten waren (der SPD dominierte Bundesrat konnte im Vermittlungsausschuß lediglich kleinere Modifikationen der ursprünglichen Pläne durchsetzen), verkündeten Kohl, Schäuble, Solms, Waigel und andere, daß eine weitere „Operation“ bereits im Frühjahr 1994 notwendig sei. Nunmehr müsse die gesamte Sozialpolitik „auf den Tisch“ - Tabus könnten nicht mehr gelten, denn schließlich gehe es darum, den Wirtschaftsstandort Deutschland zu retten und durch Kürzungen bei den „konsultativen“ Sozialleistungen die gefährdeten Staatsfinanzen zu sanieren.

* Dr. Gerhard Bäcker, wissenschaftlicher Referent im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB (WSI), Düsseldorf

Diese Dramaturgie hat ihren politisch-psychologischen Sinn - das Draufsatteln von Kürzungen soll einen Gewöhnungseffekt hervorrufen und den Widerstand der Betroffenen brechen. So scheint bereits jetzt vergessen, welche tiefen Einschnitte ab 1994 im sozialen Sicherungssystem wirksam werden und Arbeitnehmer wie Sozialleistungsempfänger belasten. Zur Erinnerung und längst nicht vollständig:

- Begrenzung der originären Arbeitslosenhilfe auf 1 Jahr
- Kürzung der Sätze für Lohnersatzleistungen: Arbeitslosengeld, Kurzarbeiter- und Schlechtwettergeld von 63 auf 60 % (bei Kindern von 68 auf 67%)
- Absenkung des Unterhaltsgeldes auf das Niveau des Arbeitslosengeldes und Übergang zu einer Kann-Leistung
- Wegfall des Schlechtwettergeldes ab Frühjahr 1996
- Kürzungen bei den ABM um 1,3 Milliarden pro Jahr
- Kürzungen des (einkommensabhängigen) Kindergeldes
- Einkommensabhängigkeit des Erziehungs-

ungsgeldes ab dem ersten Monat

- Begrenzung der Erhöhung der Regelsätze der Hilfe zum Lebensunterhalt in den nächsten zwei Jahren (Bemessungszeiträumen) auf 2 %, allerdings nur im Rahmen der allgemeinen Nettoeinkommensentwicklung (was angesichts der zu erwartenden Lohnabschlüsse und Abzugssteigerungen reine Nullrunden bedeuten dürfte)
- Verpflichtung von Sozialhilfeempfängern zu gemeinnützigen Arbeiten; die Kommunen „sollen“ die entsprechenden Arbeitsplätze zur Verfügung stellen.

Zusammengenommen machen die Kürzungen im Sozialbereich für 1994 bis 1996 einen Betrag von über 30 Mrd. DM aus - das sind zwei Drittel des Sparpakets insgesamt. Die Belastungen der Haushaltskonsolidierung werden höchst einseitig verteilt. Die offizielle Rede vom „Umbau“ des Sozialstaates entlarvt sich als Täuschung - es geht schlicht um den Abbau zentraler Elemente der sozialen Sicherung.

2. Sozialpolitik als kollektiver Mißbrauch ?

An Begründungen für diese Politik fehlt es nicht. Als wesentliche Ursache für die tiefgreifende Konjunktur- und Strukturkrise in Westdeutschland und für den anhaltenden Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft gelten neben den zu hohen Löhnen und Lohnnebenkosten die „Auswüchse“ des Sozialstaates. Die Grenzen der Belastbarkeit der Wirtschaft seien erreicht und überschritten. Arbeitslosigkeit wird als Folge überhöhter Arbeits- und Sozialkosten, zu generöser Sozialleistungen und kontraproduktiver tarif- und arbeitsrechtlicher Regulierung definiert. Lohnsenkung, Deregulierung, Privatisierung und „Entschlackung von unproduktiven, leistungshemmenden und unbezahlbaren sozialen Wohltaten“ gelten insofern als Voraussetzung für Gewinnsteigerung, Wirtschaftsbelebung, Produktivitätswachstum und Ex-

portsteigerung in der internationalen Standortkonkurrenz.

Diese nicht neuen, sondern den Weg der Sozialpolitik immer begleitenden, insbesondere in Krisenperioden aufblühenden ökonomischen Argumentationsmuster werden flankiert durch eine öffentlich inszenierte Kampagne gegen das Grundverständnis von Sozialpolitik und Sozialstaatlichkeit überhaupt. Zeitgleich zu den Kürzungsvorschlägen und -maßnahmen setzte in der veröffentlichten Meinung eine Kampagne über den verbreiteten „Mißbrauch“ und „Wildwuchs“ in der Sozialpolitik ein. Verfolgt man die Äußerungen von Regierungsmitgliedern und Arbeitgebervertretern und liest die Analysen und Politikempfehlungen der herrschenden Wissenschaft, dann sind es die Arbeitnehmer, die sich im „kollektiven Freizeitpark“ ausruhen und den Wirtschaftsstandort gefährden. Und es sind die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger, die die Solidargemeinschaft „rücksichtslos ausbeuten“, sich „schamlos an öffentlichen Mitteln bereichern“. Die Rede ist davon, daß Sozialhilfeempfänger finanziell besser dastehen als Erwerbstätige, für die sich ihre harte Arbeit nicht mehr lohne. Ein Leben mit Sozialhilfe sei zu bequem geworden und lähme den Leistungswillen. Sozialpolitische Leistungskürzungen insbesondere bei der Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt) und bei der Arbeitslosenunterstützung erscheinen in diesem Kontext als Ausdruck von „Gerechtigkeit“ und als Beitrag zur Wiederherstellung der Arbeitsmotivation.

Empirische Belege für diese Behauptungen eines plötzlich aufgetretenen massenhaften Mißbrauchs, von Wildwuchs und Überschneidungen zwischen Arbeitseinkommen und Sozialhilfe gibt es nicht und werden auch nicht geliefert. Im Gegenteil: Die Analysen zeigen, daß die Sozialhilfesätze noch unter dem sozial-kulturellen Existenzminimum liegen, daß Arbeitslose nur niedrige Unterstützungsleistungen erhalten (und zu einem wachsenden Teil völlig leer ausgehen) und bereit sein müssen und bereit sind, Zumutungen jeder Art hinzunehmen, um eine Arbeit zu erhalten. Viele Sozialleistungen werden erst gar nicht in Anspruch genommen, obwohl ein Anspruch auf sie besteht (so vor allem bei der Sozialhilfe, beim Wohngeld, beim Kindergeldzuschlag). Aber auf die soziale

Wirklichkeit kommt es bei der Kampagne nicht an. Durch die Nennung von (konstruierten oder auch tatsächlichen) Einzelbeispielen wird an Vorurteile und Unwissen in der Bevölkerung angeknüpft, können Themen besetzt und Stimmungen erzeugt werden. Die Opfer der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung erscheinen als Täter, als Verursacher der gegenwärtigen Probleme und Konflikte. Der Boden für die Akzeptanz von Sozialabbau ist bereitet.

3. Überschneidung von Löhnen und Sozialhilfe?

Die Auswertung der aktuellen Verdienststatistik zeigt, daß die Fälle, bei denen die verfügbaren Arbeitseinkommen noch unterhalb der Sozialhilfeschwelle liegen, in der Realität so gut wie nicht vorkommen. Vergleicht man die durchschnittlichen Monatsverdienste in den unteren Entgeltgruppen (Leistungsgruppe 3 bei den ArbeiterInnen in der Industrie; Leistungsgruppe V bei den Angestellten in der Industrie und im Handel) mit den Sozialhilfeschwellen, dann zeigt sich, daß selbst die Verdienste der Frauen in aller Regel höher liegen. Eine Überschneidung mit der Sozialhilfe tritt nur dann auf, wenn mehrere ältere Kinder zum Haushalt zählen, zugleich die Mieten außerordentlich hoch sind und nur ein Haushaltsmitglied Einkommen bezieht.

Soweit also in der Realität Überschneidungen zwischen Löhnen und Sozialhilfe vorkommen, liegen die Ursachen nicht in einem zu hohen Sozialhilfeniveau - verantwortlich sind vielmehr der unzureichende Kinderlastenausgleich und die verfehlte Wohnungspolitik. Da das Kindergeld nicht den notwendigen Lebensbedarf eines Kindes abdeckt, muß bei unteren Einkommensgruppen die Sozialhilfe ersatzweise die Funktion des Kinderlastenausgleichs übernehmen, während auf der anderen Seite durch die steuerlichen Kinderfreibeträge und das Ehegattensplitting die Spitzenverdiener über alle Maßen begünstigt werden.

Die Sozialhilfe ist in der Bundesrepublik die einzige Sozialleistung, die ein Mindesteinkommensniveau garantiert und den freien Fall nach unten aufhält. Wer die Sozialhilfe kürzt, möchte nicht zuletzt diesen Sockel, der auch den Spielraum für Niedrigstlöhne begrenzt, absenken, um eine Lohnsen-

kung zu erleichtern.

Vorurteile und Unwissenheit werden genutzt und gegen die Schwächsten der Gesellschaft gewendet. Nicht Armut und Unterversorgung, sondern die Armen werden bekämpft. Der Solidaritätsappell wird ins Gegenteil verkehrt: Solidarität im Sinne der konservativ-liberalen Politik heißt, daß die Armen und Arbeitslosen für die „Wirtschaft“ und die „Leistungsträger“ abzugeben haben. Daß es die Wohlhabenden sind, die Finanzbeträge in mehrstelliger Milliardenhöhe am Finanzamt vorbei nach Luxemburg transferieren, gilt allenfalls als Kavaliersdelikt. Für dieses Klientel muß sich „Leistung wieder lohnen“ - und zwar ungehindert von sozialstaatlichen Rücksichtnahmen.

4. Zum Realitätsgehalt des „überbordenden“ und „unproduktiven“ Sozialstaates

Kenner der Materie reiben sich verwundert die Augen, wenn die Kosten der sozialen Sicherung als Beleg für die standortgefährdende Kostenkrise in Deutschland ausgegeben werden. Tatsache ist, daß die Sozialleistungsquote in Westdeutschland von 1982 bis 1990 von 33,1% auf 29,4% zurückgegangen ist. Auch die Belastung des Sozialproduktes durch Beiträge ging in diesem Zeitraum um fast einen halben Prozentpunkt zurück. Betrachtet man die Finanzierungsseite bei den Sozialausgaben, so zeigt sich ein eindeutiger Gewinner: der Bund zu Lasten der Beitragszahler und der Gemeinden (steigende Sozialhilfeempfängerzahlen!). 1982 trugen die öffentlichen Haushalte über Zuschüsse und Zuweisungen mit 33,7% zur Finanzierung aller Sozialleistungen bei, 1990 waren es noch 29,8%.

Zur These von den (durch die gewerkschaftliche Tarifpolitik und die steigenden Lohnnebenkosten) überhöhten Arbeitskosten in der Bundesrepublik stellt das DIW fest, daß die im ökonomischen Zusammenhang allein entscheidenden Lohnstückkosten in den letzten Jahren nicht stärker gestiegen sind als im Durchschnitt der Handelspartner. Und in einem weiteren Gutachten zur Verteilungsentwicklung in den 80er Jahren kommt das DIW zu dem Ergebnis, daß von 1982 bis 1991 die Nettoeinkommen aus abhängiger

Arbeit um 44%, die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen hingegen um 123% zugelegt haben. Wird zudem die Preisentwicklung berücksichtigt, errechnet sich bei den Arbeitnehmern ein Realzuwachs von lediglich 10%, bei den Selbständigen (ohne Landwirte) jedoch von mehr als 60%. Der Abstand von Arm und Reich in der deutschen Gesellschaft ist in den 80er Jahren - dem konservativen Jahrzehnt - sichtbar gewachsen!

Auch für die von liberaler Seite immer wieder formulierte und erhoffte Erwartung, daß der Wohlstandszuwachs und der Trend der Individualisierung den Boden für eine individuelle, privatisierte Risikoversicherung und für den Rückzug kollektiver Regelungen bereitet habe, finden sich keine empirischen Evidenzen: Analysiert man die vorliegenden einkommens- und vermögensstatistischen Daten, läßt sich die These nicht halten, der Großteil der Arbeitnehmerhaushalte könne sich wegen des hohen verfügbaren Haushaltseinkommens sowie der Verfügung über Geld- und Grundvermögen besser privat absichern. Auch Arbeitnehmerhaushalte im mittleren Einkommensbereich sind nicht in der Lage, größere Unterbrechungen im Erwerbseinkommensfluß zu überbrücken. Die Garantie eines auch in Notlagen kontinuierlich gesicherten Einkommensstroms ist für die Sicherung ihres Lebensunterhalts unverzichtbar.

Kollektivität und Individualität stehen nicht, wie die Liberalen dies unterstellen, gegeneinander, sondern bedingen sich. Die Souveränität der Menschen über ihre Lebensentwürfe und Lebensformen und über ihre gewonnene Zeit sowie die Möglichkeiten reichhaltiger individueller Betätigungen bleiben an die Voraussetzung der kollektiven, gesellschaftlichen Sicherung der materiellen und sozialen Basis gebunden. Je mehr sich die traditionellen Lebensweisen und sozialen Bindungen auflösen, umso mehr entstehen neue, erweiterte Bedürfnisse nach sozialer Sicherheit. Soziale Sicherheit ist in diesem Sinne institutionelle Voraussetzung von individueller Entfaltung.

Durch Sozialabbau sollen Ausgaben vermindert werden, heißt es. Dabei handelt es sich im Effekt aber nicht um eine Ausgabenverminderung insgesamt, sondern tatsächlich nur um eine Lastenverschiebung auf die Betroffenen und ihre Familien selber. Auch

beim Übergang von der solidarischen Sozialversicherung zum privaten Versicherungswesen bleiben die Kosten zunächst unverändert. An die Stelle solidarischer Sozialversicherungsbeiträge oder Steuern treten nun risikobezogene Prämien, die nicht das Belastungsniveau, aber die Belastungsstruktur verschieben. Da bei Privatversicherungen der Solidarausgleich fehlt, werden diejenigen am stärksten betroffen, die aufgrund von Alter, Gesundheitsstand, Arbeitsbelastungen, Geschlecht die höchsten Risiken tragen, während die „guten Risiken“ mit einer Entlastung rechnen können. Auch Selbstbeteiligungsregelungen und Zuzahlungen beispielsweise im Gesundheitssystem führen nicht zu einer Kostenbegrenzung insgesamt, sondern zu einer Verschiebung der Lasten, die nun von den Kranken zu einem großen Teil selbst getragen werden müssen. Insgesamt können die Kosten des Gesundheitssystems sogar steigen: So liegt in den USA mit ihrem dominierenden privaten Gesundheits- und Versicherungswesen der Anteil der Gesundheitsausgaben am Volkseinkommen mit 12 vH höher als in allen westeuropäischen Staaten.

Sozialpolitik wird im Augenblick allein unter dem Belastungs- und Finanzierungsaspekt diskutiert. Dabei wird aber schlicht vernachlässigt, daß der Sozialstaat in entwickelten Industriegesellschaften zugleich eine wesentliche Produktivkraft ist. Sozialpolitik ist eine unabdingbare Voraussetzung privatwirtschaftlicher Produktion. Sozialausgaben sind Investitionen in Humankapital. Sie sichern die Reproduktion, die Gesundheit und die Qualifikation der Arbeitskraft. Ohne eine garantierte soziale Absicherung gegen die sozialen Risiken und Wechselfälle des Lebens wäre der Einsatz motivierter und qualifizierter Arbeitskräfte nicht möglich. Sozialpolitik garantiert den sozialen Frieden, sie ist ein unverzichtbarer Bestandteil für eine stabile demokratische Gesellschaft. Sozialer Friede, demokratische Strukturen, Akzeptanz von Werten wie Toleranz, Achtung der Menschenwürde, Weltoffenheit sind wichtige außerökonomische Faktoren für die Standortentscheidungen von Unternehmen.

Sozialausgaben stellen darüberhinaus einen bedeutenden Teil der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage dar, ohne deren Stabilisierung eine dauerhafte wirtschaftliche Belebung nicht möglich

ist. Wir leben in der gegenwärtigen Wirtschaftslage nicht über, sondern unter unseren Verhältnissen, das Produktions- und Arbeitskräftepotential ist unter- und nicht überausgelastet. Und schließlich: Der Sozialstaat schafft und sichert auch direkt Arbeitsplätze, so insbesondere in den sozialen Berufen (stationäre und ambulante Pflege, ErzieherInnen usw.), an denen ein hoher, ungestillter gesellschaftlicher Bedarf besteht.

5. Über den Sozialabbau zum Umbau der Gesellschaft

Die Gegenüberstellung von Ideologie und Realität, die Ignoranz der Fakten zeigt, daß es bei der herrschenden Politik um mehr geht als um ein Reagieren auf Haushaltsdefizite und Konjunkturkrise. Der sozialstaatliche Grundkonsens in der Bundesrepublik wird prinzipiell in Frage gestellt. Wirtschaftskrise und Finanzierungsprobleme sind ein willkommener Anlaß, einen grundsätzlichen Umbau der Gesellschaft einzufordern. Mit dem Ende der Systemkonkurrenz hat das Modell „soziale Marktwirtschaft“ mit seinen Elementen Sozialpolitik und Tarifautonomie ausgedient. Die politischen Chancen, die die Krise bietet, werden ausgenutzt, um weitreichende Weichenstellungen einzuleiten.

Arbeitskräfte sollen nicht nur „billiger“, sondern auch „williger“ gemacht werden.

So beziehen sich die sozialpolitischen Forderungen aus der auch in der CDU immer stärker werdenden marktradikalen Ecke nicht länger nur auf einzelne Leistungskürzungen, sondern auf eine Umstrukturierung des Sozialsystems insgesamt, auf eine residuale Mindestversorgung auf unterstem Niveau für die Armen und des ansonstigen Verweises auf die Privatversicherung (vgl. etwa die Grundrentenmodelle von Biedenkopf oder Rexroth, die „Reform“vorstellungen zur Krankenversicherung durch die FDP oder die Vorstellungen zu einer, die Sozialhilfe und andere Sozialtransfers ersetzende negativen Einkommensteuer durch die



FDP, die Mittelstandsvereinigung der CDU und die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (!).

Die Verteilungs- und Sanktionskriterien des Marktes sollen sich im sozialen Sicherungssystem im Sinne einer „lean security“ widerspiegeln: Diejenigen, die am Markt besonders schlecht abschneiden, werden dann auch im Sozialleistungssystem besonders schlecht und unwürdig behandelt und schließlich ausgegrenzt. Werden Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Armut zur realen Bedrohung, steigen Bereitschaft und Druck, auch einen ungeschützten Arbeitsplatz zu den schlechtesten Konditionen anzunehmen. Arbeitskräfte sollen nicht nur „billiger“, sondern auch „williger“ gemacht werden. Soziale Sicherheit, die auch im Risikofall von Arbeitslosigkeit die Existenz- und Lebensbedingungen stabilisiert und eine gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen und sozialen Leben garantiert, kann hier nur störend wirken.

Die bereits in den 80er Jahren steil angestiegene Armutsbevölkerung - von 1980 auf 1991 hat sich die Zahl der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt von 1,25 Mio. auf 2,8 Mio. mehr als verdoppelt - ist insofern auch kein Ergebnis eines sozialpolitischen „Betriebsunfalls“, sondern durch die Ausdünnung des sozialen Sicherungssystems ganz bewußt produziert worden. Wenn nunmehr von der Regierungskoalition - sekundiert von den Arbeitgebern - gefordert wird, Arbeitslose verpflichtend zu sog. „Gemeinschaftsarbeiten“ einzusetzen, wird sogar für einen direkten Arbeitszwang au-

berhalb und unterhalb der tarif-, arbeits- und sozialrechtlichen Standards plädiert. Die Parallelen zum Reichsarbeitsdienst sind unübersehbar.

Die Konturen einer gespaltenen Gesellschaft werden deutlich. Nun wissen wir, daß die „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ (noch?) nicht der Realität entspricht. Der Kreis der Bevölkerung, der dauerhaft ausgegrenzt ist, ist kleiner. Zudem bestehen zwischen Rand und Kern keine starren Abgrenzungen, sondern fließende Übergänge; das Risiko, arbeitslos zu werden und zu bleiben, in Einkommensnot zu geraten, die Wohnung nicht bezahlen zu können, trifft breite Arbeitnehmerschichten. Aber alle Anzeichen deuten darauf hin, daß sich die sozialen Probleme in Zukunft stärker auf den gesellschaftlichen Randbereich konzentrieren und sich die Gesellschaft in einem für Deutschland bislang unbekanntem Maße polarisiert und spaltet. Vor allem in den Großstädten entstehen brisante Problem- und Konfliktlagen, wie sie bislang nur aus den USA oder Frankreich bekannt sind: Dauerarbeitslosigkeit, unterwertige, vielfach illegale Randbeschäftigung, Wohnungsnot, Obdachlosigkeit, Drogenkonsum, ethnische Konflikte ballen sich in den neuen Ghettos.

Die politischen und sozialen Folgen dieser Politik sind verheerend. Wer angesichts der ökonomischen und sozialen Probleme im vereinigten Deutschland die Spaltungen in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt noch vorantreibt,

Ausgrenzung und Verarmung als (wirtschafts)politisches Mittel einsetzt und Arbeitslosigkeit wenn nicht ignoriert, aber doch bagatellisiert, handelt politisch verantwortungslos. Autoritäres Ordnungsdenken, der Ruf nach „einfachen Lösungen“, Rechtsradikalismus, Ausländerfeindlichkeit und militanter Fremdenhaß werden um sich greifen. Die Wahlergebnisse der nächsten Monate werden zeigen, daß der dumpfe Protest nach ganz Rechts ausschlägt. Auf dem Spiel stehen die Grundlagen unserer Demokratie. Elementare Grundwerte wie Toleranz, Solidarität und Wahrung von Menschenrechten geraten in Gefahr, wenn Verarmung und Perspektivlosigkeit weiter wachsen.

6. Weiterentwicklung des Sozialstaats auch in der Krise

Andererseits gilt aber auch, daß allein Verteidigung und Ausbau der klassischen sozialpolitischen Schutzfunktionen eine unzureichende Voraussetzung für die Zukunftsgestaltung sind. Der Sozialstaat muß den sozialen Wandel berücksichtigen und sich zugleich öffnen für die Ansprüche der „Modernisierungsgewinner“ aus den neuen Angestellten- und Mittelschichten und für die Interessen und Lebensbedingungen von Frauen. Wird diese Anpassung (mit dem Hinweis auf „wichtigere Probleme“ und der erforderlichen Konzentration auf die Interessen der „kleinen Leute“) unterlassen, droht die Akzeptanz von Sozialpolitik zu schwinden. Die hergebrachten Prinzipien, Leitbilder und Regelungen werden dann zunehmend als Bevormundung und Einengung empfunden.

Eine sozialpolitische Reformdebatte ist überfällig, sie sollte nicht nur als Risiko und Bedrohung sozialer Besitzstände, sondern auch als Chance zum Aufbrechen von Blockaden gesehen werden. In dieser Debatte kommt es nicht zuletzt darauf an, die fatalen gesamtwirtschaftlichen und -gesellschaftlichen Konsequenzen der scheinbar so einfachen und kostengünstigen liberalen Privatisierungs- und Deregulierungsmodelle zu verdeutlichen.

Diese doppelte sozialpolitische Aufgabenstellung steht und fällt mit einer Orientierung der Gesamtpolitik auf das Ziel, die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen und möglichst weitgehend

einzudämmen. Wer sich mit der Arbeitslosigkeit arrangiert, hat den Kampf um die Zukunftsgestaltung des Sozialstaates verloren. Sozialpolitik wird dann in ihrer Leistungsfähigkeit und Finanzierbarkeit überfordert. Diese Überforderung ist zu befürchten, wenn alle ungelösten Probleme aus den vorgelagerten Bereichen, wie ökonomisches System, Arbeitsmarkt, ge-

sozialstaatlichen Gestaltung der Ökonomie nicht vorbeigehen: Abbau der Arbeitslosigkeit durch Struktur-, Industrie- und Beschäftigungspolitik, durch Arbeitszeitverkürzung und durch den Einsatz der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Solange es aber nicht gelingt, Arbeitsplätze in ausreichender Zahl zu sichern und zu schaffen, muß mit den Mitteln der sozialen Sicherheit dafür



Sorge getragen werden, daß keine Frau und kein Mann bei Arbeitslosigkeit oder im Alter in Armut gerät. Dringend erforderlich ist die Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundversicherung auf einem ausreichenden Leistungsniveau und unter nicht diskriminierenden Leistungsbedingungen. Das Ringen um eine ausreichende soziale Absicherung hat eine eigenständige Bedeutung, weil von einer Lösung in diesem Bereich Rückwirkungen auf die Erwerbsarbeit ausgehen. So spielt das über Sozialpolitik garantierte Existenzniveau faktisch die Rolle eines Mindestlohnes - die Vereinbarung über die Löhne im unteren Segment wird davon beeinflusst.

7. Zur Finanzierbarkeit des Sozialstaates

Ein ausgebautes und verlässliches System der sozialen Sicherung ist nicht kostenlos zu haben, sondern erfordert - auch und gerade unter den Rahmenbedingungen von Massenarbeitslosigkeit, Rezession und deutscher Vereinigung - hohe Finanzmittel aus den öffentlichen und Sozialversicherungshaushalten.

Dabei ist unstrittig, daß die strukturellen Finanzierungsdefizite in den öffentlichen Haushalten besorgniserregend hoch sind und den finanziellen und politischen Gestaltungsspielraum der Politik einschränken. Ein Konsolidierungsbedarf ist unabweisbar, um die explosiv steigende Neuverschuldung zu begrenzen. Diesen Weg aber gerade in der Phase allgemeiner Nachfrageschwäche zu beginnen, wirkt krisenverschärfend. Auf dem Höhepunkt der Rezession öffentliche Ausgaben zu kürzen, bedeutet, der Wirtschaft kaufkräftige Nachfrage zu entziehen. Das widerspricht allen Regeln einer antizyklischen Konjunkturpolitik. Diese sehen vor, gerade in Krisenzeiten höhere Ausgaben sowie sinkende Einnahmen hinzunehmen und dies durch Kredite zu finanzieren, um einen sich verschärfenden Nachfragerückgang zu vermeiden.

Entscheidend für die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherung ist es, die Arbeitslosigkeit abzubauen, liegt doch die wesentliche Ursache für die Haushaltslöcher in der sinkenden Beschäftigungs- und steigenden Arbeitslosenquote. Der Einfluß der Arbeitslosigkeit auf die Finanzlage ist deswegen so gravierend, weil ein niedriger Beschäftigungsstand Ausgaben- und Einnahmenseite gleichermaßen berührt. Dem steigenden Finanzbedarf auf der einen Seite steht eine durch die selbe Ursache verschlechterte Einnahmesituation auf der anderen Seite gegenüber: Mit rückläufigem Beschäftigungsvolumen sinken die Steuer- und Beitragseinnahmen, während zugleich die Arbeitslosen höhere Ausgaben verursachen. Mehrausgaben entstehen vor allem bei der Arbeitslosenunterstützung, im beachtlichen Maße (wegen der Frühverrentung) auch bei der Rentenversicherung und bei der Sozialhilfe, auf deren Bezug mit wachsender Dauer der Arbeitslosigkeit immer mehr Arbeitlose angewiesen sind.

Zugleich muß nach Wegen gesucht werden, um die öffentlichen Einnahmen zu verbessern. Die Alternativforderungen einer zugleich sozial ausgewogenen wie ergiebigen Finanzierung sind vielfach benannt und sollen hier nur skizziert werden: Vorziehen der steuerlichen Ergänzungsabgabe; Arbeitsmarktbeitrag für Selbständige und Beamte; Anhebung bzw. Aufhebung der Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenzen in der

Sozialversicherung; Verzicht auf steuerliche Entlastung der Unternehmen und auf zukünftige Steuergeschenke; effektive Besteuerung der Zinseinkommen, Erhöhung von Vermögens- und Erbschaftsteuer. Verteilungspolitisch nicht länger einsehbar ist, warum die einigungsbedingten Transfers von West- nach Ostdeutschland zu einem Großteil (mit etwa 60 Mrd. DM) durch die Beitragszahler zur Renten- und Arbeitslosenversicherung aufgebracht werden müssen. Sozial gerecht wäre es, die gesellschaftliche Aufgabe des Aufbaus Ost aus den allgemeinen Steueraufkommen zu finanzieren und alle Steuerzahler entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zu belasten.

Diese Vorschläge zielen vorrangig, aber nicht allein, auf die Besserdienenden. Je nach Ausgestaltung von Arbeitsmarktbeitrag und Ergänzungsabgabe werden auch Arbeitnehmer im unteren und mittleren Einkommenssegment belastet. Auch bei der steuerlichen Finanzierung der sog. versicherungsfremden Ausgaben der Sozialversicherung muß bedacht werden, daß davon wiederum, allerdings in einer abgemildeteren Verteilungswirkung, die Arbeitnehmerinnen betroffen werden.

Der Spielraum von Einnahmeverbesserungen durch Steuer- und Beitragserhöhungen ist angesichts des historischen Höchststandes der Abgabenbelastung begrenzt. Zwar sind die Grenzen der Belastbarkeit und Finanzierungsfähigkeit nicht erreicht, aber bei wachsenden sozialpolitischen Anforderungen und verengten Verteilungsspielräumen läßt sich eine Strategie einer „ausgabenorientierten Einnahmenpolitik“ weder ernsthaft vertreten noch durchsetzen. Die in den Jahren 1994 und 1995 wirksam werdenden Steuer- und Beitragserhöhungen werden die Steigerung der Netto-Arbeitnehmereinkommen bis an oder unter die Null-Grenze drücken. Angesichts der zu erwartenden Preissteigerungsraten sind tiefe Einschnitte im Realeinkommen programmiert.

Deshalb bedarf es auch einer Verständigung über die Prioritäten und Posterioritäten der öffentlichen Ausgaben, und zwar auf der Ebene von Bund, Ländern und Gemeinden. Hierbei können Sozialausgaben, die ja mit anderen unabweisbaren Ausgaben wie Infrastruktur- und Investitionsförderung für

Ostdeutschland, Umweltschutz, Bildungswesen, öffentliches Personal, Wohnungs- und Städtebauförderung, Entwicklungshilfe u.a. in Konkurrenz stehen, nicht per se als vorrangig erklärt werden. Selbst die wünschenswerte und durchaus mögliche weitere Kürzung von Verteidigungsausgaben fällt im konkreten schwieriger und konfliktreicher aus, als bei ersten Hinsehen zu erwarten. Dies gilt erst recht für den Subventionsabbau (was nicht heißen soll, daß nicht auch hier noch Milliarden zu holen wären).

Wenn es gelingt, durch die skizzierten gewerkschaftlichen Finanzierungsalternativen weitere Kürzungen und Abstriche bei den Sozialausgaben zu vermeiden, ist damit noch nicht geklärt, wie denn die beschlossenen Leistungskürzungen rückgängig zu machen sind und wie die dringend erforderlichen neuen Leistungen zu finanzieren sind. Die Strategie, solche Reformen weiter zu vertagen, weil die Bereitschaft fehlt, innerhalb der bestehenden sozialpolitischen Leistungen neue Schwerpunkte zu setzen, also auch innerhalb der Sozialtats umzuverteilen, zeugt von einem schlechten sozialpolitischen Konservatismus. Mit anderen Worten: Wenn alle Einnahmeverbesserungen ausgeschöpft sind, beginnt auch die Suche nach den Prioritäten der Sozialpolitik, um (beispielsweise) die Grundversicherung, die Pflegeversicherung und den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zu finanzieren.

8. Solidarität als Voraussetzung und Ergebnis von Sozialstaatlichkeit

Ein solcher Verständigungsprozeß auch „innerhalb der Klasse“ ist auf Solidarität angewiesen, wenn der Spaltungsprozeß der Gesellschaft verhindert werden soll. Es bedarf der Solidarität der Stärkeren gegenüber den Schwächeren. Das heißt aber auch, daß der Sozialstaat nur dann tragfähig ist, wenn er von den Stärkeren akzeptiert wird. Es gilt die Vielfalt der Interessen und Bedarfslagen zusammenzuführen und zu gewichten und die Akzeptanz für eine sozial gerechte Finanzierungs- und Einkommensbelastung auf hohem Niveau zu sichern. Nun läßt sich solidarisches Verhalten nicht anordnen oder wie ein Rohstoff einfach abfordern. So-

lidarität ist keine anthropologische Konstante, sondern - ökonomisch formuliert - zu einem äußerst knappen Gut geworden und muß immer wieder neu erzeugt werden. In einer sich polarisierenden, kulturell und ethnisch inhomogener werdenden Gesellschaft wird dies schwierig. Wachsende Teile der Bevölkerung glauben, auf sozialstaatliche Leistungen nicht mehr oder nur im begrenzten Umfang angewiesen zu sein und ihre Lebensverhältnisse und soziale Sicherheit besser privat gestalten zu können. Die Bereitschaft schwindet, höhere Steuer- und Beitragsbelastungen unbeschönigt zu akzeptieren.

Einfache Antworten auf dieses Problem gibt es nicht. Es geht um die Entscheidung, welches gesellschaftliche Leitbild Anerkennung und Mehrheiten findet. Im Grundsatz stellt sich die Alternative zwischen dem liberalen Konkurrenzmodell („Ellenbogengesellschaft“) und dem Modell einer Gesellschaft, die an der Idee von sozialer Gerechtigkeit festhält. Diese Alternativen im Hinblick auf die Zukunftsgestaltung in der politischen Argumentation zuzuspitzen und das Leitbild einer solidarischen Gesellschaft offensiv zu vertreten und inhaltlich für den Sozialstaat und seine Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten und seine positiven Rückwirkungen auf die ökonomischen und politischen Grundlagen der Gesellschaft zu überzeugen, bleibt eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialpolitik.

Literaturhinweise

Bäcker, G./Hanesch, W.: Sozialhilfeniveau und untere Arbeitnehmereinkommen, Expertise für das MAGS NRW, Düsseldorf/Mönchengladbach 1993.
 Bäcker, G.: Solidarität als knappes Gut - Der Wandel der Gesellschaft und die Zukunft der Sozialpolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/1993.
 Bäcker, G./Hanesch, W.: Nicht den Kernbestand des Sozialstaates in Frage stellen, in: Frankfurter Rundschau 184 vom 11.8.1993.
 Adams, W./Bäcker, G.: Bedarfsorientierte Mindestsicherung für Arbeitslose, in: Arbeit und Sozialpolitik 3-4/1993.
 Bäcker, G./Steffen, J.: Freier Fall nach unten. Daten und Fakten zur Sozialhilfe, in: Der Gewerkschafter 6/1993.
 Bäcker, G.: Solidarische Bewältigung der Einigungsfolgen - Sozialpolitische Herausforderungen im vereinigten Deutschland, in: Hinkel, R./Huster, E.-U./Kohl, H. (Hrsg.): Umverteilen, Köln 1993.
 Bäcker, G.: Lebenslage und soziale Reformen - Probleme und Anforderungen einer solidarischen Sozialpolitik gegen Ausgrenzung und Verarmung, in: Döring, D./Hanesch, W./Huster, E.-U. (Hrsg.): Armut im Wohlstand, Frankfurt 1990.

Frauenorientierter Umbau des Sozialstaates in der Krise

von Marianne Weg*

Am Standort Deutschland wird zur Zeit erheblicher Umbau- und Sanierungsbedarf festgestellt. Die Legitimationsbasis des westdeutschen Gesellschaftssystems, mit der dieses sich bei der Vereinigung das „andere“ Deutschland einverleibt hatte, schmilzt dahin. Konservative Architekten des Umbaus - zum Teil die Gunst der Stunde nutzend - entwerfen umfangreiche Pläne, die vorgeben, den Wirtschaftsstandort Deutschland zukunftssicher zu machen. Gleichzeitig streifen Vorarbeiter durch's marode Haus und demontieren sozialstaatliche Befestigungen und Schutzschwellen mit der Behauptung, sie seien Luxus, zu teuer, und auf jeden Fall stünden sie dem Umbau und der Modernisierung des Hauses im Wege. Strategie der konservativ-liberalen derzeitigen Hausherrn ist, den Sozialstaat mit der Krise zu bekämpfen, statt umgekehrt mit dem Sozialstaat die Krise (in diesem Sinn Rolf-Dietrich Schwartz in der Frankfurter Rundschau). Sozialdemokratische Zukunftsentwürfe dagegen versuchen zu zeigen, daß der Standort Deutschland durch Sozialabbau nicht zu modernisieren, sondern im Gegenteil zu ruinieren ist, und daß vor allem es nicht um den Wirtschaftsstandort, sondern um den Lebensstandort Deutschland (Rudolf Scharping) gehen muß. Die Elemente des Sozialstaates müssen als positive Standortfaktoren erkannt werden; in diesem Sinne ist die Arbeits- und Sozialpolitik auszubauen - was Konzepte zur Finanzierung einschließt - und mit den klassischen Standortpolitiken zu verknüpfen.

Ansätze für einen solchen Zukunftsentwurf des Sozialstaates finden sich z.B. in dem SPD-Entwurf für ein Arbeits- und Strukturförderungsgesetz, im Papier „Sozialpolitik als Standortfaktor“ der AG Arbeit und Sozialordnung der SPD-Bundestagsfraktion und in den

Initiativen für einen gesellschaftlich geförderten Arbeitsmarkt. Der Zukunftsentwurf soll also heißen: Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit in einem leistungsfähigen Sozialstaat - Lebensstandort Deutschland - eine menschliche Gesellschaft. Allerdings erinnern wir uns: „Wer die menschliche Gesellschaft will, muß die männliche überwinden!“ Wie sieht es damit aus in den aktuellen fortschrittlichen Umbaubebatten?

Bevor wir den Blick hierauf richten, zuvor einige Schlaglichter auf die Situation der Frauen und der Frauenpolitik heute, nach vier Jahren Deutscher Einheit.

Vorwärts, Frauen - es geht zurück!?

Gut 15 Jahre nach Beginn der Institutionalisierung von Frauenpolitik in der alten Bundesrepublik haben wir auf der einen Seite ungemein viel vorzuweisen: Frauenbüros, Gleichstellungsbeauftragte, Frauenministerien fast überall in Kommunen, Ländern und auf Bundesebene. Die Frauenpolitik arbeitet professioneller. Sie hat beharrlich neue Informationszugänge und Mitsprachemöglichkeiten gefordert und vielfach durchgesetzt; die Beteiligung an den entscheidenden Definitions- und Steuerungsprozessen des Sozialstaates ist allerdings nicht hinreichend gewachsen: Es bleibt zu wünschen übrig.

Trotz der Etablierung vieler frauenpolitischer Stützpunkte und Netzwerke - auch in den neuen Ländern - sind die Frauen die besonderen Verliererinnen der Deutschen Einheit. „Die Wiedervereinigung der deutschen Männer braucht keine Frauen,“ stellen Kistler/Jaufmann/Pfaff kritisch fest. In der sich verschärfenden Struktur- und Beschäftigungskrise erweist sich wieder einmal, daß Dienen und Verzicht angesetzt ist: Sozialabbau statt Gleichstellung der Frauen.

Die Arbeitslosigkeit der Frauen in den neuen Bundesländern hat ein ganz und gar schockierendes Ausmaß und

unabsehbare Folgen für die Gleichstellungsperspektive. Zur Vertreibung aus Fabriken und Büros kommt die Diskriminierung bei Qualifizierungs- und Arbeitsförderungsmaßnahmen sowie bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze hinzu. In den alten Bundesländern schwindet die Aufmerksamkeit für die Arbeitslosigkeit von Frauen in dem Maße, in dem die Struktur- und Konjunkturkrise des gewerblich-industriellen Sektors massenhaft die männlichen Facharbeiter in die Arbeitslosigkeit entläßt. Da spielt es keine Rolle, daß die Arbeitslosenquote der Frauen auch jetzt noch wesentlich höher ist als die der Männer und der Beschäftigungsabbau im Dienstleistungssektor inzwischen nachzieht.

Frauen sind die Reserve des Arbeitsmarktes, und so schnell werden sie nicht gebraucht werden, sagt uns die PROGNOSE-Studie.

Der Erziehungsurlaub wurde verlängert, ist aber weiterhin nicht „männerfreundlich“ gestaltet (was auch heißt: nicht „frauenfreundlich“) - kein hinreichender Einkommensausgleich, kein Anspruch auf Teilzeitarbeit, kein flankierendes Angebot an Kinderbetreuung. In den neuen Ländern werden in einem Spiralprozeß nach unten die aus DDR-Zeiten stammende Kinderbetreuungs-Vollversorgung und die hohe Frauenerwerbsquote gemeinsam auf das aus Sicht der Männer „tragbare“ Niveau hinuntergedrückt. Die durchaus berechtigte Kritik an ideologischen und praktischen Aspekten des realsozialistischen Kinderbetreuungssystems und am verordneten Kind-plus-Beruf-Lebenskonzept wird immer öfter denunziatorisch mißbraucht gegen eine gesellschaftliche Betreuungsinfrastruktur überhaupt und gegen das Recht der weiblichen Hälfte der Gesellschaft auf eine eigenständige Existenz durch Erwerbsarbeit. Und in den alten Bundesländern sind wir sowieso noch meilenweit entfernt von einer bedarfsdeckenden Infrastruktur für Kinderbetreuung in allen Lebensphasen. Es ist bemerkenswert, daß der Rechtsanspruch auf einen Kindergar-

tenplatz, den wir seit langem zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie gefordert haben, nicht etwa als wesentliche Flankierung des Erziehungsurlaubs-gesetzes oder der Politik zur beruflichen Förderung von Frauen aufs Papier geschrieben wurde, sondern als Flankierung der Veränderung des §218. Da steht der Anspruch nun, aber die Realisierung ist einer ungewissen Zukunft vorbehalten: Der Kindergartenplatz als Fata Morgana des Sozialstaates, der will, daß Frauen Kinder austragen statt Schwangerschaften abzubrechen, der aber nicht die Finanzmittel aufbringt für die Rahmenbedingungen, die Frauen brauchen, um für das Kind nicht mit Einbußen an eigenständiger beruflicher Existenz zahlen zu müssen.

Der gegenwärtige Sozialstaatsabbau macht noch mehr Frauen noch ärmer als bisher schon: Seit langem haben wir kritisiert, daß die grundlegenden Konstruktionsprinzipien der sozialen Sicherungssysteme die Armut von Frauen im Patriarchat verfestigen, weil sie die typische männliche Erwerbsbiographie als Normalfall unterstellen und so die Nettoeinkommensdiskriminierung der Frauen (Lohndiskriminierung plus Ehegattensplitting) bei den Sozialtransfers fortsetzen statt korrigieren. Von daher werden die mit dem Ersten Gesetz zur Umsetzung des sogenannten Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogrammes beschlossenen Leistungskürzungen bei Arbeitslosengeld und -hilfe sowie beim Unterhaltsgeld erneut die Frauen am schlimmsten in ihrer Lebenslage treffen.

Der frauenpolitische „blinde Fleck“ in den Modernisierungs- und Umbaubebatten

Beim Lesen des Rexrodt-Berichtes zur „Zukunftssicherung des Standortes Deutschland“ finden Frauen sich dreimal angesprochen:

Im Grundwerte-Teil wird, anknüpfend an die frühere Blüm-These von der „sanften Macht der Familie“, die Notwendigkeit von mehr Familienarbeit (von wem wohl zu leisten?) beschworen, damit „mehr Menschlichkeit in der Gesellschaft“ walte und „die materiellen Leistungen sozialer Sicherung tragbar bleiben.“

Im Kapitel über die sozialen Rahmenbedingungen, die auf die strukturell

und demographisch bedingten Herausforderungen hin umgebaut werden sollen, wird zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf mehr (sozial abgesicherte) Teilzeitarbeit und andere Formen der Flexibilisierung verwiesen. Kinderbetreuungseinrichtungen und andere familienentlastende Infrastrukturen kommen mit keinem Wort vor.

Von diesen Positionen her ist klar: Die Rexrodt'sche „Soziale Marktwirtschaft“ will so wenig wie eh und je für die Frauen tun, im Gegenteil will sie sich auch in Zukunft auf Kosten der Frauen entlasten. In diesem Kontext entlarvt sich der im Kapitel „Beschäftigung sichern - Arbeitslosigkeit vermindern“ formulierte Appell an die Arbeitgeber, „bei der Besetzung von Arbeitsplätzen ... das Gleichbehandlungsgebot ... zu beachten ... und ... Frauen als gleichwertig qualifizierten Arbeitskräften gleiche Chancen einzuräumen“, ganz von selbst als nicht ernstgemeint.

Der gegenwärtige Sozialstaatsabbau macht noch mehr Frauen noch ärmer als bisher schon.

Bedauerlicherweise leiden aber auch sozialdemokratische Gegenentwürfe zur Zukunft des Standortes Deutschland und des Sozialstaates bisher auch noch unter „blinden Flecken“ in punkto Frauenorientierung und Gleichstellungsperspektive. Im Papier „Sozialpolitik als Standortfaktor“ z.B. finden Frauen nichts darüber, wie die Sozialpolitik, frauengerecht und gleichstellungsfördernd umgebaut, den Wirtschaftsstandort Deutschland zu einem Lebensstandort auch für Frauen machen will. Der Hinweis auf das Arbeits- und Strukturförderungsgesetz reicht da nicht aus, auch wenn es eine Reihe für Frauen wichtige Fortentwicklungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik bringen wird; auch die Forderung nach präventiven Qualifizierungsstrategien für Frauen, Ältere und Ausländer ist zu wenig. Wo ist die Diskussion der 80er und frühen 90er Jahre über eine Politik zur Durchsetzung von Frauenförderung in der Privatwirtschaft geblieben? Sollte Frauenförderung als eher negativer Standortfaktor verdächtigt werden und deshalb von den Genossen hier vor-

sichtshalber ausgeklammert bleiben? Denn daß betriebliche Frauenförderung nichts mit Standort und nichts mit Sozialpolitik und der Verknüpfung zwischen beidem zu tun habe, kann doch niemand glauben.

Zorn kann hochkommen angesichts der Vorschläge zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie: „Alleinerziehende zumindest“ sollen während der kindbedingten Nichterwerbsphase einen Anspruch auf Weiterbildung haben, „um die gewünschte spätere Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit zu erleichtern.“ Heißt das also auch bei Sozialdemokraten: Wenn der Sozialstaat knapp an Mitteln ist, möge die Frau, die einen Mann hat, sich doch ohne Qualifizierungsbrücken zur Berufsrückkehr bescheiden?

Und die Aussage, daß „viele Frauen und Männer angesichts fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten Familie und Beruf nur dann vereinbaren (können), wenn flexiblere Arbeitszeiten und damit auch mehr sozialrechtlich abgesicherte Teilzeitarbeitsplätze geschaffen werden“, unterscheidet sich in der Handlungsorientierung noch nicht von Rexrodt. Der Mangel wird festgeschrieben, der notwendige Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur bleibt ein Nicht-Thema.

Wohlgemerkt: „Sozialpolitik als Standortfaktor“ ist ein Konzept von großer Bedeutung für die Modernisierungsdebatte, weil es den Popanz der Standortbelastung durch zuviel Sozialstaat angreift und aufzeigt, welche entscheidenden Rahmenbedingungen die Sozialpolitik für die Zukunftsperspektive des Wirtschafts- und Beschäftigungssektors, für den „Standort Deutschland“ leisten kann und muß. Um so störender fällt allerdings der „blinde Fleck“ auf.

Frauenpolitische Einmischung nötig

Auch in früheren Zukunftsdebatten haben die Frauen erlebt, daß die Frauenspezifik der Problemlagen zunächst schlicht vergessen, die frauenpolitisch längst vorliegenden Forderungen als nicht zur Sache gehörig ausgeklammert wurden. Ich erinnere an die links-alternative Debatte der frühen 80er Jahre um die „Zukunft der Arbeit“: Aus der Sicht der Männer hätte sie ohne weiteres geführt werden können ohne Diskussion der spezifischen Aspekte der

* Marianne Weg, Wiesbaden, Abteilungsleiterin für Arbeitsmarktpolitik im hessischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung.

bezahlen und unbezahlten Frauenarbeit und der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in der Gesellschaft. Man wäre ohne größere Verlustempfindungen zu Schlussfolgerungen gekommen, die teils gesellschaftlich irrelevant, teils antiemanzipatorisch gewesen wären.

Gegenwärtig scheint es ähnlich zu sein, und es wird höchste Zeit, die frauenpolitischen Implikationen der vorliegenden Zukunftsentwürfe kritisch zu betrachten. Es wird notwendig sein, sich einzumischen, damit die Entwürfe Grundlagen für einen auch gleichstellungsorientierten Umbau des Sozialstaates werden können.

In welchen aktuellen Feldern der Debatte ist Einmischung nötig?

1. Für einen gesellschaftlich geförderten Arbeitsmarkt - gleichstellungsorientiert

Die Konzeption für einen gesellschaftlich geförderten Arbeitsmarkt ist ein Thema mit großer Bedeutung für Frauen. Klar ist, daß ein deklassierter Zweiter Arbeitsmarkt mit untertariflicher Entlohnung und zwangsweiser „Gemeinschaftsarbeit“ Frauen besonders betreffen würde. Sie wären die Arbeitslosen oder Sozialhilfeempfängerinnen, die sich aus patriarchalischer Sicht hierfür besonders anbieten würden - um so mehr, wenn auf dem Zweiten Arbeitsmarkt mit diskriminierten Beschäftigungsangeboten der gesellschaftliche Bedarf an sozialen Dienstleistungen wie Pflege, Versorgung, Kinderbetreuung abgedeckt werden soll: unterwertig in der Entlohnung, aber auch ohne Qualitätskontrollen der Dienstleistungen.

Bei einer frauenorientierten, emanzipatorischen Konzeption des gesellschaftlich geförderten Arbeitsmarktes muß wesentlich beachtet werden:

Die geschlechtsspezifische Segregation des Ersten Arbeitsmarktes darf hier nicht wieder abgebildet werden (Frauen nur in den hausarbeitsnahen, traditionell frauentypischen Berufsfeldern, Männer in den Bereichen Umwelt, Technik, Handwerk). Notwendig sind frauenfördernde Konzepte der Träger, mit Quotierungen, frauengerechter Gestaltung aller Arbeitsplätze, besonderen Unterstützungsangeboten bei der Entwicklung des eigenen Berufsentwurfes gerade in männertypischen Arbeitsfeldern.

Der Aufbau sozialer und pflegerischer Beschäftigungsfelder im gesellschaftlich geförderten Arbeitsmarkt darf nicht dazu führen, daß diese unter der Hand dauerhaft dem Zweiten statt dem Ersten Arbeitsmarkt zugeordnet werden. Vielmehr müssen sie von Anfang an mit den entsprechenden Bereichen des öffentlichen Dienstes planerisch verknüpft werden: zur Innovation sozialer Infrastrukturen sowie zur zeitlichen Überbrückung bis zur Bereitstellung der entsprechenden Stellen im regulären öffentlichen Dienst, aber nicht als dauerhafte Lückenbüßer. Der Qualitätsanspruch an diese Dienstleistungen ist hoch, entsprechend ihrem Stellenwert im zukunftsorientierten Sozialstaat; die deshalb erforderliche berufliche Qualifizierung muß offensiv vertreten werden, sonst werden die seit langem erhobenen Forderungen nach Neubewertung der frauentypischen Arbeitsplätze und Berufe von dieser Seite zusätzlich in Frage gestellt.

Natürlich besteht die umfassende Aufgabe darin, nicht nur die Konzeption des gesellschaftlich geförderten Arbeitsmarktes frauenorientiert zu gestalten, sondern die Arbeitsmarktpolitik insgesamt gleichstellungspolitisch zu entwerfen. Hierzu liegen Vorschläge in großer Zahl veröffentlicht vor, sie sollen hier nicht wiederholt, sondern nur endlich zur eingehenden Kenntnisnahme empfohlen werden (z.B. Däubler zur Novellierung des AFG; Weg, M. 1993).

2. Frauenförderung als Element der Industriepolitik

In der Standortdebatte werden Strategien entwickelt, den Übergangsprozeß von den gegenwärtigen, zum Teil lange angelegten Strukturschwächen und -krisen vor allem des industriell-gewerblichen Sektors hin zu neuen Entwicklungsperspektiven zu fördern und zu gestalten. Umwelt- und Sozialverträglichkeit sind dabei erklärtermaßen wesentliche Kriterien sozialdemokratischer Entwürfe.

Frauenpolitische Einmischung in diese Debatte ist dringend notwendig, damit bei der Modernisierung und beim strukturellen Umbau der gewerblich-industriellen Branchen Bedingungen gesetzt werden, die auch und gerade Frauen partizipieren lassen an der Ent-

stehung oder Sicherung qualifizierter Beschäftigungsperspektiven. Von selbst wird der Prozeß so nicht laufen, um so weniger, als es sich dabei um Bereiche handelt, in denen Männerbeschäftigung traditionell ist. Deshalb muß sichergestellt werden, daß die neuen Produktions- bzw. Unternehmensaufgaben, Technikentwicklungen und -umsetzungsprozesse, Arbeitszeit- und Arbeitsorganisationsformen sowie Qualifizierungskonzepte auf ihre Frauenrelevanz hin befragt und frauengerecht gestaltet werden. Und all diese Modernisierungsaufgaben müssen mit einer frauenfördernden betrieblichen Einstellungs- und Personalentwicklungspolitik flankiert werden.

Klar ist, daß ein deklassierter Zweiter Arbeitsmarkt mit untertariflicher Entlohnung und zwangsweiser „Gemeinschaftsarbeit“ Frauen besonders betreffen würde.

Das bedeutet z.B. bei staatlichen Subventionsprogrammen zur Technik- und Forschungsförderung, zur technologischen und organisatorischen Modernisierung, zur Weiterbildungsförderung, aber auch bei staatlicher Förderung von Technologie- und Gewerkeparks oder Tele-Servicezentren im ländlichen Raum, daß Frauenförderungsanreize oder -auflagen explizit formuliert werden müssen. Und ganz allgemein wäre ein wirkungsvolles Gesetz zur Frauenförderung in der Privatwirtschaft eine wesentliche Rahmenbedingung, die der emanzipatorische Sozialstaat für die Standortpolitik setzen sollte.

Die Schwächen traditioneller Industriepolitik - Wirtschafts-, Struktur- und Technologieförderung - liegen nicht zuletzt darin, daß der Modernisierungsbedarf oder das Expansionsinteresse des einzelnen Unternehmens die alleinige oder jedenfalls primäre Förderprämisse ist. Die Standortentwicklungspolitik für die Zukunft muß dagegen auf regionalen Entwicklungskonzepten aufbauen, von denen aus die Projekte entworfen, abgestimmt und nach ihrer Priorität für die Beschäfti-

gungslage und Lebenschancen der Menschen in der Region gewichtet werden müssen. Dazu ist eine neue Organisations- und Verfahrensweise in der Regional- und Strukturpolitik notwendig: Die regionalen Akteure müssen in einen Verbund treten, in dem die Politikfelder, die für die Zukunftssicherung der Region bedeutsam sind - Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Strukturpolitik, Industriepolitik - gemeinsam gestaltet und Interessenkonflikte gelöst werden. Dabei gehören die kommunalen und regionalen Frauenbüros ebenso als Akteure mit an den Tisch wie Frauenbeschäftigungs- und -Qualifizierungsprojekte.

3. Arbeitszeitpolitik zur Beschäftigungssicherung: gleichstellungspolitisch gestalten und flankierend die Kinderbetreuung ausbauen.

In der Arbeitszeitdiskussion des Jahres 1993 haben die dramatischen Beschäftigungsprobleme eine bemerkenswerte Wende herbeigeführt: Forderten noch im Sommer die Arbeitgeberverbände und die Bundesregierung Arbeitszeitverlängerungen (mit der Absicht der Kostensenkung für die Betriebe), so steht inzwischen, ausgehend von dem Beispiel VW, Arbeitszeitverkürzung (mit Lohnverzicht) als Strategie zur Verteilung des betriebswirtschaftlich angebotenen Arbeitszeitvolumens auf mehr Beschäftigte zur Vermeidung von noch mehr Beschäftigungsabbau im Mittelpunkt der Diskussion. Das ist von unternehmerischer und konservativer Seite her ein neues Element in der Arbeitszeitdebatte, bisher wurde allein auf Arbeitszeitflexibilisierung und Teilzeitarbeit abgestellt.

Das individualisierende Partnerschaftsmodell trägt deshalb nicht, weil es voraussetzt, was es erst mit erreichen hilft.

Lange genug haben wir in der Frauenpolitik den 6-Stunden-Tag zur

Vereinbarkeit von Beruf und Familie gefordert - da ist wohl selbstverständlich, daß wir uns in die aktuelle Arbeitszeitverkürzungsdiskussion unverzüglich einmischen müssen. Worum muß es umgehen?

Dreierlei ist wichtig: erstens das Verteilungsmuster der gekürzten Arbeitszeit (6-Stunden-Tag, 4-Tage-Woche, Block-Freizeit, mehr Schichtarbeit?), zweitens, wie für die untersten Lohngruppen (überproportional Frauen betroffen) ein Lohnverzicht vermieden werden kann, und drittens, wie wir die Männer bewegen, sich in dieser neuen freien Zeit an Hausarbeit und Kindererziehung zu beteiligen, statt sie für Freizeitaktivitäten oder Schwarzarbeit zur Einkommensaufbesserung zu verwenden. So könnten wir einen Schritt hin zu einer „erziehungsfreundlichen Erwerbsarbeit“ (Ott/Radtke/Thiel/Wagner 1990) tun, zu der neben dem 6-Stunden-Tag natürlich noch weitergehend flexibel wählbare, reversible Teilzeitarbeit gehört. Die Forderung nach einer umfassenden, bedarfsentsprechend verfügbaren Betreuungsinfrastruktur - für Kinder von der Krippe bis zu Ganztags-Angeboten der Schule, für Alte, Kranke, Pflegebedürftige - bleibt dabei das notwendige zweite Standbein der Politik zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Denn gesellschaftlich bereitgestellte Betreuungsangebote sind die einzige tragfähige Lösung. Das individualisierende Partnerschaftsmodell trägt deshalb nicht, weil es voraussetzt, was es erst mit erreichen hilft: Gleichstellung der Frauen im Beruf, vor allem beim Einkommen, und eine entsprechende Bewußtseinslage des männlichen Geschlechts.

4. Staatsreform, schlanker Staat und Fraueninteressen

Die weitreichenden Ziele einer Stärkung und Zukunftsentwicklung des Sozialstaates sind nur erreichbar, wenn eine umfassende Staatsreform eingeleitet wird. Für neue sozialstaatliche Aufgaben, leistungsfähigere und bürgerinnen-nähere öffentliche Infrastrukturen muß Raum geschaffen werden. Dazu ist es notwendig, die Aufgabenstruktur zu untersuchen und umzubauen sowie die Verwaltungsstrukturen grundlegend zu modernisieren. Das heißt zwar auch: EDV in die Behörden, vor allem aber heißt es:

Abbau von Hierarchie, mehr Kooperation und Beteiligung der Beschäftigten, Qualifizierung und vielseitiger Aufgabeneinsatz, ein einheitliches Dienstrecht und Leistungskriterien für Vergütung und Aufstieg bzw. Beförderung.

Wer sich auskennt mit den Zugangshemmnissen für Frauen zum Dienstleistungsangebot der öffentlichen Infrastruktur und außerdem mit den Schwierigkeiten von Frauenförderung im öffentlichen Dienst, kann sich vorstellen, daß Frauen von solchen Umbaukonzeptionen erheblich profitieren können - unter drei Bedingungen: Erstens muß ihre Partizipation an den Reformprozessen - bei den Planungen, Entscheidungen und Umsetzungen - sichergestellt werden, und zwar sowohl für Frauen als Klientinnen der öffentlichen Angebote und Leistungen als auch für Frauen als Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Zweitens muß es wirkungsvolle Frauenförderungsgesetze für den öffentlichen Dienst und Frauenbeauftragte mit Kompetenzen geben. Drittens darf „schlanke Verwaltung“ nicht das Versteckwort für massiven Personalabbau im öffentlichen Sektor sein - der würde mit Sicherheit zu Lasten von Frauen gehen.

Fazit

Die Beispiele der wichtigen Felder von Zukunftsdebatten, die derzeit im Mittelpunkt stehen, haben gezeigt: es ist allerhöchste Zeit, sie auch frauenpolitisch zu besetzen. Mischen wir uns ein!

Literaturhinweise

- Bäcker, G./Stolz-Willig, B. (Hg.): Kind, Beruf, soziale Sicherung: Zukunftsaufgaben des Sozialstaats, Köln 1994
- Kistler, E./Pfaff, A.B./Jaufmann, D.: Frauenerwerbsarbeit und Kindereinrichtungen in den neuen Bundesländern, Bochum 1993
- Ott, N./Radtke, H./Thiel, W./Wagner, G.: Kindererziehung und Erwerbsarbeit - Marktwirtschaftliche Möglichkeiten einer erziehungsfreundlichen Erwerbsarbeit in Deutschland, DIW Berlin 1993
- Stiegler, B.: In Zukunft wieder Reservearmee? Frauen und demographischer Wandel, FES Bonn 1993
- Weg, M.: Die Hälfte von Büro, Fabrik, Erwerb - Frauengerechte Umgestaltung des Arbeitsförderungsrechts, der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, in: Forum zur Reform des AFG, Berlin 27. und 28.09.1993, Reader, hg. von der Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen

Die Arbeitslosigkeit zu halbieren versuchen

Interview mit Rudolf Dreßler*

spw: Der Parteitag in Wiesbaden hat die Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, ganz oben auf die Tagesordnung der SPD gesetzt. In der 70er Jahren hatte es auch eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung nicht geschafft, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, sie hatte auch den weiteren Anstieg in der Krise Anfang der 80er nicht verhindern können. Was kann heute realistisch von einer SPD-geführten Bundesregierung erwartet werden?

Dreßler: Wir haben in den 70er Jahren nachweisbar versucht gegenzusteuern. Ein klassisches Beispiel, das heute noch Modellcharakter hat, war das Zukunftsinvestitionsprogramm, ZIP genannt. Dadurch wurden damals in 3-4 Jahren ca. 1 Million neue auf Dauer angelegte zukunftsträchtige Arbeitsplätze geschaffen. Zu einer solchen Kraftanstrengung hatte die damalige Bundesregierung Anfang der 80er Jahre dann nicht noch einmal die Kraft. Daß der Parteitag in Wiesbaden endlich diese Thematik in den Vordergrund gestellt hat, haben wir lange gefordert. Dieses muß jetzt mit Leben gefüllt werden. Das geht nicht auf Knopfdruck, zumal die Problemlagen jetzt eminent größer als Mitte der 70er Jahre sind. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit wird 1994 nach Angaben des Sachverständigenrates 4 Millionen betragen, also in der Spitze 4,5 bis 4,8 Millionen. Das Arbeitsplätze-Defizit liegt jetzt schon über 6 Millionen und wird, wenn nichts passiert, auf 7 bis 8 Millionen anwachsen.

spw: Ist es da schon ein Erfolg, wenn die Arbeitslosigkeit nicht weiter steigt, oder wie weit wird sie vielleicht tatsächlich gesenkt werden können und in welchen Zeiträumen?

Dreßler: Wenn die SPD dies tatsächlich zum Schwerpunkt ihrer Politik

macht, dann könnte sie die registrierte Arbeitslosigkeit in einer Legislaturperiode zu halbieren versuchen. Jegliche Zusicherung darüber hinaus hielte ich für unseriös, die Halbierung wäre schon ein ehrgeiziges Ziel. Dazu müssen alle vorhandenen Instrumente, aber auch neue, möglicherweise sehr umstrittene, praktiziert werden: Das erste und wohl unwiderlegbare Element ist, die vorhandene Arbeit auf mehr Schultern zu verteilen. Das bedeutet Arbeitszeitverkürzung, dazu gibt es nach meiner Auffassung überhaupt keine Alternative. Das zweite ist, den öffentlich geförderten Arbeitsmarkt zu pushen, Stichwörter sind berufliche Umschulung und Weiterbildung, ABM. Dafür werden übrigens keinerlei neue Tarifverträge benötigt. Das dritte ist, alle Instrumente des Arbeitsförderungsgesetzes zu nutzen, erweitert um jene Vorschläge, die die SPD in ihrem Entwurf für ein Arbeits- und Strukturförderungsgesetz integriert hat, also von der Teilrente bis zum Vorruhestand. Und das vierte Element wäre die wirkliche Schaffung eines „2. Arbeitsmarktes“, den es ja in Wahrheit heute noch gar nicht gibt. Und den subsumiere ich ausschließlich unter dem Stichwort Langzeitarbeitslosigkeit. Hier geht es nicht nur um die Älteren, sondern insbesondere auch um die jüngeren Langzeitarbeitslosen. Wenn eine Gesellschaft einem jungen Menschen, der noch keine 25 Jahre alt ist, überhaupt keine Existenzperspektive bietet, muß sie sich fragen, inwieweit sie noch das Recht hat, diesen jungen Menschen zu fragen, ob er sich mit „diesem seinem Staat“ identifiziert.

Dazu sind auch sehr unkonventionelle Wege zu gehen. Die Idee ist, daß für einen Reintegrationsprozeß bisher Langzeitarbeitsloser, ihr Wiederfitmachen für den 1. Arbeitsmarkt, die Unternehmen Arbeitsplätze zur Verfügung stellen und der Staat für diesen Zeitraum die Löhne zahlt. Alle Arbeitsmarktwissenschaftler bestätigen, daß so etwas nicht unter 12 Monaten zu ma-

chen ist, wobei eine zeitliche Staffelung der staatlichen Lohnkostenzuschüsse denkbar ist, weil im Laufe der Zeit der produktive Beitrag wächst. Man muß wissen, daß die Unternehmen Arbeitsplätze und Löhne nicht zur Verfügung stellen werden, weil es einfach zu teuer ist. Ein normaler Arbeitsplätze wird heutzutage mit 100000 DM ange- setzt, ein Arbeitsplatz in der Hochtechnologie mit 1 Million DM, pro Jahr. Wenn also Unternehmen sich bereitklären würden, unter diesen Voraussetzungen die Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, dann wäre das ein Beitrag. Und nun kommen die Gewerkschaften ins Spiel, denn für diesen Fall benötigen wir neue Tarifverträge.

spw: Wie sollen denn diese Tarifverträge aussehen, sollen die Löhne dabei unter dem liegen, was bisher die Tarifverträge zulassen?

Dreßler: Ja selbstverständlich. Es geht hier um einen neuen Bereich von Arbeit, den der Staat gemeinsam mit Unternehmen organisiert, für den es bisher keine Tarifverträge gibt. Das muß man ganz klar unterscheiden von bisherigen ABM oder der Diskussion über „2. Arbeitsmarkt“ in dem Sinne, daß bisherige Bezieher von Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe in einer Tariflohnsituation unterhalb der Tariflohnschwelle beschäftigt werden sollen. Das lehnen wir ab. Aber Langzeitarbeitslose werden in der Zukunft bei dieser Massenarbeitslosigkeit in Deutschland solche Angebote nicht mehr bekommen, sind faktisch nicht vermittelbar, und mein Anliegen ist, dieses nicht so stehenzulassen, sondern dagegen etwas zu tun. Das darf aber nicht außerhalb der Tariffindung stattfinden, sondern muß gemeinsam mit den Tarifparteien geregelt werden. Das wird eine „lustige“ Diskussion, darüber bin ich mir schon klar. Aber solange niemand einen besseren Lösungsvorschlag bietet, sage ich, wir müssen das versuchen.

spw: Noch mal zurück zur Arbeitszeitverkürzung. Es gibt ja in der Ar-

beitszeitpolitik sehr unterschiedliche Vorstellungen, auch in der SPD. Statt über Verkürzung reden andere vor allem dauernd über die Notwendigkeit weiterer Flexibilisierung der Arbeitszeiten.

Dreßler: Da gibt es zwei Gesichtspunkte. Das eine ist ein Arbeitszeitgesetz als Rahmen für die Tarifvertragsparteien. Wir machen nach wie vor in Deutschland über eine Milliarde Überstunden pro Jahr. Und wenn ich mir überlege, was das an zusätzlichen Arbeitsplätzen bedeuten könnte, wenn ich das auf ein vernünftiges Maß reduziere, wird deutlich, worum es dabei geht. Und der zweite Gesichtspunkt ist dieses Gelabere auch von Sozialdemokraten über Flexibilisierung, ohne Kenntnis dessen, was eigentlich in Deutschland schon an Flexibilisierung praktiziert wird. Wir sind das Land, welches tarifvertraglich die höchsten Flexibilisierungsmöglichkeiten in der Welt aufweist. Anstatt zur Kenntnis zu nehmen, daß die bestehenden Möglichkeiten noch gar nicht genutzt werden, faseln sie da rum „Wir müssen Flexibilisierung einführen, wir müssen alles flexibler handhaben“. Ich finde, das ist ein Trauerspiel.

spw: Wobei ja vielen diese Flexibilisierungsmöglichkeiten noch nicht ausreichen. Z.B. haben die sozialdemokratischen Wirtschaftsminister gefordert, die Ausleihszeiträume, in denen die vereinbarte Arbeitszeit erreicht werden muß, auf ein Jahr heraufzusetzen -dann braucht man eigentlich überhaupt keine Wochenarbeitszeiten mehr festzulegen-, sie wenden sich gegen die 5-Tage-Woche und ausdrücklich dagegen, Zeitzuschläge beim Freizeitausgleich von Überstunden zu gewähren usw.; alles unter dem Gesichtspunkt, daß das angeblich Standortnachteile verstärkt und die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft beeinträchtigt. Das ist ja praktisch das Gegenteil von dem, was die Bundestagsfraktion fordert und überholt sogar den Gesetzentwurf der Bundesregierung noch rechts.

Dreßler: Man will wohl nicht zur Kenntnis nehmen, daß ein Hochlohnland eine Hochtechnologie benötigt, aber nicht versuchen kann, auf dem Gebiet der Arbeitskosten oder -bedingungen mit der Slowakei oder mit Ungarn oder mit Malaysia in Konkurrenz einzutreten. Und deshalb halte ich dieses Ganze für -na wie soll ich es sagen-

das ist Nachplappern irgendeiner vorgeblichen Modernität, die in Wahrheit nichts anderes ist als stockkonservative Position.

spw: Was ist denn über Arbeitszeitverkürzung und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen hinaus zu tun, um auch auf dem „1. Arbeitsmarkt“ zusätzliche wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen?

Dreßler: Natürlich muß auch in der Wirtschaftspolitik der Staat seiner beschäftigungspolitischen Verantwortung gerecht werden und eine aktive Politik betreiben. Wenn die Wirtschaftspolitik sich so weit zurückhält wie das jetzt der Fall ist, also faktisch keine Moderatorenfunktion übernommen hat, was den Osten Deutschlands betrifft, sind die Ergebnisse natürlich klar. Da hat nur eine Philosophie geherrscht, und die hieß „der Markt regelt alles“, und Felder wie aktive Infrastrukturpolitik, regionale Strukturpolitik usw., die im Westen erfolgreich waren, wurden behandelt, als ob es sich um Nachfolgeprogramm von SED-Politik gehandelt hätte. Man muß ja nur da hinfahren und sehen, was alles plattgemacht worden ist. Wenn man sich dagegen beispielsweise in Japan anguckt, was das dortige Wirtschaftsministerium an Moderatorenfunktion, auch im Sinne des Antreibens, bewerkstelligt hat, dann wird klar, was gemeint ist.

spw: Lafontaine hat vor kurzem im Bundestag Äußerungen gemacht, die sich so verstehen lassen, daß er der Meinung ist, die Löhne seien in den letzten Jahren zu stark gestiegen und für mehr Arbeitsplätze seien geringere Löhne wünschenswert, faktisch hieße das ja verstärkter Reallohnabbau.

Dreßler: Ich habe ihn nicht so verstanden. Ich hielte es auch nicht für ganz logisch. Wenn ich Löhne senke, in der Hoffnung, damit neue Arbeitsplätze zu schaffen, habe ich die Frage, woher die kaufkräftige Nachfrage kommen soll, ja nicht beantwortet. Wenn ich jemandem, der sein Einkommen benötigt, um leben zu können, also das Geld nicht anspart, Lohn abziehe oder einen dynamischen Zuwachs nicht zugestehe, dann kann der nur weniger ausgeben. Wenn ich auf diese Weise geringere Nachfrage produziere, werden die Produkte, die produziert worden sind, weniger verkauft. Dann beißt sich die Katze in den Schwanz. Also so hab ich Lafontaine nicht verstanden.

Wenn wir diskutiert haben, daß die Arbeit in Deutschland zu teuer gemacht worden ist, haben wir nicht die Löhne gemeint, sondern die vom Gesetzgeber zu verantwortende Steigerung der Lohnnebenkosten. Zum Beispiel hat es die Bundesregierung 1991 für richtig gehalten, einen großen Anteil des Aufbaus Ost über eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu finanzieren. Sie hat im April 91 auf einen Schlag die Beiträge um 2,5%-Punkte erhöht, von 4,3% auf 6,8%, das hat es noch nie gegeben. Damit wurden bis Dezember 91 ungefähr 21 Mrd. DM abgeschöpft zu Zwecken, für die die Arbeitslosenversicherung nicht zuständig war. Mittlerweile macht diese Finanzierung des Aufbaus Ost über alle Sozialversicherungssysteme zusammen zwischen 40 und 50 Mrd. DM jährlich aus. Dies wurde zur Hälfte durch höhere Beiträge der Arbeiter und Angestellten, zur anderen Hälfte durch den entsprechend gestiegenen Arbeitgeberanteil aufgebracht. Dadurch wurde die Arbeit der beitragspflichtigen Arbeitnehmer verteuert. Wenn ich das per Steuern auf alle übertragen würde, könnte ich die Arbeitslosenversicherungsbeiträge um 3%-Punkte senken. Damit hätte ich die Arbeit verbilligt, ohne daß ich Löhne deshalb kürze, und alle Deutschen wären an einer gerechteren Finanzierung dieser Aufgabe beteiligt, also auch Abgeordnete, Minister, Staatssekretäre, Freiberufler, Beamte. Und die Unternehmen könnten um den Betrag, den sie weniger zu zahlen hätten, ihre Produkte billiger verkaufen. Wir sind ein sehr exportorientiertes Land, ca. 9 Millionen Menschen arbeiten für den Export. Nur darum geht es, wenn wir fordern, Arbeit billiger machen.

spw: Das Problem ist aber, daß beim Steueraufkommen, aus dem das dann ja kommen müßte, in den letzten Jahren eine enorme Belastungsverschiebung zugunsten der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen und der höheren Einkommen stattgefunden hat. Die Bezieher von Lohn- und Gehaltseinkommen mußten einen immer größeren Anteil des Gesamtsteueraufkommens aufbringen und würden wohl auch den Hauptteil der steuerlichen Finanzlasten dieser Zusatzlasten zu tragen haben, so daß das auf eine weitere einseitige Entlastung der Unternehmen hinauslaufen könnte.

* Rudolf Dreßler MdB, Wuppertal, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Präsidiumsmitglied der SPD. Für spw führte Ralf Krämer das Interview.

Dreßler: Das sind jetzt aber 3 verschiedene Elemente: 1. Sozialversicherungsbeiträge, 2. Besteuerung der Unternehmen, nicht der einzelnen Unternehmer, 3. die gerechte Besteuerung der Privaten. Durch Senkung der Unternehmenssteuern wird ja zunächst mal niemandes privates Vermögen bereichert. Vielmehr entlaste ich das Unternehmen in der Erwartung, daß das einen höheren Investitionsspielraum bietet. Wenn dieser nicht genutzt würde, wäre diese Maßnahme verfehlt. Wenn sie aber helfen würde, Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten, dann hätte sie etwas gebracht. Die Besteuerung der Unternehmer als Privatpersonen ist eine andere Frage, darüber muß gesondert geredet werden, Stichwort Erbschaftssteuer z.B. und vieles andere mehr. Was hier abzuschöpfen wäre, das ist ja traumhaft. Stichwort: 120 Mrd. DM hier erwirtschaftete Einkommen im Jahr gehen unversteuert nach Luxemburg, wobei ich hier von den ganz legalen Formen der Kapital- und Steuerflucht spreche, von den illegalen rede ich noch nicht mal. Wenn ich darüber mit Fachleuten rede, z.B. mit Bankern, und frage, ob man diesem Treiben nicht ein Ende setzen kann, dann sagen die: „Selbstverständlich kann man das, das ist eine Frage des politischen Willens“. Ich bin sehr dafür, daß man diese Maßnahmen endlich ergreift, weil natürlich die hier entstehenden Steuerausfälle bisher von anderen aufgebracht werden müssen, und da sind wir wieder bei den abhängig Beschäftigten.

spw: Ein m.E. zentraler Widerspruch, der sich in den Wiesbadener Parteitagbeschlüssen findet, ist, daß einerseits eine ganze Reihe sinnvoller und notwendiger beschäftigungs- und sozialpolitischer Forderungen beschlossen worden sind, daß aber andererseits die Staatsquote gesenkt werden soll. Wie soll das gehen?

Dreßler: Das wird so einfach nicht zu lösen sein; eine Senkung der Staatsquote würde in der Praxis auf erhebliche Probleme stoßen. Wir haben ja auch einen Schuldenstand, der exorbitante Höhen erreicht hat und wo deshalb Zinszahlungen notwendig sind, die sich auch in der Staatsquote niederschlagen. Außerdem gibt es ganz bestimmte Mechanismen, z.B. in der Rentenversicherung, die können wir gar nicht verändern, weil sie gesetzlich ge-

regelt sind - ich sage Gott sei Dank. Ich glaube, daß vieles von dem, was hier in Beschlüssen formuliert worden ist, an den Ergebnissen der Kohl-Regierung zerplatzen wird. Wenn die Formel insoweit lautet, man bemüht sich, die Staatsquote nicht weiter steigen zu lassen, dann wäre das schon ein ehrgeiziges Ziel.

spw: Es gäbe ja auch, gerade wenn man es ernst meint mit sozialer Gerechtigkeit, einen anderen Weg, die Staatsverschuldung abzubauen, nämlich durch eine überproportionale Steigerung der Einnahmen.

Dreßler: Das ist genau meine Position, die habe ich schon während der Beratungen zu den Solidarpaktverhandlungen im März vertreten, und die hat der Parteivorstand ja auch beschlossen in Gestalt dieses 20-Punkte-Programms, mit dem wir ins Kanzleramt gegangen sind. Da gibt es eine ganze Menge von Dingen, die wir anpacken müssen. Das beginnt nicht erst bei Erbschaftssteuer oder Ergänzungsabgabe für Besserverdienende, sondern das geht tief bis in die Gesellschaftspolitik hinein, wenn ich etwa an das Ehegattensplitting denke. Die Institution Ehe ist uns im Jahr 30 Mrd. an Steuererleichterungen wert, Subventionen sind das ja wohl, und die Förderung der Kinder ist uns ungefähr 17 Mrd. DM wert. Wenn wir das umdrehen wollen, Kinder 30 Mrd., Ehe 17 Mrd., um nur ein Beispiel zu nennen, dann weiß ich jetzt schon, was hier im Staate los sein wird. Aber daß das gemacht werden muß, ist doch wohl unstrittig.

spw: Nach meinem Eindruck scheint sich aber auch in der SPD eine Haltung durchzusetzen, bei der nur noch über Einsparungen geredet wird, aber nicht über Mehreinnahmen - natürlich teilweise auch aus der Zwangslage heraus, daß Kommunen und Länder das weitgehend nicht selber gestalten können. Aber mir scheint sich als sozialdemokratische Orientierung für die 90er Jahre und darüber hinaus zu verfestigen, es ginge nur noch darum, faktisch den Abbau des Sozialstaats möglichst gerecht zu gestalten. Kann das die Perspektive sein?

Dreßler: Wenn nur das unter Sparen verstanden wird, dann wäre es eine armselige Veranstaltung. Sparen heißt doch auch zunächst mal Streichung von Steuersubventionen. Nehmen wir z.B. den Vorsteuerabzug für PKW, Minder-einnahme des Staates 5 Mrd. DM

jährlich, das werden wir in ganz erheblichem Umfang reduzieren können. Wieso muß es für eine Luxuskarosse den vollen Vorsteuerabzug geben? Wieso muß die Anschaffung von PKW für Ehefrauen und für Kinder - das wissen wir doch alles, daß das zum erheblichen Teil in Wirklichkeit Privatwagen sind - zu Lasten der Allgemeinheit über den Vorsteuerabzug gefördert werden? Und dann gibt es noch den Punkt Mehreinnahmen. Scharping hat das in einer Rede vor dem Bundestag vor kurzem so formuliert: Wenn einer 2000 DM Steuern im Monat bezahlt, dann wird es ihm überhaupt nichts ausmachen, 2200 DM zu bezahlen, aber wenn einer 2000 DM im Monat für seine Existenz hat, dann ist es ein gewaltiger Unterschied, wenn man ihm dann mit 1900 kommt und sagt, damit kannst Du auskommen. Genau da liegt der Schlüssel.

spw: Es ginge Dir also schon darum, eine sozialdemokratische Vorstellung von Sozialstaat weiterzuentwickeln, die auf Gesellschaftsgestaltung und soziale Gerechtigkeit gerichtet ist, die darauf gerichtet ist, „Umbau“ nicht als Abbau zu begreifen, sondern neue Prioritäten zu setzen, auch zusätzliche Prioritäten, z.B. frauenorientierter Umbau des Sozialstaats, Ausweitung sozialer Dienstleistungen oder bedarfsorientierte soziale Grundsicherung, die der Parteitag ja erneut beschlossen hat. Auf der anderen Seite vermitteln auch in der SPD zunehmend Leute die Botschaft, das meiste an sozialdemokratischer Zielsetzung im Bereich Sozialstaat sei eigentlich erledigt, die meisten Leute könnten das mittlerweile auch privat regeln und wir müßten uns nur noch darum kümmern, eine Minimalabsicherung für die zu organisieren, die sonst ganz rausfallen würden. Ansonsten könne man möglichst viel „entbürokratisieren“ und der „Eigenverantwortung“ der Einzelnen überlassen. Z.B. Farthmann, immerhin NRW-Fraktionsvorsitzender, in seinem Beitrag in spw 74 argumentiert in diese Richtung.

Dreßler: Das ist aber eine Einzelmeinung, das ist kein Chor in der SPD. Gleichwohl glaube ich, daß diejenigen, die einen Umbau für richtig halten, von denjenigen, denen sie etwas wegnehmen, um es anderen zu geben, den Vorwurf „Abbau“ um die Ohren gehauen bekommen werden. Das liegt in der Natur der Sache. Nehmen wir mal

als klassisches Beispiel den Krankenversicherungsbeitrag der Rentner. Im Gesundheitsstrukturgesetz, das wir ja maßgeblich mitgestaltet haben, haben wir beschlossen, daß freiwillig Versicherte in der gesetzlichen Krankenversicherung künftig nicht nur ihre Rente, sondern auch andere Einkommen bis zur Beitragsbemessungsgrenze angerechnet bekommen. Es gab z.B. Leute, die bezogen eine Sozialversicherungsrente von ein paar Hundert DM, hatten daneben aber noch erhebliche andere Einkommen z.B. aus Pensionen oder Mieteinnahmen, die überhaupt nicht berücksichtigt wurden. Die haben dann ein paar Mark-fünzig Krankenversicherungsbeitrag bezahlt, die ganze Familie war teilweise über diesen Minimalbeitrag beitragsfrei mitversichert. Nun haben wir das geändert und diese anderen Einkünfte einbezogen. Plötzlich erhöhte sich bei einigen der Krankenversicherungsbeitrag um das zwei- oder dreifache. Da war was los, die sind fast verrückt geworden und haben das als Abbau definiert. Für mich ist das ein Stück Umbau. Hätten wir das nicht gemacht, hätten die fehlenden Mittel stattdessen diejenigen, die geringer verdienen, über Beitrags-erhöhungen zusätzlich aufbringen müssen. Wenn wir diesen Schritt irgendwann auch bei den Pflichtversicherten gehen, weil die ja auch teilweise erhebliche andere Einkünfte haben und man keine Unterschiede machen darf, wird das gleiche Theater noch mal losgehen.

spw: Es scheint mir auch kein Zufall zu sein, daß die Beitragsbemessungsgrenzen, bis zu denen das Einkommen prozentual herangezogen wird, gerade in denjenigen Sozialversicherungssparten besonders niedrig ist, wo wirklich ein gewisser Solidarausgleich stattfindet (also bei Kranken- und Pflegeversicherung) und nicht äquivalent zu den Beiträgen auch entsprechende Geldleistungsansprüche für später erworben werden.

Dreßler: Während der Gesundheitsstrukturverhandlungen mit der Koalition haben wir versucht, die Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung, die heute 75% der Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung beträgt, auf 80% zu erhöhen, um 5%. Dieses Stück größerer sozialer Gerechtigkeit war mit der CDU/CSU und der FDP schlichtweg nicht zu machen. Und da wir keine Mehrheit hat-

ten, konnten wir auch nicht mit dem Kopf durch die Wand.

spw: Aber man kann davon ausgehen, daß die SPD das wieder auf die Tagesordnung bringen würde?

Dreßler: Ja, weil es schlicht und ergreifend gerechter ist.

spw: Ein weiterer sinnvoller Vorschlag, von dem ich aber lange nichts mehr gehört habe, ist die Wertschöpfungsabgabe, also neben den Löhnen und Gehältern auch andere Wertschöpfungsbestandteile, insbesondere Abschreibungen und Gewinne, für Sozialversicherungsbeiträge heranzuziehen.

Dreßler: 1989, in der Diskussion um die Rentenreform, hatten wir den Wertschöpfungsbeitrag als Forderung eingebracht. Die Einbringung dieses Punktes war für CDU, CSU und FDP so etwas wie das kommunistische Manifest. Es war verblüffend: sie wußten wenig davon, hatten sich nie darum gekümmert, aber sie lehnten es prinzipiell ab. Ich bin der festen Überzeugung, wenn wir die nächste Rentenreform machen für die Zeit nach 2010/2015 - bis dahin ist die Rente stabil-, werden wir dieses Instrument dringendst benötigen. Einerseits um kapitalkostenintensiven Betriebe im Verhältnis zu den personalkostenintensiven Betrieben stärker zu belasten, und zweitens als zusätzliche Finanzierungsquelle in Anbetracht der demografischen Entwicklung. Man kann aber den Wertschöpfungsbeitrag nur einmal verbraten und ich habe immer dazu geraten, ihn für den 3-Generationen-Vertrag zu reservieren. Das steht bei uns nach wie vor auf der Tagesordnung.

spw: Können wir denn erwarten, falls die SPD im nächsten Bundestag die entsprechenden Mehrheiten dafür finden kann, daß alle möglichen Sozialkürzungen, die etwa in den letzten Monaten beschlossen worden sind, noch mal auf den Prüfstand kommen, oder wird es so sein, daß die SPD das erst mal alles so lassen wird, weil es zu teuer würde, das wieder zurückzunehmen?

Dreßler: Wir kommen gar nicht darum herum, alles auf den Prüfstand zu stellen, weil es Kürzungsmaßnahmen gibt, die sind schlicht ver-rückt und kontraproduktiv. Wie schnell so etwas repariert werden kann, hängt natürlich von den allgemeinen Finanz-situationen ab, denen eine Regierung ausgesetzt ist. Aber daß das auf den

Prüfstand muß, ist für mich völlig zweifelsfrei. Das letzte Beispiel war Schlechtwettergeld, dessen Streichung wir nicht verhindern konnten. Das ist auch aus finanzpolitischen Erwägungen Unfug, weil ich nicht glaube, daß damit per Saldo gespart wird. Was an Schlechtwettergeld gespart wird, wird an Arbeitslosenunterstützung hinterher gezahlt werden müssen.

spw: Gälte das auch bei der Pflege, falls es da noch zu einer Einigung kommt, für die Punkte, wo die SPD jetzt auf die Koalition zugegangen ist, sei es der Leistungsumfang, die Frage der Kompensation durch Feiertage oder die Beitragsbemessungsgrenze? In der Logik eines Umbaus im positiven Sinne müßte man ja sagen, es kommt im Gegenteil darauf an, noch stärker als bisher wirklich alle Bevölkerungsgruppen und alle Einkommen in die sozialen Sicherungssysteme einzubeziehen und nicht irgendwo relativ niedrig gezogene Beitragsbemessungsgrenzen zu haben. Oder man könnte sogar zu progressiven Lösungen kommen, wo Leute entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit auch überproportional im Verhältnis zu ihren Einkommen zu Beiträgen herangezogen werden. Ich sehe auch in der eigenen Partei Kräfte, die da ganz anders herangehen und die vielleicht gar nicht so unglücklich über bestimmte Kompromisse sind, die da jetzt laufen.

Dreßler: Das ist zweifellos richtig. Trotzdem gehört sowas weiterhin auf die Tagesordnung, wenn der Anspruch, Gesellschaft durch Sozialpolitik gerechter zu gestalten, nicht aufgegeben werden soll. Wenn wir zum Schluß die Beitragsbemessungsgrenze der Krankenversicherung statt die der Rentenversicherung für die Pflege akzeptiert haben, weil die gerechtere Lösung für die andere Seite überhaupt nicht diskutabel war, dann heißt das nicht, daß dies das Ende der Fahnenstange ist. Natürlich kann und muß man das wieder ändern, wenn man die Mehrheiten dafür hat. Ich hab immer gesagt, wenn man aus der Opposition heraus etwas auf den Weg bringen kann, wobei die Richtung stimmt, aber es ist noch nicht ausreichend, dann kann man es, wenn man die Mehrheiten dazu bekommt, verbessern. Wenn es aber in die falsche Richtung geht und eine Umkehr kaum mehr möglich ist, dann soll man die Finger davon lassen.

Mit den folgenden drei Aufsätzen setzt die spw die im vergangenen Jahr begonnene Diskussion über die Rolle der SPD und der SPD-Linken fort. Zentraler Bezugspunkt ist diesmal natürlich der zurückliegende Wiesbadener Parteitag. Die heutige SPD wird von den Autorinnen und Autoren „irgendwo“ zwischen zwei Polen verortet: sozialer Klientelismus als sozialdemokratische Ergänzung einer weltmarktorientierten Modernisierung und Kapitalförderung auf der einen, die Umverteilung von Macht wirtschafts- und sozialpolitischen Beschlußfassung und anhand der Rolle, die Rudolf Scharping auf diesem Gebiet spielt, wer-tende Substanz - hinter partei(tags)taktischen Manövern und Schlagabtauschen zu erfassen. Weitere Beiträge werden folgen.
Die spw-Redaktion

Programmatische Bestandssicherung

Eine Nachlese zum Wiesbadener SPD-Parteitag

von Horst Peter*

Das Drehbuch für den Parteitag der SPD in Wiesbaden war von den Medien vorgezeichnet: Rudolf Scharping werde die Partei mit den Themen der gesellschaftlichen Mitte wie innere Sicherheit und „angemessene“ Außenpolitik sowie auf die traditionelle Kernarbeiterschaft beschränkte Sozialpolitik aus den Gedankenspielen um rot-grüne Bündnisse herausführen. Oskar Lafontaine werde die Partei für die vom Kapital inszenierte Standortdebatte mit der durch angeblich zu hohe Löhne, zu hohe Steuern und Abgaben, staatliche Überregulierung und zu hohe Kosten des Sozialstaates verursachten Gefährdung des Wirtschaftsstandorts Deutschland öffnen und die Standortdebatte sozialdemokratisch erzählen. Die publizistischen Flaggschiffe „Handelsblatt“ und „Wirtschaftswoche“ feierten Oskar Lafontaines Forderungen, die Löhne zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise langsamer ansteigen zu lassen, und gaben der SPD die Weihe der wirtschaftspolitischen Bündnisfähigkeit mit dem Kapital. Der Plot dieser Inszenierung: die Gewerkschaften in der Krise von der SPD zu isolieren und damit die gesellschaftlichen Machtgewichte weiter nach rechts zu verschieben.

Das wichtigste Ergebnis des Parteitags war, daß die beabsichtigte Interpretation, die SPD habe sich nach rechts bewegt, nur mit Mühe durchzuhalten ist. Der Linken war es gelungen, in der Debatte um das wirtschaftspolitische Programm die Signale Oskar Lafontaines, die Lohnhöhe und Steuer- und Abgabenbelastung als Hauptursa-

chen der Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit benannten, zu streichen, und damit eine Deutung des Antrags, es sei Wirtschaftspolitik der SPD, den Wirtschaftsstandort Deutschland durch Niedriglohnkonzepte oder Steuerentlastungsmodelle attraktiv zu machen, auszuschließen. Im Gegenteil: der Antrag wurde - unbeschadet von Widersprüchlichkeiten - in Richtung auf Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit durch staatliche Infrastrukturpolitik in den Regionen, durch ein ökologisch-soziales Aufbauprogramm Ost, durch ein Zukunftsinvestitionsprogramm, durch die Forderung nach einem sozialen Lastenausgleich zwischen oben und unten und nach einer Staatsreform als Alternative zu konservativen Deregulierungs- und Privatisierungskonzepten zugespitzt. Hiermit wurden zugleich zentrale Elemente eines ökologisch-sozialen Zukunftsprojektes des Umbaus der Industriegesellschaft programmatisch gesichert. Eine rot-grüne Reformperspektive und die strategische Zielsetzung eines gesellschaftlichen Reformbündnisses mit alten und neuen sozialen Bewegungen als Träger eines derartigen Zukunftsprojektes bleiben damit gewahrt.

Der Absicht, den Parteivorsitzenden dem rechten Flügel der Partei zuzuordnen, entzieht Rudolf Scharping seit dem Parteitag in Reden und Aussagen den Boden. Er zeigt sich als Garant dafür, mit der gesamten Partei einen Regierungswechsel einzuleiten. Dabei verfügt er über das machtpolitische Sanktionspotential, kontraproduktive Störungen dieses Ziels durch Einzelpersonen über die Medien schon am Anfang einzudämmen, indem er den Anspruch deutlich macht, die legiti-

mierten Gremien wieder stärker in die Willensbildung einzubeziehen und die Parteitagebeschlüsse auf die politische Praxis zu beziehen und nicht aus der öffentlichen Wahrnehmung zu verdrängen. Oskar Lafontaine mag darin das Marterwerkzeug sozialdemokratischer Sekundärtugenden erkennen, aber Erhard Eppler definiert die sozialdemokratische Linke als diejenigen, die im Zweifel die Parteitagebeschlüsse einhalten und umsetzen wollen. Die postmoderne Beliebtheit der Enkel und das damit verknüpfte Durchsetzungsmodell nicht legitimierter Inszenierungen über die Medien a la Petersberg werden zum Auslaufmodell sozialdemokratischer Willensbildung. Wenn es Rudolf Scharping gelingt, die Ausfransung sozialdemokratischer Willensbildung an der Spitze der Partei in Zukunft zu verhindern, so wird dies Initialzündung sein für die Rückführung der Willensbildung in die Gremien auch in den unteren Gliederungen der Partei. Rudolf Scharpings These von der Notwendigkeit eines zweiten, ökologischen Generationsvertrages neben dem ersten, sozialen Generationsvertrages zeigt zudem, daß Scharping nicht gewillt ist, den vom Berliner Programm gebneten Entwicklungspfad der ökologisch-sozialen Erneuerung der Industriegesellschaft zu verlassen. Scharping kann deshalb nicht von denjenigen in Anspruch genommen werden, die in der Krise Umweltpolitik als standortgefährdenden Kostennachteil definieren.

Aus der Sicht der Linken ist der Wiesbadener Parteitag trotzdem auch Anlaß, den eigenen Standort zu überprüfen. Zwar ist es in der Gesamtwertung des Parteitags gelungen, „Schlimmeres zu verhindern“, in der Entwick-

lung des ökologisch-sozialen Umbaukonzepts ein Stück weiterzukommen, die Versuche des Seeheimer Kreises zum erweiterten Einsatz der Bundeswehr abzuwehren, und die Tür für eine nicht-militärische Bestimmung der Rolle Deutschlands in der Welt aufzustoßen, in der Frage der Parteireform die richtigen Akzente der Öffnung für Nichtmitglieder und der Basisdemokratisierung durch Mitgliederbegehren und Mitgliederentscheid zu setzen. Diese Erfolge dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Linke strukturell in der Minderheit ist, wenn es um Richtungsentscheidungen gegen den mainstream der öffentlichen Diskussion geht, wie die Niederlage in der bürgerrechtlichen Debatte über den „großen Lauschangriff“ deutlich zeigt.

Das liegt zum einen darin, daß die personelle Entleerung der Volksparteien besonders in der SPD die kritischen Positionen schwächt, da sich die Aktivmitgliedschaft in den Ortsvereinen immer stärker auf die Funktionsträger oder diejenigen, die es werden wollen, reduziert, und die allgemein politisch Interessierten ohne akute Karriereinteressen sich meist außerhalb der Parteien politisch engagieren. Das reduziert auf den Parteitag das Potential der direkt von der Linken erreichbaren Delegierten und gibt den Vorständen, wenn sie selbst geschlossen auftreten, strukturelle Mehrheiten.

Gravierender als die Schwächung der organisatorischen Reichweite ist jedoch die Schwächung der theoretischen Bindungskraft der Linken, der gegenwärtig die Fähigkeit fehlt, die im Berliner Programm gelungene Neuorientierung auf das tragfähige gesellschaftliche Zukunftsprojekt des ökologisch-sozialen Umbaus der Industriegesellschaft mit globaler Dimension verbunden mit der Neubestimmung des Wertes der gesellschaftlichen Arbeit und der Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung - ohne Zweifel ein Ergebnis intensiver linker Programmdiskussion - zu einer die Alltagspolitik durchbrechenden politischen Alternative zu konkretisieren. Linke Ideen werden nicht von selbst zur „materiellen Gewalt“. Dazu muß die Entwicklung der ökologisch-sozialen Alternative bezogen werden auf die Funktionsmechanismen des kapitalistischen Wachstums- und Ausbeutungsmodells und die Garantie dieses Modells durch die G 7-Staaten, verbunden

mit deren Bereitschaft, es weltweit militärisch zu sichern. Erst dann wird sichtbar, daß es mit dem ökologisch-sozialen Umbau der Industriegesellschaft um die Veränderung des Kerns der Wirtschaftsordnung geht. Das Kapital zerstört Mensch, Gesellschaft und Natur. Deshalb zielt die Intervention der Linken auf den Wertschöpfungsprozeß, die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und die stoffliche Seite des Produktionsprozesses.

Diese Alternative gilt es zu konkretisieren. Um diese Alternative sind die linken Projekte zu bündeln. Es geht um die durchgängige Verankerung des ökologisch-sozialen Politikprinzips in allen Politikfeldern. Intensiver theoretischer Anstrengung bedarf die Integration der politischen Teilsysteme. Sonst werden die linken Themen in relativer Beliebigkeit ihr Eigenleben weiterführen. Das hilft zwar, linke Experten in Einzelfeldern anbieten zu können, das ermöglicht auch politische Teilerfolge in der Alltagspraxis und auch auf Parteitag, aber es führt selbst im Falle des Erfolges noch nicht zu einem gesellschaftlich mehrheitsfähigen linken Zukunftsprojekt. Insbesondere hat diese Orientierung auf die linken Einzelthemen immer stärker dazu geführt, daß die Linke - nicht nur in der SPD - immer stärker den strategischen Kern einer gesellschaftlichen Veränderung aus dem Blick verloren hat: die Art des Produzierens und der gerechten Verteilung des Produktes. Verschärft wurde dieser Trend noch durch den Zusammenbruch der Staaten, die sich selbst realsozialistisch nannten und in Wirklichkeit das industrialistische Entwicklungsmodell des Westens nachzuholen versuchten. Damit ging jedoch ein Orientierungsverlust vieler Linker einher, die trotz vielfältiger prinzipieller und Detailkritik an diesem System darin den Nukleus, die prinzipielle Möglichkeit eines anderen gesellschaftlichen Entwicklungsganges sehen wollten, und es bestärkte diejenigen, die sich durch die Negation dieses Systems definierten, denn Kapital und Konservative brachten auch die nichtkommunistische Linke in Erklärungszwang gegenüber dem Osten.

Vor diesem Hintergrund darf es nicht verwundern, daß es nicht gelungen ist, auf dem Wiesbadener Parteitag dem Initiativantrag des Parteivorstands zur Wirtschaftspolitik einen geschlossenen Alternativantrag entgegenzustellen.

isw sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.
Analysen Dokumentationen Fakten & Argumente

Wirtschaftsreform in Osteuropa
Markt - Krise - Hinterhof

Krieg der Konzerne
Thesen zur Weltmarkt-Strategie des Kapitals

REPORT NR. 16
Wirtschaftsforschung München e.V.

REPORT NR. 17
Wirtschaftsforschung München e.V.

Analysen des isw - sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. (Auswahl):

- isw-reports**
(vierteljährlich mit isw-wirtschaftsinfo).
Preis: DM 5,- plus Porto (Jahresabo: 25,- DM)
Der Gipfel, diese Weltwirtschaft? (März '92)
Mit Energie ins Treibhaus (Juni 1992)
EG - Vom Supermarkt zur Supermacht? (Oktober '92)
Friedensdividende oder neue Rüstungsrenditen? (Januar 1993)
isw-forum: Wirtschafts- und Militärmacht EG (April 1993)

- isw-spezial**
Kapitalmacht in Deutschland (August 1991), DM 7,- + Porto
Billigstrom für die Großindustrie (Oktober 1992), DM 5,- + Porto
Siemens Bilanz- und Konzernanalyse, 2. überarb. Aufl. (Mai '93), DM 5,- + Porto
Reiche Industriestaaten - Arme "Dritte Welt" (April 1993), DM 5,- + Porto

isw-wirtschaftsinfo
Gegen die Asylflügel, DM 2,- + Porto
Solidarpakt, Sozialabbau, Standortdebatte DM 3,- + Porto

isw e.V., Georg-Wopfner-Straße 46,
80939 München - Konto Sparda Bank
München Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

* Horst Peter MdB, Kassel, Vorsitzender des HerausgeberInnenkreises der spw

Schlimmeres verhindert, Widersprüchliches beschlossen

Wirtschaftspolitische Diskussionslinien in der SPD

von Ralf Krämer*

Wer den in Wiesbaden gefaßten umfangreichen Beschluß „Eine gesamtdeutsche Strategie für Modernisierung, Beschäftigung und umweltverträgliches Wachstum“ unvoreingenommen liest, wird darin wahrscheinlich wenig entdecken, was aus der Linie bisheriger sozialdemokratischer Parteitagebeschlüsse zu diesen Themen herausfiel. Im Mittelpunkt steht die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, dazu wird ein „nationaler Beschäftigungspakt“ gefordert. Durch eine ökologische und technologische Modernisierung der Wirtschaft sollen wettbewerbsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden, dazu sollen private und öffentliche Investitionen gefördert und verstärkt werden. Hervorgehoben wird die Notwendigkeit eines Aufbauprogramms für Ostdeutschland. Diese Politik soll international abgestimmt, durch aktive Arbeitsmarktpolitik und eine „intelligenter und gerechtere Verteilung der Arbeit“ ergänzt und sozial gerecht finanziert werden. Zugleich werden die Sanierung der Staatsfinanzen und eine ökologische Steuerreform in Aussicht gestellt.

Das ist allerdings bestenfalls die halbe Wahrheit. Tiefgehende Einblicke in die wirtschaftspolitische Debatte in der SPD und eine fundiertere Einschätzung der dabei vertretenen Positionen und bevorstehenden Auseinandersetzungen gewinnt, wer die Kontroversen im Vorfeld und auf dem Parteitag sowie die reale Politik insbesondere der sozialdemokratisch regierten Länder einbezieht und den Beschluß daraufhin nochmals kritisch liest. Dabei lassen sich zwei sehr unterschiedliche Konzeptionen analysieren, die sich in einem in weiten Teilen schwammigen, halbherzigen und in sich widersprüchlichen Beschluß niedergeschlagen haben.

Analysiert man die Antragsentwürfe der von Lafontaine geleiteten Kommis-

sion des Parteivorstands, die in diesen Punkten symptomatisch für den sozialliberalen Mainstream der real existierenden Sozialdemokratie sind, stellt man fest, daß sie der Propaganda von der angeblichen Gefährdung des Wirtschaftsstandorts Deutschland durch zu hohe Lohnkosten und zuviel Staat weitgehend auf den Leim gehen. Die Forderungen zur Beschäftigungspolitik und zur Finanzierung sind unzureichend und unkonkret. Faktisch avanciert die „Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft“ zum höchsten Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, alle sozialen und ökologischen Forderungen werden diesem Primat untergeordnet. Diese Positionen finden sich auch in der beschlossenen Fassung noch an etlichen Stellen. Ökonomie in einem solchen Maße aus einer primär betriebswirtschaftlichen Perspektive zu betrachten, wie es sich im Antrag des Parteivorstands niedergeschlagen hat und bei sozialdemokratischen Wirtschaftspolitikern mittlerweile gang und gäbe ist, hat allerdings mit wirtschaftspolitischer Kompetenz nur dann etwas zu tun, wenn man diese definiert als die Auffassung der herrschenden Kreise „der Wirtschaft“, bei wem ihre Interessen am besten aufgehoben sind.

Den Mängeln und Desorientierungen dieser Positionen liegt zugrunde, daß eine adäquate Analyse der gegenwärtigen Krise und ihrer Ursachen fehlt. Eine solche Analyse würde zeigen, daß es sich im Kern um eine internationale und nationale kapitalistische Überproduktionskrise handelt. Im Zuge der dadurch verschärften internationalen Verdrängungskonkurrenz treten auch strukturelle Probleme und technologische und arbeitsorganisatorische Defizite bestimmter Branchen stärker hervor. Ursache der Krise sind jedoch nicht gesunkene Gewinne aufgrund zu stark gestiegener Lohnkosten oder übermäßiger staatlicher Regulierungen. Die Gewinne geraten vielmehr aktuell als Folge der Krise unter

Druck, bedingt durch unzureichende Auslastung der Kapazitäten, die im vorangegangenen Aufschwung stärker ausgeweitet wurden als die Endnachfrage wuchs, deren Dynamik national und weltweit gerade durch die Umverteilungsprozesse zugunsten der Profite relativ zurückblieb.

Der seit Jahren laufende internationale Unternehmenssteuersenkungs-, Lohnbeschränkungs- und Sozialabbauwettbewerb verstärkt und verlängert die ökonomische Krise, vergrößert die Massenarbeitslosigkeit und die sozialen Spaltungen. Statt auf diese Weise zu versuchen, den eigenen Weltmarktanteil zu Lasten der anderen, überwiegend ökonomisch schwächeren, Länder weiter zu vergrößern und diese damit unter verstärktem Druck zu setzen, müßte gerade von der europäischen Wirtschaftsvormacht Deutschland ein entschiedenes Signal für einen Kurswechsel ausgehen, um in internationaler Kooperation Beschäftigung und ökologisch verträgliche Wachstumsprozesse voranzubringen und soziale Probleme zu lösen. Dabei muß völlig klar sein, daß wie schon in den 80er und der zweiten Hälfte der 70er Jahre keinesfalls erwartet werden darf, daß ein wirtschaftlicher Aufschwung im Selbstlauf zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit führen würde: Diese ist vielmehr ein strukturelles Problem der entwickelten kapitalistischen Länder, das nicht durch Selbstheilungskräfte der Marktwirtschaft gelöst werden kann, sondern nur durch wirtschaftsdemokratische Steuerung und Gestaltung, durch Beschäftigungspolitik und Arbeitszeitverkürzung.

Elemente einer solchen am Berliner Grundsatzprogramm der SPD anknüpfenden linken Gegenposition fanden sich in unterschiedlichem Maße in Anträgen verschiedener Gliederungen wieder. Den im Frankfurter Kreis koordinierten Parteilinken ist es gelungen, daraus umfangreiche Änderungen und Ergänzungen in der Neufassung des Leittrags unterzubringen, die auf

dem Parteitag in Form eines mehr als 20-seitigen Initiativantrags der Antragskommission vorgelegt wurde (zum chaotischen und undemokratischen Entstehungsprozeß des „Leittrags“ siehe den Beitrag von Arenz in *spw* 74). Dabei wurden vor allem die Forderungen einer vollbeschäftigungsorientierten Politik wesentlich akzentuiert und um gleichstellungspolitische und Forderungen zur Ausweitung von Bildung und Weiterbildung ergänzt. Die Darstellung der Krisenursachen wurde weitgehend überarbeitet, die Forderung nach einem „Lastenausgleich zu Lasten großer Vermögen“ wurde untergebracht. Von großer Bedeutung ist auch, daß die Lafontaine-Position, den Lohnanstieg im Osten auf die Steigerung der Produktivität zu beschränken und damit den Gewerkschaften in ihrem Kampf um die Einhaltung der in Ostdeutschland geschlossenen Tarifverträge in den Rücken zu fallen, aus dem Antragsentwurf gestrichen wurde.

Der konservative Unfug von der Senkung der Staatsquote

Dennoch: Es sind hauptsächlich zwei Grundentscheidungen, die im Leittragsentwurf und weitgehend auch noch im beschlossenen Text die Spielräume sozialdemokratischer Politik in unakzeptabler Weise verengen und die Formulierung einer konsequenten Alternativposition zur konservativ-liberalen Politik verhindern:

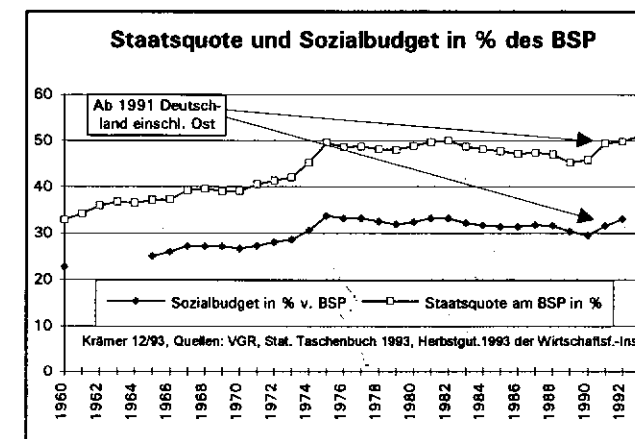
1. Die Entscheidung, die Konsolidierung der Staatsfinanzen primär durch Einschränkung der Ausgaben statt durch Einnahmesteigerungen zu betreiben. Explizit wird die Senkung der Staatsquote gefordert: „In Abhängigkeit von der konjunkturellen Lage Begrenzung des Ausgabenanstiegs auf eine Zuwachsrate, die spürbar unter dem Nominalzuwachs des Brutto-sozialprodukts liegt.“ Damit wird die an die Wand gemalte Handlungsunfähigkeit des Staates gerade nicht vermieden, sondern im Gegenteil exekutiert. Faktisch wird damit der von der SPD dereinst bekämpfte Sozialabbau von 1982 bis heute nachträglich gutgeheißen, denn ohne ihn läge die Staatsquote noch mehrere Prozentpunkte höher.

Wie unter dieser Voraussetzung die beschlossenen und mehr als notwendi-

gen Forderungen nach aktiver Vollbeschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, einem Aufbauprogramm Ost, Förderung ökologischer Zukunftsinvestitionen und des Wohnungsbaus, Verstärkung von Forschung und Wissenschaft, Bildung und Weiterbildung, verbesserter Familienlastenausgleich und das „angestrebte“ „flächendeckende Angebot ganztägiger Betreuungseinrichtungen und Ganztagschulen“ sowie die Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung realisiert werden sollen, bleibt das Geheimnis der Parteiführung. Diese und etwa die aufgrund linker Anträge ergänzte Forderung nach einem „längerfristig angelegten Zukunftsinvestitions-

batte zurecht darauf hin, daß die Unterscheidung zwischen investiven und konsumtiven Ausgaben der öffentlichen Hände fragwürdig und kein geeignetes Kriterium ist. „Investiv“ sind überwiegend Baumaßnahmen, „konsumtiv“ insbesondere alle Sozialleistungen und alle Personalausgaben, die zum überwiegenden Teil bei Schulen, Hochschulen, Kindergärten, Sozialeinrichtungen etc. anfallen. Statt hier Einschnitten das Wort zu reden, müßte es sozialdemokratische Politik sein, insbesondere Kommunen und Länder finanziell so auszustatten, daß die hier ablaufenden Kürzungsorgien beendet und endlich ein bedarfsgerechter Ausbau vollzogen werden kann.

In der Debatte um die Staatsquote verbreiteten Lafontaine und andere immer wieder Desinformation, indem sie die Senkung der Staatsausgaben als einzigen Weg zur Konsolidierung der Staatsfinanzen hinstellten und verschleierten, daß es auch die ~~andere~~ Möglichkeit der Konsolidierung durch



programm“ drohen zu Lippenbekenntnissen bzw. zu Programmen im Schrumpfformat zu werden, die den Problemen nicht ansatzweise gerecht werden können. Es wundert vor diesem Hintergrund nicht, daß von der Parteiführung jeder Versuch einer Quantifizierung abgewehrt wurde.

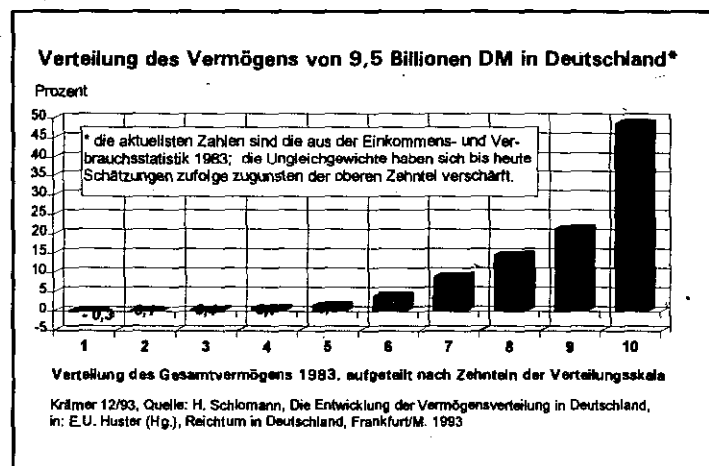
Die auf Druck der Parteilinken aufgenommene Forderung nach antizyklischer Konjunkturpolitik, die durch die obengenannte Formulierung zur Staatsquote nicht ausgeschlossen wird, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Aufgaben einer vollbeschäftigungsorientierten, sozialen und ökologischen Reformpolitik allesamt nicht kurzfristig lösbar und in absehbarer Frist bei sinkender Staatsquote schlichtweg nicht machbar sind. Fortgesetzter Abbau von Sozial- und Bildungsausgaben auch unter einer sozialdemokratischen Bundesregierung wäre damit vorprogrammiert. Dies wurde faktisch von Lafontaine auch angekündigt, als er forderte, nach der Krise in konsumtiven Bereichen einzuschneiden. Kurt Neumann aus Berlin wies in der De-

gibt. Dabei ist die Höhe der Staatsquote natürlich kein Ziel an sich (aber auch ihre Senkung darf keins sein), aber infolge der unabwiesbaren Mehraufwendungen durch die deutsche Einheit muß eine merklich erhöhte Staatsquote im Verlauf der 90er Jahre hingenommen werden. Die dagegen gerichtete Behauptung, eine anhaltend hohe oder sogar steigende Abgabenbelastung sei unzumutbar, ist nur vordergründig plausibel. Sie setzt voraus, daß Mehreinnahmen wie in den vergangenen Jahren zu Lasten der Masseneinkommen erhoben werden müßten und geht an der gravierenden Strukturveränderung der Abgabenbelastungen, die sich vollzogen hat, völlig vorbei. Diese hat die massive Umverteilung von oben nach unten noch wesentlich verschärft, indem (in den alten Bundesländern) bei steigender Abgabenbelastung der Arbeitnehmereinkommen (die 1980 bis 1992 pro beschäftigtem Arbeitnehmer brutto um 58% gestiegen sind, netto nur um 48%, real um 8%) die effektive steuerliche Belastung der ohnehin wesentlich stärker gestiegenen privaten

* Ralf Krämer, Dortmund, Mitglied des SPD-Landesvorstands NRW, spw-Redaktion

Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (1980 bis 1992 brutto +126%, netto +145%) deutlich gesenkt wurde (von 21,2% auf 14,5%)¹⁾. Die gewachsene Verschuldung der öffentlichen Haushalte kann nahezu vollständig auf die gesunkene Besteuerung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen zurückgeführt werden.

Die sozialdemokratische Position müßte in dieser Lage sein, die gebotene Politik durch einen „neuen Lastenausgleich“ zu Lasten privaten Reichtums und nichtinvestierter Gewinne zu finanzieren, statt die öffentliche Armut noch zu vergrößern. Dazu ist eine Lastenausgleichsabgabe auf Vermögen nötig, die Unternehmens- und Spitzensteuersätze müssen wieder erhöht, die Einheitswerte bei Grundeigentum und Immobilien an den Verkehrswerten orientiert, die Vermögenssteuer und die Erbschaftsteuer erhöht, die Beitragsbemessungsgrenzen in den Sozialversicherungen kräftig angehoben und



die Steuerabzugsmöglichkeiten für Selbständige abgebaut werden. Aber die linken Änderungsanträge, den Finanzierungsteil und das Wort vom „sozialen Lastenausgleich“ durch solche Forderungen zu konkretisieren, wurden in Kampfabstimmung abgelehnt. Auch der am meisten umkämpfte linke Änderungsantrag, die Forderung nach Senkung der Staatsquote zu streichen, wurde mit etwa 1/3 zu 2/3 der Stimmen abgelehnt. Die Debatten um diese Änderungsanträge wurden zwar völlig von linken Beiträgen dominiert, das reichte aber nicht aus, um die Gefolgschaftsbereitschaft der Mehrheit der Delegierten gegenüber Lafontaine und der Antragskommission zu überwinden. Auch etliche, die sich sonst zum Frankfurter

Kreis rechnen, insbesondere aus NRW, stimmten gegen die linken Änderungsanträge.

Umverteilung zugunsten der Gewinne wird nicht angetastet

2. Der Haltung der Parteiführung liegt eine zweite -weniger explizit als die erste formulierte- Grundentscheidung zugrunde: die Position, daß zusätzliche Belastungen der Unternehmen und der Gewinne ausgeschlossen werden müssen, daß im Gegenteil zur Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit weitere Entlastungen der Unternehmen notwendig seien, insbesondere bei den Lohnnebenkosten. Dies geht völlig an der realen Entwicklung vorbei, die davon geprägt ist, daß die Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit in Westdeutschland nach Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamt-

rechnung des Statistischen Bundesamtes von 1980 bis 1992 brutto um 169% und netto um 224% gestiegen sind, die durchschnittliche effektive Steuerbelastung sank von 33,6% auf 20,2%²⁾. Die reale Steuerbelastung der Unternehmen in Deutschland ist nicht zu hoch, auch nicht im internationalen Vergleich. Im Gegenteil: der Anteil der Unternehmenssteuern am gesamten Steueraufkommen ist mittlerweile auf einem Tiefstand angekommen, der nicht zu rechtfertigen ist.

Es müßte daher z.B. gefordert werden (was im Beschluß nicht geschieht), daß die letzten -von der SPD ursprünglich abgelehnten- Unternehmenssteuersenkungen wieder zurückgenommen werden sollen. Weiterhin müßte klargestellt werden, daß die angestrebte Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung durch Übernahme der Finanzierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik durch den Bundeshaushalt nicht

zu einer weiteren Umverteilung zugunsten der Gewinne führen, sondern in vollem Umfang den abhängig Beschäftigten zugute kommen und durch entsprechend höhere Besteuerung der Unternehmen sowie hoher Einkommen und Vermögen refinanziert werden soll. Symptomatisch für die Haltung von Lafontaine und anderen ist der auf dem Parteitag glücklicherweise noch rechtzeitig aufgefallene und deshalb gescheiterte Versuch, eine mißliebige Passage zur Verschärfung der Betriebsprüfungspraxis, die in der Antragskommission eine Mehrheit gefunden hatte, auf kaltem Wege durch Manipulation der verteilten Antragsunterlagen wieder zu beseitigen.

Damit in Zusammenhang steht eine im Beschluß immer wieder durchscheinende Herangehensweise, die die Arbeitskosten und die angeblich unzureichende Flexibilität der Arbeitszeiten als zentralen Faktor der Beschäftigungsentwicklung behandelt. Mit der beschlossenen Formulierung von der „beschäftigungsorientierten Lohnpolitik“ stimmt die SPD in den Chor derer ein, die Druck in Richtung möglichst niedriger Tarifabschlüsse machen und damit faktisch beschleunigten Reallohnabbau fordern. Zurecht hat Lafontaine bei seiner Rede im Bundestag am 3.12.93, in der er die Entwicklung der Lohnnebenkosten als massive Gefährdung der Arbeitsplätze darstellte und eine „produktivitätsorientierte Lohnpolitik“ (bei der von Inflationsausgleich keine Rede mehr ist) forderte, für diese Forderung ein „Sehr gut“ als Zuruf des ehemaligen Wirtschaftsministers Haussmann geerntet. Damit wird eine Position aufgegriffen, die von Kapitalvertretern und neoklassischen Ökonomen immer wieder vorgetragen wird, aber trotzdem empirisch unhaltbar und theoretisch primitiv ist. In Wirklichkeit sind die Lohnstückkosten (in denen übrigens, ebenso wie in der von 1980 bis 1991 von 75,8% auf 70,8% gesunkenen Lohnquote, die Lohnnebenkosten enthalten sind) in Deutschland in den 80er Jahren relativ zu denen der meisten wichtigen Konkurrenzländer gesunken. Der Anstieg der letzten Zeit ist auf den gestiegenen DM-Kurs und damit wesentlich auf die Zinspolitik der Bundesbank und dann auf die krisenbedingt sinkende Kapazitätsauslastung, aber nicht auf übermäßige Lohnsteigerungen, zurückzuführen.

Die Beschäftigung kann zumindest

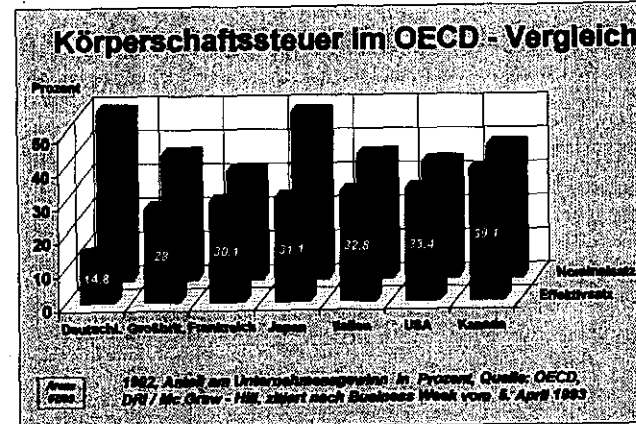
unter sozial akzeptablen Bedingungen nicht dadurch gesteigert werden, daß die relativen Kosten des „Faktors Arbeit“ reduziert werden, sondern nur durch steigende Nachfrage nach Arbeitskräften infolge steigender Nachfrage nach Gütern und Diensten einerseits und durch Verkürzung der Arbeitszeit andererseits. „Flexibilisierung“ ist dabei nur insoweit hilfreich, als sie Arbeitszeitverkürzung und nicht etwa flexibel verlängerte Arbeitszeiten ermöglicht (wie es die Arbeitgeber wollen), und die notwendigen großen Effekte sind nur zu erzielen durch allgemeine, nicht nur individuelle, Arbeitszeitverkürzung.

Statt dauernd nur über den notwendigen Abbau staatlicher Verkrustungen zu reden, müßte zugleich klargemacht werden, daß sozialer und ökologischer Umbau sich niemals in marktwirtschaftlichem Selbstlauf vollziehen wird, sondern durch erweiterte, aber zugleich effektiverte und umgebaute öffentliche Regulierung und durch eine Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungen umgesetzt werden muß. Statt der Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Personalabbau im öffentlichen Dienst, wie sie im Beschluß gefordert werden, müßte eine Reform des Staates und des öffentlichen Dienstrechts im Mittelpunkt stehen.

Verstärktes Eingreifen der Linken erforderlich

Im Ergebnis kann festgehalten werden, daß der Beschluß durch Interventionen von Parteilinken wesentlich verbessert und etliche besonders problematische Formulierungen entfernt werden konnten. Ein wirtschaftspolitisches „Petersberg“ hat auf dem Wiesbadener Parteitag nicht stattgefunden, weshalb auch die meisten Linken dem Antrag letztlich zugestimmt haben. Ein besonderer Grund zum Feiern ist das nicht. Perspektiven für ernsthaften sozialen und ökologischen Umbau und für eine Neugestaltung der weltwirtschaftlichen Beziehungen sind nicht aufge-

zeigt worden. Vor allem aber besteht das Problem, daß erfahrungsgemäß diejenigen, die an den entsprechenden Stellen SPD-Regierungspolitik bestimmen, sich nur auf die Positionen beziehen, die ihnen genehm sind - abgesehen davon, daß sie Parteitagsbe-



schlüsse sowieso vor allem als lästige Einschränkung ihres Handlungsspielraums betrachten. Über das, was bestimmte ProtagonistInnen wirklich wollen, sagen jedenfalls ihre ursprünglichen Antragsentwürfe, ihre Diskussionsbeiträge (insbesondere die vor anderem Publikum als gerade vor Parteitag) und insbesondere ihre reale politische Praxis mehr als die ihnen in Parteitagkompromissen aufgedruckten Beschlußformulierungen. Auf der anderen Seite ist es aber auch so, daß in Erklärungen z.B. Scharpings nach dem Parteitag positive neue Elemente auftauchen, etwa der Hinweis auf die notwendige stärkere Belastung großer Vermögen. Die positiven Elemente der Wiesbadener Beschlüsse müssen von den Linken immer wieder eingefordert werden, um solche Prozesse voranzutreiben und entgegenstehende Positionen anzugreifen.

Denn die reale Politik insbesondere der sozialdemokratisch regierten Bundesländer ist auf einem zunehmend kapitalorientierten Kurs bereits wesentlich weiter vorangeschritten als es in sozialdemokratischen Beschlüssen und Erklärungen formuliert wird; man denke nur an ihr Verhalten im Bundesrat zur Frage der Unternehmenssteuersenkung, des Wohnbauland- und Investitionserleichterungsgesetzes (vgl. Arnold in spw 74) und der Gentechnik-Novelle (gegen die erneute ausdrückliche Beschlußfassung des Bundesparteitags, vgl. den Artikel von Caten-

husen in diesem Heft) oder die Position der Länderwirtschaftsminister zur Arbeitszeitpolitik, die den Gesetzentwurf der Bundesregierung noch rechts überholt und sozialdemokratischen Beschlüssen diametral entgegengesetzt ist. Um so dringlicher ist die offene innerparteiliche Auseinandersetzung um diese Fragen. In erfreulicher Deutlichkeit zeigt auch der Beitrag des nordrhein-westfälischen SPD-Fraktionsvorsitzenden Farthmann in spw 74, wie weit neokonservative Positionen in der Sozialdemokratie schon vorgedrungen sind (z.B. Beschränkung von Sozialleistungen wegen „Lohnabstandsprinzip“, „Maßnahmen staatlicher Beschäftigungspolitik nur die Ausnahme“, Umbau des Sozialsystems in Richtung der Gewährleistung nur noch einer Grundabsicherung, für mehr „Eigenverantwortung und Selbstgestaltung der Bürger“ statt „staatlicher und bürokratischer Reglementierung“).

Mit dem Wiesbadener Parteitag sind zwar Grenzen dessen deutlich geworden, was die Partei sich da bisher zumuten läßt. Schritte in diese Richtung sind aber doch durchgesetzt worden und auch öffentlich rübergekommen. Dies zu verhindern hätte erfordert, statt Änderungen an der Parteivorstandsvorlage einen neuen Antrag auf alternativer Grundlage durchzusetzen und Lafontaine in den genannten Kampf-abstimmungen eine Niederlage beizubringen. Das ist der Linken nicht gelungen. Die Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik wird in den kommenden Jahren ein zentrales Feld der gesellschaftlichen Auseinandersetzung bleiben. Dabei geht es letztlich um nicht weniger als die Frage, ob die Sozialdemokratie überhaupt noch einen eigenständigen gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch, etwa im Sinne ernstgemeinten sozialen und ökologischen Umbaus, erhebt oder ob sie sich völlig der Logik der dominierenden Kapitalinteressen unterwirft. Die Linke (und das heißt gerade in dieser Frage vor allem die sozialistische Linke, wer sonst?) muß ihre Anstrengungen erheblich steigern, ihre Positionen und Argumente dazu innerparteilich und öffentlich zur Geltung zu bringen.

¹⁾ vgl. WSI-Mitteilungen 10/1993, S. 618 und S. 623

²⁾ vgl. WSI-Mitteilungen 10/1993, S. 619, und 10/1992, S. 631

Thesen zur Lage der SPD und zur Strategie sozialistischer Parteilinker

von Susi Möbbeck, Svenja Schulze, Thomas Westphal*

Auf ihrem Wiesbadener Parteitag hat die SPD gezeigt, zu was sie in den 90er Jahren fähig ist: Nach der sozialdemokratischen „Blütezeit“ und deren Niedergang in den 70er Jahren, der programmatischen Erneuerung und Öffnung für globale Menschheitsprobleme in den 80er Jahren, folgt jetzt der Aufbruch zu einer traditionslosen Verteilungs-SPD ohne zukunftsweisende Entwürfe.

Im Mittelpunkt der politischen Strategie der SPD für die 90er Jahre steht die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Diese Botschaft des Wiesbadener Parteitags war richtig und überfällig. Daß damit aber die Bereitschaft, alle anderen programmatischen Felder zugunsten dieser Zentralbotschaft aufzugeben, gestiegen ist, macht das sozialdemokratische Dilemma deutlich: Statt Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit, ökologischen Umbau, europäische Integration und Wirtschaftsdemokratie programmatisch und populär zu verbinden, setzt die SPD auf klassische Klientelpolitik für die Industriearbeiterschaft der strukturbestimmenden Sektoren.

Schon vor dem Parteitag gefiel sich Gerhard Schröder in der Rolle, Rüstungsproduktion und -export zur Sicherung von Arbeitsplätzen neu zu bewerten und den Ausstieg aus dem Ausstiegsbeschluß zur Kernenergie vorzubereiten. Der Parteitag selbst beschloß abhörtechnische Überwachung von Privatwohnungen mit knapper und die Möglichkeit des Einsatzes deutscher Soldaten für militärische Blauhelmeinsätze mit großer Mehrheit. Von Frauenpolitik war auf diesem Parteitag nur noch in Nebensätzen die Rede: Ökologischer Umbau ist längst zum rhetorischen Pflichtbestandteil ohne Konsequenzen geworden. Die permanente Preisgabe von Positionen auf diesen Feldern ist kein Zufall, sondern die Logik dieser neuen politischen Strategie.

* Susi Möbbeck, Bremen, Politikwissenschaftlerin, Juso-Bundesvorsitzende 1988-91; Svenja Schulze, Hattingen, Juso-Landesvorsitzende NRW; Thomas Westphal, Isernhagen, Juso-Bundesvorsitzender

gie. Ebenso leichtherzig werden die Brücken zu den sozialen Bewegungen, zu radikal-demokratischen Jugendlichen und linken Intellektuellen eingezo-gen. Der noch das Berliner Grundsat-programm bestimmende Anspruch, eine Klammer zwischen potentiellen Modernisierungsgewinnern und -verlierern, zwischen Kampf um materielle Sicherheit und qualitativen Zukunftsaufgaben herzustellen, wird gegenwärtig einseitig in Richtung traditioneller Klientelpolitik entschieden.

Die projekt- und perspektivlose Eingliederung der Parteistrategie in die gesellschaftlichen Alltagszwänge wird komplettiert durch jene harmlose ökonomische Strategie, wie sie auf dem Wiesbadener Parteitag formuliert wurde. Daß die tatsächlichen Verteilungs- und Machtverhältnisse von der SPD nicht angetastet werden, ist keine Neuigkeit. Dies ändert sich auch mit der beschlossenen „Strategie für Modernisierung, Beschäftigung und umweltverträgliches Wachstum“ nicht. Ohne die seitens der Parteilinken durchgesetzten Änderungen wäre der Leitantrag freilich völlig zur „Light-Version“ weltmarktorientierter Angebotspolitik verkommen. Doch die Erfahrung der Vergangenheit zeigt, daß Siege im Antragskampf noch lange keine gesellschaftlichen Siege sind. Die politische Strategie der Parteiführung läuft im Ergebnis auf eine perspektivlose Integration in die weltmarktorientierte Modernisierungsstrategie des großen Kapitals mit verbaler Interessenvertretung der Industriearbeiterschaft hinaus. Auch nach dem Parteitag von Wiesbaden steht die SPD deshalb ohne eine eigene politische Reformkonzeption da.

1. Das sozialdemokratische Zeitalter

Spätestens seit dem Godesberger Programm hat sich die SPD für eine reformistische Strategie der politischen Arbeit innerhalb des Kapitalismus entschieden. In den bestehenden gesellschaftlichen Grenzen sollten die ele-

mentaren Interessen der abhängig Beschäftigten vertreten werden. Mit dieser Strategie hat sich die SPD unbestreitbar historisch, politisch und sozial tief eingeschrieben in die Klassenverhältnisse in der Bundesrepublik. Diese Verwurzelung ist Hauptbegründung für viele JungsozialistInnen und LinksozialistInnen gewesen, sich auf die Verhältnisse in der SPD einzulassen. Die Sozialdemokratische Partei als Sammelbewegung der abhängig Beschäftigten schien der historisch entscheidende Schlüssel zu sein für eine Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und damit für weiterreichende Umwälzungen, auch über die Grenzen der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft hinaus.

Die Nachkriegszeit führte in ganz Europa zum Aufstieg der reformistischen Sozialdemokratie. In den 70er Jahren stand die Sozialdemokratie auf dem Höhepunkt ihrer Macht und war in fast allen europäischen Ländern an der Regierung. Die wohlfahrtsstaatliche Politik war die notwendige gesellschaftliche Ergänzung zur fordistischen Massenproduktion. Dieses spezifische Arrangement von Produktionsform, Lohnpolitik, Konsumverhalten, gesamtstaatlicher Nachfrage und staatlicher Stabilisierung der Einkommen durch soziale Transferzahlungen sicherte die lange Wachstumsphase nach dem zweiten Weltkrieg. Trotz aller politischen Gefechte um die Rolle des Staates und des Marktes im Kapitalismus wurde die wohlfahrtsstaatliche Politik als gesellschaftliches Zielsystem nicht wirklich in Frage gestellt und zum politischen Konsens der Nachkriegsjahre.

2. Krise der wohlfahrtsstaatlichen Politik und SPD-Erneuerung

Schon zu Regierungszeiten ist deutlich geworden, daß die wohlfahrtsstaatliche Politik der SPD als konkrete Umsetzung der reformistischen Strategie

nie nicht mehr tragfähig war. Trotz des politischen Konsenses über die wohlfahrtsstaatliche Politik, konnte ein dauerhaftes Wachstum nicht mehr garantiert werden, weil die Ausweitung der industriellen Massenproduktion, die dazu immer wieder nötig gewesen wäre, an Grenzen stieß. Die Wachstumsraten nahmen ab, die Kosten der wohlfahrtsstaatlichen Politik stiegen an, ohne Massenarbeitslosigkeit verhindern zu können. Gleichzeitig war die Ausweitung der Massenproduktion mit erheblichem ökologischem Raubbau und einer deutlichen Verschärfung des Nord-Süd-Gegensatzes verbunden.

Parallel dazu vollzog sich ein sozialstruktureller und sozialkultureller Wandel mit weitreichenden Konsequenzen für die Entwicklung gesellschaftlicher Zielvorstellungen, individueller Lebens- und Zukunftsansprüche und damit für die Entwicklung gesellschaftlichen Bewusstseins. Für die sozialen Gewinner der gesellschaftlichen Modernisierung und des Wohlfahrtsstaates rückte die materielle Existenzsicherung in den Hintergrund, während qualitative Fragen der Lebens-, Arbeits- und Zukunftsgestaltung an Bedeutung gewannen. Die individuelle Entfaltung wurde zunehmend ins Zentrum von Lebenssinn und gesellschaftlichen Gestaltungsansprüchen gestellt.

Die programmatische Erneuerung der SPD, die im Berliner Grundsat-programm gipfelte, war der genaue Reflex auf diese Entwicklung. Befreit von der Regierungsverantwortung unternahm die SPD unter Willy Brandt den Versuch - ca. 10 Jahre zu spät - die politische Strategie an die veränderten Bedingungen anzupassen. Programmatische Veränderungen auf den Gebieten der Friedens-, Frauen-, Ökologie-, Energie- und Rechtspolitik in den Jahren 83 - 89 nährten die Hoffnungen auf eine SPD, die die Brücken zu den neuen sozialen Bewegungen, die maßgeblich für diese Programmverschiebung verantwortlich waren, ausbauen würde. Der Ausstieg aus der Atomenergie wurde 1986 beschlossen. Die Debatte um die Naturzerstörung begann 1982 mit der Formel der „ökologischen Modernisierung“, und endete im Berliner Grundsatprogram mit dem Satz „Ökologische Erneuerung ist eine Politik ausgewählter Wachstumsfelder“. Die Friedens- und Nord-Süd-Politik wurde insbesondere von Willy Brandt immer wieder ins Bewußtsein der Par-

tei gerückt. Auch hier war der Höhepunkt mit dem Berliner Programm erreicht. Mit der Ausweitung der Gleichstellungspolitik begann die SPD auch, auf die bis dato völlig unterbelichteten geschlechtsspezifischen Benachteiligungen in der Gesellschaft zu reagieren, was sich vor allem in dem innerparteilichen Quotenbeschluß von 1988 niederschlug.

Jedoch mußte der Versuch, den Reformismus der wohlfahrtsstaatlichen Politik auf einen präventiv regulierenden Reformismus des globalen Umbaus umzuorientieren, scheitern, weil ein entsprechender Wechsel in der ökonomischen Strategie nicht stattfand. Zwar schien zunächst mit dem Nürnberger Aktionsprogramm von 1986 der Erneuerungsprozeß auch auf dem Gebiet der Ökonomie voranzuschreiten, doch wurde schließlich der wohlfahrtsstaatliche Keynesianismus durch eine ökologisch aufgeladene neoliberale Wirtschaftspolitik abgelöst. Den Wendepunkt dafür markiert die „Lafontaine-Debatte“ um die Aufwertung der Eigenarbeit und um Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich 1988. Die These von F.W. Scharpf, daß eine nationale regulierende Wirtschaftspolitik aufgrund dominanter internationaler Finanzmärkte nicht mehr möglich sei, setzte sich in der Form um, daß das gewachsene gesellschaftliche Bewußtsein für einen globalen Umbau der Industriegesellschaft durch die Überzeugung der Nichtsteuerbarkeit ökonomischer Prozesse im Kapitalismus begrenzt wird. Ein neues tragfähiges reformistisches Projekt konnte auf dieser Grundlage nicht entfaltet werden.

Während der wohlfahrtsstaatliche Reformismus bereits an seine Grenzen stieß, verbreitete sich gleichzeitig in der Sozialdemokratie und ihrer Anhängerschaft die Vorstellung, die „soziale Frage“ sei im wesentlichen als erledigt zu betrachten. Damit wurde dem Projekt der Solidarität und Gemeinschaftlichkeit auch ideologisch die Grundlage entzogen.

3. Entsolidarisierung, Fragmentierung und diffuse Kräfteverhältnisse

Neuerdings sind die Verteilungsfragen im Kontext der weltpolitischen Veränderungen, der deutschen Vereini-

gung und insbesondere der weltweiten ökonomischen Krisenprozesse wieder zum Thema Nr. 1 geworden. Vor diesem Hintergrund kommen aktuell die „Schattenseiten“ der Individualisierung voll zum Tragen: Entsolidarisierung, Polarisierung der sozialen Verhältnisse, individueller Konkurrenzkampf und rassistische Abgrenzung sind Folgen der Spaltung der Gesellschaft und des Verlustes an kollektiver Identität, die der Wohlfahrtsstaat mit der Solidarität als Leitbild noch geboten hatte. Die in den 80er Jahren beschleunigte Auflockerung sozialer Großmilieus und sozialkultureller Bindungen führt heute unter den Bedingungen verstärkter sozialer Spaltungsprozesse - dazu, daß die Sozialdemokratie und zum Teil auch die Gewerkschaften ihre Zugänge zu sozial bedrohten gesellschaftlichen Gruppen und ihre Deutungsmacht für soziale Konflikte verlieren. Damit sind gerade diese Gruppen den herrschenden Mediendiskursen ausgesetzt, ohne Deutungsmuster von links angeboten zu bekommen.

Die aktuelle gesellschaftliche Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß keine gesellschaftliche Kraft über ein tragfähiges Zukunftsprojekt verfügt. Die Konservativen und Wirtschaftliberalen, die sich noch bis vor kurzem als historische Sieger im Aufwind sahen, verfügen über kein Konzept, mit dem einerseits die Standortkonkurrenz bestanden werden kann und andererseits soziale Marginalisierung national und international eingedämmt werden kann. Die von ihnen favorisierten Konzepte einer „Festung Europa“ schließen soziale Abschottung nach außen und soziale Ausgrenzung großer Bevölkerungsgruppen nach innen ein und riskieren damit Verwerfungen der politischen Verhältnisse.

Der Sozialdemokratie andererseits fehlt jegliche Bereitschaft, die objektiv erforderlichen Schritte zu einem präventiv regulierenden globalen Reformismus in Angriff zu nehmen, sie bleibt gefangen vom herrschenden marktwirtschaftlichen Diskurs. Auf der Seite der objektiven Erfordernisse war die Alternative zwischen globaler gesellschaftlicher Regulierung und globaler Weltmarktkonkurrenz mit ihren möglichen katastrophalen Konsequenzen noch nie so klar konturiert wie heute. Auf der Seite der programmatischen Konzepte und sozialen Trägerschaften hingegen finden diese objektiven Erfor-

dernisse keine Entsprechung. Statt Bündelung scheint die **Divergenz sozialer Kräfte und Kämpfe** rasant voranzuschreiten. Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse können daher nur beschrieben werden in der Gleichzeitigkeit von Fragmentierung, Polarisierung und hegemonialer Diffusion.

4. Die Enkel und die SPD-Erneuerung

Die damaligen Jusos, die in den siebziger Jahren erklärten, sie seien die SPD der achtziger Jahre, erhielten nach dem Regierungsverlust tatsächlich weitgehende Verantwortung in der SPD. Als „Enkel von Willy Brandt“ waren sie die tragenden Subjekte der Erneuerungsprozesse. Deshalb ist diese Enkelgeneration in Ministerpräsidentenämtern und in der Programmdiskussion hauptverantwortlich dafür, daß der Versuch einer neuen reformistischen Strategie verramscht wurde. Lafontaine, Roth und andere haben das Erneuerungsjahrzehnt ökonomisch entwurzelt. Björn Engholm schließlich hat es mit dem Petersberger Projekt beendet, indem vor allem auf den nicht-ökonomischen Feldern das programmatische Rad zurückgedreht wurde. Asylrechtsänderung, Energiekonsens, Kampfeinsatzdiskussion und Lauschangriffsdebatten sind Ausdruck dieses Vorhabens.

Rudolf Scharping scheint nun das wirtschafts- und sozialpolitische Profil der SPD wieder stärker betonen und die bisherigen Streitfragen zurückdrängen zu wollen. Bei genauer Betrachtung der aktuellen Entwicklung wird aber deutlich, daß er die mit Petersberg angelegten Revisionen fortsetzt, allerdings nicht „putschistisch“, sondern auf der Grundlage schrittweise veränderter Beschlußlagen. Gleichzeitig konzentriert er sich darauf, die SPD - wie in den 60er Jahren - als die bessere Trägerin der kapitalistischen Modernisierung anzubieten.

Im Unterschied zur Situation Ende der 60er Jahre wird gegenwärtig aber Anpassung an die wirtschaftsliberale Politik betrieben, anstatt eine eigene ökonomische Strategie zu entwickeln. Die Verengung der sozial-ökonomischen Strategie auf die Lohnnebenkosten, die endlose Debatte über Kompensationsleistungen für die Pflegeversicherung, die Vorstöße in der Arbeitszeitfrage im öffentlichen Dienst und die neue Debatte über den untertariflich bezahlten abgekoppelten zweiten Arbeits-

markt sind dafür die besten Beispiele. Im Kern setzt Scharping nicht mehr auf den Sozialstaat als integrierendes und zusammenfassendes Gesellschaftsprojekt, sondern auf die soziale Abfederung der weltmarktorientierten Standortkonkurrenz durch Almosen für marginalisierte, kombiniert mit Klientelpolitik für die im Erwerbsleben integrierten Stammwähler bei gleichzeitiger Rückdrängung der qualitativen Felder und globalen Umbauerfordernisse.

5. Krise der SPD und innere Spaltung

Der merkwürdige Gleichschritt von Umbauprogrammatik und neoliberaler Wirtschaftspolitik hat nicht nur zum Verlust einer reformistischen Strategie geführt, sondern auch die klassischen Kräfteverhältnisse in der Partei durcheinander gewirbelt. Im Erneuerungsjahrzehnt hat die Mitte die Linke erobert und so dem Frankfurter Kreis den Eindruck der Mehrheit in der Partei verschafft. Ehemalige Frankfurter Kreis-Größen sind ins Zentrum der Partei gerückt und an der Rückdrängung der Erneuerung wesentlich beteiligt. Die zwischenzeitlich völlig desolate Parteirechte hat sich längst zurückgemeldet und ist nun ihrerseits dabei, die Mitte zu erobern.

Der Verlust einer hegemonialen reformistischen Strategie hat nicht nur Legitimationsverlust nach außen zur Folge gehabt, sondern auch innerparteilich zu einer Ausfächerung von Positionen und Strategien geführt. Es ist nicht zu einer Sammlung der linken Kräfte um die reformistische Sozialdemokratie, wie sie sich in den 80er Jahren anzudeuten schien, sondern zu einer Spaltung innerhalb der SPD und zu einer Abwendung vieler Linker von der SPD gekommen. Innerhalb der SPD existiert eine Spaltung zwischen denjenigen Kräften, die an einem neuen reformistischen Projekt interessiert sind, und jenen, die bereits die Phase der Trauerarbeit um das sozialdemokratische Zeitalter hinter sich haben und programmatisch und organisatorisch auf eine sozialdemokratische Partei nach dem Vorbild der amerikanischen Demokraten zusteuern. Fraglich ist angesichts dieser widersprüchlichen Konstellation, ob es zu einer **Fortsetzung der Divergenz** und Fragmentierung sozialer und politischer Kräfte kommt, oder ob sich **Chancen neuer Bündelung** ergeben?

6. Perspektiven der sozialdemokratischen Linken

Voraussetzung dafür, daß soziale Kräfte auf Seiten der Linken neu gebündelt werden können, ist die konzeptionelle Ausformulierung eines präventiv regulierenden globalen Umbau-Reformismus und die Gewinnung von sozialen TrägerInnen für ein solches Projekt.

Es stellt sich die Frage, welche Rolle dabei die bundesdeutsche Sozialdemokratie spielen kann und wird. Zwar hat eingeleitet mit „Petersberg“ eindeutig eine Rechtswende stattgefunden, aber gleichzeitig ist auch eine innerparteiliche Formierung von Gegenkräften zu erkennen. Klar ist, daß die SPD auf dem Weg der Amerikanisierung einen großen Schritt bereits gegangen ist, der wohl auch unumkehrbar ist. Allerdings muß dies noch nicht unbedingt bedeuten, daß die Sozialdemokratie den Anspruch, ein gesellschaftliches Reformprojekt zu formulieren und für dieses zu mobilisieren, aufgibt. Auch die von uns angestrebte **Umbau-SPD** könnte nicht zurück zum herkömmlichen Modell von Parteitagdemokratie und Dominanz der Innensicht, vielmehr müßte sie sich den veränderten Kommunikationsstrukturen stellen und versuchen, neue Zugänge zu sozialer Mobilisierung und Popularisierung zu finden.

Ob es gelingen kann, ernsthafte Schritte in Richtung einer Umbau-SPD, die sich als lebendige Programm- und Mitgliederpartei begreift und gleichzeitig eigene Bezüge zu sozialen Bewegungen, Kämpfen und Massenmobilisierungen entwickelt, durchzusetzen, scheint uns noch nicht entschieden: Die gesellschaftlichen Probleme haben sich dramatisch zugespitzt und die zivilgesellschaftliche und sozialkulturelle Verankerung der Sozialdemokratie nimmt immer weiter ab. Erschwerend kommt die Auszehrung des ehrenamtlichen Engagements und der intellektuellen Kapazitäten der Sozialdemokratie hinzu. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, daß sich die Zukunft der SPD in den nächsten Jahren entscheidet. Sollte es nicht möglich sein, den genannten Ansprüchen in der SPD zum Durchbruch zu verhelfen, ergäbe sich immer noch die Möglichkeit, daß die Parteilinke als „Umbau-Linke“ eine wesentliche Rolle im Rahmen einer amerikanisierten SPD spielen könnte,

die dann insgesamt eher als lockeres Dach verschiedener politischer Kräfte begriffen werden müßte.

Die Parteilinke muß in dieser Phase der Divergenz aus ihrer Defensive herauskommen. Die Frage ist nur, wie: Ist die Defensive nur zu überwinden, wenn wir die politische Polarisierung zuspitzen, damit die innere Spaltung sichtbar und manifest wird, oder gibt es andere Möglichkeiten? Eine Spaltungseskalation erscheint uns gegenwärtig jedenfalls wenig erfolgversprechend. Zwei mögliche Formen dieser Strategie sollen hier diskutiert werden:

1. Die Spaltung beinhaltet die Gründung einer neuen radikaldemokratischen, sozialistischen Partei, Gruppierung oder Bewegung nach französischem Vorbild. Dies erscheint uns in der Bundesrepublik gegenwärtig wenig realistisch zu sein, denn noch verfügt die Sozialdemokratie insbesondere in den industriellen Zentren über eine erhebliche gesellschaftliche Verankerung, die sich aus der wohlfahrtsstaatlichen Politik entwickelt hat und durch eine andere Politik der SPD auch zu erhalten und auszubauen wäre. Auch die weitgehende Verankerung der SPD in den staatlichen und vielen mit der Sozialdemokratie verflochtenen Institutionen und Verbänden und die damit verbundenen Gestaltungs- und persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten im beruflichen und politischen Bereich binden viele Menschen an diese Partei. Demgegenüber sind radikaldemokratische, linkssozialistische Bezüge jenseits der SPD in Deutschland im Vergleich z.B. zu Frankreichdeutlichschwächer entwickelt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wäre ein solches Projekt daher wohl einem ähnlichen Schicksal geweiht wie seine Vorgänger. Dies insbesondere auch deswegen, weil die linkssozialistischen Kräfte selber überhaupt nicht über tragfähige Zugänge zu sozialen Kämpfen und Massen verfügen (!).

2. Die Eskalation wird im Rahmen der Mitgliedschaft in der SPD betrieben. Diese Form leidet an einem massiven Legitimationsproblem, wie es Teile der Jusos schon heute erfahren. Innerhalb der SPD wird man als außerhalb stehend definiert und mit Repressionen und Ignoranz gestraft. Außerhalb der SPD wird man als Alibiteil der rechtsgewendeten SPD definiert und mit Ignoranz und Diffamierung gestraft. Zusätzlich dürfte es schwierig sein, für diese Politik Bündnispartner in der eigenen Partei zu gewinnen. Es bestünde

die permanente Gefahr, personell immer weiter auszudünnen, weil viele individuelle Abspaltung betreiben und schlicht austreten und noch mehr Leute - wie bisher - den Weg der individuellen Anpassung und Abwendung von der Linken gehen würden.

Realistischer und sinnvoller erscheint uns als **Strategie für ein neues sozialdemokratisches Projekt** zu sein, die Spaltung zur Kenntnis nehmen, alle Illusionen abwerfen und uns darauf zu konzentrieren, in Formen konstruktiver Mitarbeit in der Partei selber ein neues Projekt zu entwerfen, Personen mit diesem Projekt zu verbinden und somit ein eigenes Profil zu gewinnen, mit dem der Kampf um ein neues Gesamtkonzept der SPD aufgenommen werden kann. Konkret geht es darum, daß die Linke in der SPD selber als aktive Plattform agiert, die programmatische, personelle und symbolische Bezugspunkte bietet. Von ihrem Profil und ihrer Inszenierung hängt ab, ob sich eine eigenständig agierende Parteilinke im Medienzeitalter mit ihren Diskursen überhaupt Gehör und Interesse verschaffen kann. Die Parteilinke muß als **Programmlinke** auftreten, die das neue Umbauprojekt formulieren kann. Sie muß als **Bewegungslinke** agieren, die soziale und kulturelle Bündnisse schmiedet und schließlich muß sie sich vor allem als **populäre Kraft** darstellen, die einen eigenständigen Zugang zu sozialen Massen entwickelt und damit selber für bestimmte soziale Klientel zum politischen Bezugspunkt wird und aktiv in die politischen und ideologischen Auseinandersetzungen in der Gesellschaft eingreift. Dazu gehört auch das aktive Eingreifen in die Mediendiskurse.

Wenn so die SPD-Linke zu einem eigenständigen Bezugspunkt der Identität für VerfechterInnen sozial-ökologischer Umbaus innerhalb der Partei wird, kann damit auch die leidige „**Organisationsfrage**“ entdramatisiert werden: die Frage „drinnen“ oder „draußen“ ist dann nicht mehr so moralisch besetzt und in ihrer Bedeutsamkeit relativiert. Je stärker es gelingt, sich in diesem Sinne als autonome Kraft mit eigener gesellschaftlicher Mobilisierungsfähigkeit zu profilieren, desto mehr politische Durchsetzungschancen ergeben sich und desto mehr Optionen eröffnen sich, sollte sich der Kampf für die Durchsetzung einer Umbau-Strategie in der SPD dauerhaft als erfolglos herausstellen. Auf jeden Fall ist auch diese

Strategie nicht frei von Alltagskonflikten und Legitimationsproblemen. Aber mit dieser Strategie scheint uns am ehesten eine Verbindung von politischer Handlungsfähigkeit in den gegenwärtigen (Abwehr-)Kämpfen und der Entwicklung von Grundlagen für weitergehende Perspektiven gesellschaftlichen Umbaus möglich zu sein. Dies erleichtert die Schaffung von innerparteilichen und außerparlamentarischen Bündnissen um einiges.

7. Was ist 1994 zu tun?

Die **Entwicklung eines neuen Reformprojektes**, seine Konkretisierung für die zentralen Umbaufelder und seine Verankerung in Diskursen und Öffentlichkeiten innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie ist vorrangige und erste Aufgabe der Parteilinken. Für das Superwahljahr 1994 brauchen wir deshalb **mittelfristige Reformvorschläge**, die dieses Ziel öffnen, wir müssen den **Diskurs um ein neues Reformprojekt** innerhalb der Sozialdemokratie und vor allem mit anderen gesellschaftlichen Kräften anstoßen und popularisieren und wir müssen **Personen aufbauen** (und bei den Wahlen unterstützen), die innerparteilich und öffentlich mit diesem Ziel in Verbindung gebracht werden können.

Zweitens ist die Parteilinke gefordert, **eigenständige Initiativen für rot-grün** zu entfalten, die jenseits der staatstragenden Yuppies in beiden Parteien angelegt sind. Rotgrün ist dabei in erster Linie als inhaltliches Projekt des ökosozialen Umbaus und als Fokus sozialer Mobilisierung zu begreifen, erst in zweiter Linie als Koalitionsbündnis. Eine „Initiative für eine andere Mehrheit und für den ökosozialen Umbau“, in der sich SozialdemokratInnen, Grüne, andere Linke und RepräsentantInnen verschiedener sozialer Bewegungen, insbesondere der Gewerkschaften zusammenfinden, könnte ein wichtiger Ansatz zur Bündelung von Kräften sein, der auch über die Bundestagswahl hinaus Bestand hat.

Und drittens werden wir bei unserem Aufruf zur **Wahl der SPD** gleichzeitig deutlich machen, welche Illusionen wir damit nicht verbinden, was wir weiter bekämpfen, auch wenn die Regierungspartei SPD heißt, und welche Ansprüche im Sinne einer rot-grünen Umbau-Politik wir an die SPD in der Regierung haben.

Mit der Vier-Tage-Woche in den 'kollektiven Freizeitpark' !?

von Hella Baumeister und Carsten Sieling*

Unzweifelhaft: Die Diskussionslage um die Arbeitszeitpolitik in der Republik hat sich mit der Tarifvereinbarung zur Einführung der Vier-Tage-Woche bei VW und bei der Ruhrkohle AG verändert. Allerdings: Wieviel müssen die Beschäftigten für diese befristeten Modelle der Arbeitszeitverkürzung mit Beschäftigungssicherung durch ihren Lohnverzicht zahlen? Wie ist es um die gesamtwirtschaftlichen Effekte eines solchen Modells bestellt? Und: In welchem Verhältnis steht dieser Abschluß eigentlich zu den gewerkschaftlichen Zielen der Arbeitszeitverkürzung?

Das VW-Modell und seine Auswirkungen

Im Zentrum der auf zwei Jahre befristeten Tarifvereinbarung steht die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit um 20 Prozent von 36 auf 28,8 Stunden für alle Beschäftigten bei VW. Gesichert wurde hierbei durch eine Umlage von Jahreseinkommensbestandteilen das monatliche Bruttoeinkommen (Stand: Oktober 1993), wobei es nach IG-Metall-Angaben beim Jahresbruttoeinkommen zu einer jährlichen Einkommenseinbuße von rund 10 Prozent kommt.

Um den monatlichen Lohnausgleich zu erreichen, bringt das Unternehmen einen Zuschuß sowie die Vorziehung der 35-Stunden-Woche ein und die Beschäftigten verzichten auf Tarifierhöhungen, das 14. Jahresentgelt sowie auf 75 Prozent ihres Urlaubsgeldes. Die restlichen Jahreszahlungen, beispielsweise das Weihnachtsgeld, bleiben erhalten. Legt man die Finanzierung des monatlichen Lohnausgleichs auf die Tarifparteien um, wird deutlich, daß das Unternehmen nur knapp 25 Prozent der Kosten trägt und die Beschäftigten durch die dargestellten Umlagen 75 Prozent bezahlen. Dafür verzichtet das Unternehmen für zwei Jahre auf die be-

absichtigten betriebsbedingten Kündigungen für 30.000 der 100.000 VW-Beschäftigten.

Für VW besteht der Clou des Abschlusses in der Einsparung von 20 Prozent seiner Personalkosten - und dies ist etwas anderes als das Bruttoeinkommen, das die Beschäftigten auf ihrer Gehaltsabrechnung finden. Mit der Reduzierung des Jahresbruttoeinkommens sinken die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, durch vermiedene Entlassungen entfallen Kosten für Abfindungen, Sozialpläne usw. Hierdurch sollen allein 750 Mill. DM des sich auf insgesamt 1,8 Mrd. DM belaufenden Einsparvolumens bei VW erbracht werden. Unternehmensbezogene Folgekosten eines Beschäftigungsabbaus werden damit vermieden.

Zu einer vollständigen Bewertung dieses Abschlusses aber gehört auch die Abschätzung der gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen. In einer Modellrechnung haben DIW-Wissenschaftler die Auswirkungen der Entlassung von 20 Prozent der VW-Belegschaft mit denen des jetzigen Abschlusses verglichen und sind im Kern zu drei Ergebnissen gelangt: ● Bei der Vier-Tage-Woche liegt das für die Haushalte insgesamt verfügbare Einkommen um 367 Mill. DM niedriger als im Fall von Entlassungen - trotz einer höheren Nettolohn- und Gehaltssumme. Der Grund hierfür: Durch die Wochenarbeitszeitverkürzung entfällt die Zahlung von Arbeitslosengeld. Bei einer Ausweitung des VW-Modells sind deshalb negative Rückwirkungen auf die Konjunktur nicht auszuschließen.

● Infolge der vermiedenen Inanspruchnahme von Leistungen aus der Arbeitslosenunterstützung führt das Vier-Tage-Wochen-Modell bei der Bundesanstalt für Arbeit zu einer Vermeidung von Ausgaben in Höhe von etwa 740 Mill. DM. Hierdurch entstehen Ressourcen für eine Ausweitung aktiver Arbeitsmarktpolitik.

● Zu den 'Zählern' des VW-Modells gehören nach dieser Berechnung der Fiskus, die Rentenversicherungsträger und die Krankenversicherungsträger. Insgesamt aber wird wegen der Min-

derausgabe von Arbeitslosengeld die Belastung der öffentlichen Haushalte reduziert.

In die Tarifrunde 93/94 gehen die Gewerkschaften mitten in der Rezession aus einer Situation der Defensive. Vor diesem Hintergrund hat die IG Metall Beschäftigungsmoratorien bei entsprechender 'Verrechnung' mit Tarifierhöhungen vorgeschlagen. Bei den vorliegenden Abschlüssen ist es aber nur zu einer Teilverrechnung gekommen:

● Unterm Strich sind Einkommenseinbußen, die in dieser Höhe nur in wenigen Branchen mit hinreichend hohen Grundlohnsätzen vertretbar sind, entstanden. Die Finanzierung des monatlichen Lohnausgleichs ist bei VW nur zu einem Viertel durch das Unternehmen erfolgt.

● VW kann auch noch die für Sozialpläne, Abfindungen und ähnliches eingeplanten Mittel in vollem Umfang einstreichen und damit letztendlich das Ziel der zwanzigprozentigen Kosteneinsparung hundertprozentig erreichen.

● Mit der Einbeziehung des Urlaubsgeldes und des 14. Monatsgehalts in das Modell mußte dem Angriffsturm von Gesamtmetall an einem politisch bedeutsamen Punkt Rechnung getragen werden.

Trotz aller Probleme: Arbeitszeitverkürzungen sind als beschäftigungspolitisches Instrument durch gewerkschaftliches Handeln wieder in den Vordergrund gerückt worden. Auch wenn es sich hierbei um die berühmte „Solidarität in einer Klasse“ handelt, ist damit ein Schritt in Richtung Neuverteilung der Arbeit getan worden. Dabei ist nicht nur die allgemeinpolitische Demonstration des beschäftigungspolitischen Verantwortungsbeitrags der Gewerkschaften von Bedeutung, sondern auch machtpolitisch ist zu vermerken, daß die Kampfkraft der Gewerkschaften durch den Fortbestand der Belegschaft für nachfolgende Auseinandersetzung erhalten wird. Angesichts der tiefen Strukturkrise im Automobilbau, die die Arbeitsplätze bei VW nach Ablauf der

jetzigen Vereinbarung ab 1996 erneut bedrohen wird, ist diese Kampfkraft auch wieder gefordert.

Das VW-Modell - das ersehnte Ziel gewerkschaftlicher Arbeitszeitkampagnen?

Im Mittelpunkt der bisherigen tariflichen Arbeitszeitpolitik der Gewerkschaften stand eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit, mit der vor allem drei Ziele verfolgt wurden:

- Arbeitsplätze neu schaffen bzw. sichern;
- Arbeitsbedingungen verbessern;
- mehr Zeitwohlstand für die Beschäftigten erreichen.

Das beschäftigungspolitische Ziel konnte in der Vergangenheit erreicht werden, ansonsten waren jedoch nur Teilerfolge zu verbuchen. Werden die jetzt durch den VW-Abschluß neu eröffneten Chancen für eine erfolgreichere Durchsetzung aller drei Ziele der gewerkschaftlichen Arbeitszeitverkürzungspolitik genutzt?

Beschäftigungspolitisch sind wiederum die positiven Auswirkungen der VW-Arbeitszeitverkürzung durch die zumindest befristete Sicherung der Arbeitsplätze unbestreitbar. Ungünstiger sieht die Bilanz bei den beiden anderen Zielen aus: So ist keineswegs ausgemacht, inwieweit sich die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verändern. Die Erfahrung in der Vergangenheit lehrt, daß von betrieblicher Seite häufig parallel zur Verringerung der Dauer der Arbeitszeit weitere Arbeitsintensivierungen durchgesetzt wurden mit dem Ergebnis einer zunehmenden Arbeitsbelastung pro Zeiteinheit. Es besteht die Gefahr, daß der Gewinn an zusätzlicher, individuell verfügbarer Zeit teilweise wieder für verlängerte Erholzeiten aufgesogen wird.

Die gewerkschaftliche Politik der Arbeitszeitverkürzung ist schließlich auch mit dem Ziel angetreten, Voraussetzungen zu schaffen, um verkrustete Strukturen gesellschaftlicher Arbeitsteilung aufzubrechen. In diesem Zusammenhang wurde z.B. von Ingrid Kurz-Scherf Ende der 80er Jahre die „Skizze eines phantastischen Tarifvertragsentwurfes“ vorgelegt, der auf der Basis einer drastisch verringerten täglichen Arbeitszeit die Option auf eine wirkliche Umgestaltung der Lebensver-

hältnisse eröffnete (vgl. WSI-Mitteilungen 8/87).

Übrigens wurde mit Hinweis auf das gewerkschaftliche Ziel einer allgemeinen Verkürzung der täglichen Arbeitszeit für alle von den Gewerkschaften lange Zeit die sozial- und arbeitsrechtliche Absicherung der Teilzeitarbeit als zweitrangig behandelt. Denn, so wurde argumentiert, mit der generellen Arbeitszeitverkürzung werde sich auch die geschlechtsspezifische Benachteiligung der Frauen im Erwerbsleben auflösen und die Voraussetzung für eine Neuverteilung von Erwerbs- und Familienarbeit für Männer und Frauen geschaffen.

Eine Arbeitszeitverkürzung wie sie im VW-Modell vorgesehen ist, stabilisiert jedoch bestehende Strukturen. Die Chancen, die sich aufgrund der gravierenden Verringerung der Arbeitszeit in bisher nicht gekanntem Ausmaß eröffnen, wurden (wieder) „nur“ in Hinblick auf Beschäftigungssicherung genutzt. Damit wurden Gestaltungsspielräume wie der Abbau patriarchalischer Arbeitsteilung, der ganz wesentlich an eine weitere Verkürzung der täglichen Arbeitszeit gebunden ist, vertan.

4-Tage-Woche - Modell für einen nationalen Beschäftigungspakt?

Zu Beginn des Jahres 1994 stellt sich die Lage auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt düsterer dar denn je: Daß Beschäftigungssicherung nicht allein über eine schlicht wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik realisiert werden kann, hat die Entwicklung der vergangenen Dekade nachhaltig dokumentiert. Zur Bewältigung der Probleme führt kein Weg an kräftig dosierten Arbeitszeitverkürzungen vorbei. Dabei besteht die industriepolitische Dimension solcher Abschlüsse wie bei VW darin, daß hierdurch sowohl in regionaler als auch in sektoraler Hinsicht Kapazitäten und Beschäftigte nicht schlicht durch Schrumpfung 'freigesetzt', sondern der industrielle Bestand und vor allem die Belegschaften und ihre Qualifikationspotentiale erhalten bleiben.

Die Diskussion um das VW-Modell zeigt, daß Blockaden auf Unternehmensebene aufgebrochen wurden: Zumindest die Vorreiter wie VW leugnet die Firmenspitze nicht mehr, daß kürzere Arbeitszeiten ein Mittel gegen Massenarbeitslosigkeit sein können. Die Vier-

Tage-Wochen-Abschlüsse können als neue Variante des „deutschen Wegs“ sozialverträglicher Krisenabfederung betrachtet werden im Unterschied zu Kahlschlagmethoden wie der brutalen Schließung des Bergbaus in Britannien oder auch des Automobilbaustandorts Detroit in den USA. Aber auch im deutschen Kontext sind diese Modelle mittlerweile nur noch einer bestimmten unternehmerischen Strategie zuzuordnen, während die andere Option unlöslich von Gesamtmetall vorgetragen wird: die Auflösung des sozialpartnerschaftlichen Konsenses, die dann in Erpressungsmodellen à la Daimler Benz mündet, wo betriebliche Sonderzahlungen einseitig gekündigt und am geplanten Arbeitsplatzabbau trotzdem festgehalten wird.

Die vorliegenden Abschlüsse sind betriebliche Pilotvereinbarungen, deren Übertragbarkeit auf andere Branchen an eine ganze Reihe von Bedingungen geknüpft ist. Das zentrale Problem dürfte vor allem bei der Reallohnsicherung liegen, die angesichts des Einkommensniveaus der meisten Branchen von erheblicher größerer Bedeutung als in den vorliegenden Fällen ist. Insbesondere in typischen Frauenschäftigungsbereichen, wie der Textilindustrie und ähnlich dem Einzelhandel wäre zwar die Arbeitszeit teilbar, nicht jedoch das Einkommen. Eine Viertagewoche mit Lohnverzicht entsprechend dem VW-Modell bei Netto-Einkommen von 1500 - 1600 DM (Textil) ist unrealistisch.

Zur Reallohnsicherung ist es notwendig, daß die ersparten Lohnnebenkosten und die üblicherweise anfallenden 'Entlassungskosten' nicht allein den Unternehmen zugute kommen. Hier muß zukünftig sichergestellt werden, daß es zu einer gerechten Lastenverteilung kommt. In diesem Zusammenhang ist auch zu diskutieren, inwieweit über befristet und degressiv gestaltete steuerliche Instrumente und/oder eine Beteiligung der Bundesanstalt für Arbeit der Einstieg in derartige Verkürzungsmodelle erleichtert werden kann. Um die Akzeptanz für deutliche Arbeitszeitverkürzungen in den Belegschaften zu erhöhen, ist neben der Einkommensabsicherung eine Tarifpolitik notwendig, die sich nicht nur auf die Verringerung der Dauer der Arbeitszeit konzentriert sondern dabei die Lage und Verteilung sowie Arbeitsverdichtung berücksichtigt.

* Dr. Hella Baumeister, Sozialwissenschaftlerin; Carsten Sieling, Ökonom, Mitglied des SPD-Landesvorstands Bremen. Beide sind bei der Arbeiterkammer Bremen beschäftigt.

Vollbeschäftigung und Arbeitszeit

Anmerkungen zur Arbeitszeitdebatte -

von Herbert Schaaff*

1. Einführung

Is in den Herbst 1993 fiel angesichts zunehmender Massenarbeitslosigkeit in Ost und West auf, daß - nach den intensiven Auseinandersetzungen um die Länge und Lage der Arbeitszeit in den 80er Jahren - die Frage nach der Zukunft von Arbeitszeitverkürzung nach Erreichen der 35-Stunden-Woche bis Ende dieses Jahrzehnts kaum diskutiert wurde. Im Gegenteil wurden, nimmt man die Vielzahl der öffentlich bekundeten Aussagen von Regierungspolitikern in Bund und Ländern und von Unternehmensvertretern als Anzeichen, eher gegenläufige Tendenzen, so Arbeitszeitverlängerung inklusive Lohnverzicht, gesellschaftsfähig. In breiteren, in diesem Zusammenhang wohl wenig aufgeklärten, Bevölkerungskreisen wird inzwischen (wenn man entsprechenden Umfrageergebnisse trauen kann) mehrheitlich die Meinung vertreten, daß zur Lösung der Wirtschaftskrise eine Strategie einzuschlagen ist, in der „mehr arbeiten“ und „auf Urlaub verzichten“ zentrale Elemente sind.

Die im Oktober 1993, vor allem bei VW, aber interessanterweise ähnlich auch in Frankreich, begonnene Debatte um die Einführung einer Vier-Tage-Woche (ohne Lohnausgleich) hat nun wieder Bewegung in die Arbeitszeitdiskussion gebracht.

Hier soll vor diesem Hintergrund nochmals grundsätzlich gezeigt werden, daß der historische Trend zur Verkürzung der Arbeitszeit (verstärkt) fortgesetzt werden muß. Bei den Gewerkschaften, mit Ausnahme der IG Medien und kleinen Teilen der IG Metall, stand bis zur Diskussion um die Vier-Tage-Woche beim Thema „Arbeitszeit der Zukunft“ offensichtlich Abwarten auf dem Programm. Arbeitszeitverkürzung sei derzeit weder durchsetzbar, noch würde dies den Interessen

der Arbeitnehmer entsprechen. Zudem erschwere die sozialpolitisch gesplante Lage im vereinten Deutschland eine einheitliche und offensive Forderung nach einer künftigen Verkürzung der Arbeitszeit. Ein Aufarbeiten der Arbeitszeitgeschichte verdeutlicht jedoch die dringende Notwendigkeit weiterer, künftiger Verkürzungsschritte. Es wird belegt, daß nur durch ein entschiedenes Vorgehen auf verschiedenen Ebenen die Verminderung oder Beseitigung des Defizits von derzeit ca. 7 Millionen fehlenden Arbeitsplätzen denkbar ist. Hierbei nimmt - was aktuell trotz einer offensichtlich großen Öffentlichkeit bezüglich der Vier-Tage-Woche viel zu wenig gesehen wird - die Arbeitszeitkomponente mittel- und langfristig einen zentralen Stellenwert ein.

Die Arbeitszeitgeschichte und die Determinanten der wechselhaften Geschichte der Arbeitszeit können durch eine Vielzahl von Veröffentlichungen insbesondere aus den 80er Jahren recht gut nachvollzogen werden¹, die Frage nach der Dimension künftiger Arbeitszeiten stellt sich demgegenüber nur sehr selten.² Daß Arbeitszeitverkürzung zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten schafft (und sichert) ist eigentlich unstrittig. Gestritten wird über die jeweiligen Größenordnungen. Diese sind aber je nach Situation und Branche sowie je nach Größenordnung der Arbeitszeitverkürzungsschritte recht unterschiedlich, wenn auch im allgemeinen von einer Wirksamkeit zwischen 50 und 70 % auszugehen sein wird.³

2. Die Wirtschaftsdynamik in den beiden letzten Jahrhunderten

Das Wirtschaftswachstum hat, nachdem in Deutschland in der Zeit zwischen 1850 und 1950 (bei starken Schwankungen) ein durchschnittliches Wachstum von 1 % im Jahr erreicht wurde, besonders seit dem Ende des 2. Weltkrieges stark zugenommen, und betrug in den Dekaden zwischen 1950

und 1990 durchschnittlich 8, 5, 3 und 1,8 % pro Jahr. Die 50er und 60er Jahre werden deshalb im allgemeinen Sprachgebrauch nicht umsonst als „Wirtschaftswunderjahre“ bezeichnet (wenn auch die Ursachen der ungewöhnlichen hohen Wachstumsraten nicht so verwunderlich sind).⁴ Dieses enorme Wachstum des Sozialproduktes ist aber nicht unbedingt zwangsläufig mit einem entsprechend vermehrten Wohlstand (oder gar Wohlbefinden) der Menschen einhergegangen. Um dies zu beurteilen, müßten die Verteilungsunterschiede und die negativen Auswirkungen der Ökonomisierung von Gesellschaft und Natur mit in die „Berechnung“ einbezogen werden.⁵ Vielmehr ist mit dem wirtschaftlichen Wachstum zu einem beachtlichen Teil weniger eine substantielle Erhöhung des Lebensstandards verknüpft als eine Kommerzialisierung von Leistungen, die früher subsistenzwirtschaftlich im sogenannten „ganzen Haus“ erbracht wurden. Das Sozialprodukt mißt zu eben diesem Teil nur die Verlagerung ökonomischer und sozialer Funktionen von der ehemals engen Lebenswelt der Menschen in ein zunehmend Gestalt annehmendes, mehr und mehr autonomes Wirtschaftssystem und damit die Schaffung und die Verlängerung von Produktions- und Konsumtionswegen über den Markt.

Die spannende Frage ist nun, ob sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten wieder eine derart dynamische wirtschaftliche Entwicklung einstellen wird. Die simple Betrachtung der Konjunkturzyklen der Vergangenheit deutet darauf hin, daß einem Aufschwung stets ein Aufschwung gefolgt ist. Dies wird wohl auch in den nächsten Jahren wiederum der Fall sein. Nimmt man die letzte Aufschwungphase in den 80er Jahren als Maßstab, in der trotz passabler Wachstumsraten (und der Schaffung zusätzlicher 2,5 Millionen Arbeitsplätze) die Arbeitslosigkeit kaum vermindert werden konnte (wegen der gleichzeitigen Produktivitätseffekte blieb das Arbeitsvolumen nahezu konstant, wäh-

rend das Erwerbspersonenpotential zunahm und die Arbeitszeitverkürzung zu gering ausfiel (!)), so stellt sich selbst bei einem neuen Wachstumsschub die Frage, wie für alle „arbeitswilligen“ Menschen Berufsarbeitsplätze zu schaffen sind.⁶

3. Die Entwicklung der Arbeitszeit - Beschreibung und Deutung

Die Entwicklung der Arbeitszeit ist zwar inzwischen recht gut erforscht, trotzdem besteht gerade bezüglich der Vergangenheit und hier insbesondere hinsichtlich vorindustrieller Arbeitszeiten verbreitete Unkenntnis. Übersehen wird nämlich zumeist, daß dem nun schon seit Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts andauernden mehr oder weniger stetig verlaufenden Trend der Verkürzung der Arbeitszeiten - zunächst der Tages- und Wochen- und dann der Jahres- und Lebensarbeitszeit - eine Phase steigender Arbeitszeiten vorherging. In vorindustriellen Gesellschaften - sowohl in Jäger- und Sammlergesellschaften wie im Mittelalter - waren wohl, bei aller zwangsläufigen Ungenauigkeit der Forschungsergebnisse, durchaus mit heute vergleichbare Jahresarbeitszeiten anzutreffen, während in antiken und modernen Sklavenwirtschaften mehr oder weniger systemimmanent ausgedehntere Arbeitszeiten gegolten haben.

Interessant ist, daß bei der täglichen Arbeitszeit seit 1919 so gut wie keine Veränderungen eingetreten sind.

Im Ganzen läßt also die Menschheitsgeschichte keineswegs - wie zunächst zu vermuten wäre - einen linearen Trend zur Verkürzung der Arbeitszeit erkennen. Interessant ist, daß bei der täglichen Arbeitszeit seit 1919 so gut wie keine Veränderungen eingetreten sind. Darüber hinaus ist festzustellen, daß die Jahresarbeitszeit 1990 nur noch 38 % der von 1840 ausmacht, während die Werte für die Wochenarbeitszeit bei 47 % und für die Tagesarbeitszeit bei 53 % liegen. Dies

deutet darauf hin, daß künftig vornehmlich auf die beiden zuletzt genannten Ebenen zu achten wäre, denn hier ist erfahrungsgemäß nicht nur der Beschäftigungseffekt am größten, sondern auch die von einer Arbeitszeitverkürzung zu erwartende Verbesserung der allgemeinen Wohlstandssituation und speziell die des Zeitwohlstandes würde somit optimiert.⁷

Festzuhalten ist, daß für die Bestimmung der konkreten Entwicklung der Arbeitszeit nicht eine Ursache, sondern ein eng verwobenes und in seiner jeweiligen Bedeutsamkeit historisch variierendes Ursachenbündel verantwortlich ist. Neben bedeutsamen technischen Neuerungen (Produktivitätsanstieg durch vermehrten und verbesserten Technikeinsatz) sind es besonders soziale, ökonomische, politische und ideologische Faktoren, die für die jeweilige Länge der Arbeitszeit mitbestimmend waren und sind.⁸ Häufig wird dabei verkannt, daß dieser Entwicklung keineswegs eine überhistorische Gesetzmäßigkeit zugrundeliegt, sondern vielmehr eine wechselnd intensive Auseinandersetzung zwischen den gegensätzlichen Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

In diesen mehr oder weniger regelmäßigen „Kämpfen um die Zeit“ wurden (und werden) interessanterweise von beiden Seiten immer wieder die gleichen Argumentationsmuster verwendet.⁹ Dabei zeigt sich, daß die Befürworter kürzerer Arbeitszeiten zumeist aus gesamtwirtschaftlich-sozialer Sicht, die Gegner eher aus einzelwirtschaftlich-gewinnorientierter Perspektive argumentieren. Es ist offensichtlich so, daß angesichts der Vielzahl unsicherer Prämissen und normativer Gesichtspunkte keine streng wissenschaftlich richtige Antwort auf die Frage nach der „richtigen Länge und Lage“ der Arbeitszeit möglich ist. Entscheidend sind deshalb die jeweiligen Interessen, die wirtschafts- und sozialpolitische Prioritätensetzung der Handlungsträger sowie die historisch wechselnden konkreten Machtverhältnisse und die sich daraus ableitenden Handlungs- und Durchsetzungsmöglichkeiten.

Vielfach entsteht in der diffus informierten Öffentlichkeit, aber auch teilweise in der gewerkschaftlichen Diskussion der Eindruck, daß mit dem absehbaren Erreichen der 35-Stunden-Woche bis zum Ende des Jahrzehnts ein nicht mehr zu unterschreitendes Mini-

mum der Arbeitszeit erreicht worden sei. Weitere Schritte seien ökonomisch nicht mehr vertretbar (Wettbewerbsfähigkeit)¹⁰ und von den betroffenen Arbeitnehmern auch nicht mehr gewollt. Allenfalls sei über eine aufgrund der sich verstärkenden Entkopplung von Arbeitszeit und Betriebszeit sich ergebende zunehmende Flexibilisierung nachzudenken, ein Ansatz, der zwar aus Unternehmersicht sinnvoll, gesamtwirtschaftlich unter dem Aspekt der Steigerung der Beschäftigung aber kaum wegweisend sein dürfte.

Die Probleme auf dem Arbeitsmarkt sind mit der deutschen Einheit zweifellos größer geworden. Zu bisherigen konjunkturellen, demografischen und wachstumsdefizitären kommen nun umfassende strukturelle Ursachen für ein dauerhaft mangelndes Arbeitsplatzangebot hinzu. Zur auch nur annähernden Lösung dieses komplexen Problemfeldes (Potentialdruck auf der Angebotsseite, regionale und strukturelle Wettbewerbsschwäche vor allem in Ostdeutschland, ungewisse gesamtwirtschaftliche Nachfrageentwicklung, offensichtliche Fehler in der Wirtschaftspolitik) wird nur eine integrierte Lösung erfolgreich sein können, zu der aber zwingend ein weiterer größerer Schub in der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung in Kombination mit neueren Arbeitszeitmodellen gehören müßte.

4. Zusammenhang zwischen Wirtschaftsdynamik und Arbeitszeit

Bei der Betrachtung der historischen Entwicklung fällt ins Auge, daß in Phasen stärkeren (schwächeren) wirtschaftlichen Wachstums und damit zumeist auch höherer (niedrigerer) Zuwachsraten der Produktivität auch die Arbeitszeiten stärker (weniger stark) gesunken sind (bzw. stagnierten oder gar anstiegen). Das liegt an der mit der jeweiligen Wirtschaftslage korrespondierenden Größe des vorhandenen Verteilungsspielraums und der entsprechend wechselnd starken Durchsetzungskraft der Gewerkschaften. Abgesehen von der Möglichkeit von Umverteilungsprozessen steht dieser Verteilungsspielraum - üblicherweise, definiert als die Zuwachsraten der Produktivität plus der Inflationsrate - zur

* Dr. Herbert Schaaff, Mitarbeiter des Arbeitsdirektors der Mannesmannröhren-Werke AG, Mülheim a.d.R.

Erhöhung der Einkommen und/oder zur Verkürzung der Arbeitszeit zur Verfügung.¹¹ Die Relation der Verteilung auf Steigerung der Pro-Kopf-Einkommen oder Arbeitszeitverkürzung hat sich von 4:1 im Zeitraum 1871 / 1913 auf 6:1 im Zeitraum 1950 / 1990 verändert. Dies wird sich in der Zukunft zweifellos ändern müssen, will man über die Arbeitszeitkomponente verstärkt neue Beschäftigungsverhältnisse schaffen. Die Priorität in der gewerkschaftlichen Verteilungspolitik muß deshalb künftig - auch wenn dies zunächst den derzeitigen Interessen der Mitgliedschaft zuwiderläuft - auf dem Faktor „Zeit“ und weniger auf dem Faktor „Geld“ liegen.

Die Priorität in der gewerkschaftlichen Verteilungspolitik muß künftig auf dem Faktor „Zeit“ und weniger auf dem Faktor „Geld“ liegen.

Ob es allerdings möglich ist, alleine aus diesem jährlich „erwirtschafteten“ Verteilungsspielraum die notwendige Verkürzung der Arbeitszeit (und zusätzliche Einkommenszuwächse) zu gewährleisten, erscheint mehr als zweifelhaft. Für die neuartige Situation einer reifen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft mit einer allgemein hohen Erwerbsneigung müssen also innovative Lösungen erdacht und umgesetzt werden. Die ökonomischen Rahmendaten - wie die Entwicklung der Kaufkraft der Konsumenten auf der einen sowie die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie auf der anderen Seite - und die neuen ökologischen Anforderungen an das Wirtschaften sind dabei zu berücksichtigen. Eventuell zeigt sich dabei eine nicht uninteressante Zielkomplementarität zwischen dem Erfordernis, über Arbeitszeitverkürzung die weniger werdende Arbeit auf mehr Menschen aufzuteilen, den ökologisch bedingten Zwängen zur Reduktion von Produktion, Ressourcenverbrauch, Abfallproduktion und Konsum in den Industrieländern und einer Verbesserung der Wohlstandssituation der Menschen bei gleichzeitig erhöhter Überlebensfähigkeit des Systems.

5. Zur aktuellen Bedeutung der Arbeitszeitverkürzung

Betrachtet man die aktuelle Arbeitsmarktsituation und die Prognosen für die kommenden Jahre, so zeigt sich ein erschreckendes Bild. Die Zahl der Menschen, die erfolglos nach Arbeit sucht, hat sich in den vergangenen Jahren enorm vermehrt. Inzwischen gehen selbst konservative Schätzungen von mehr als 5, andere von gar 7 Millionen fehlenden Arbeitsplätzen im vereinten Deutschland aus. Die Zahlen für die europäische Gemeinschaft (17 Millionen), die OECD-Staaten (35 Millionen) oder die zweifellos unvollständigen der IAO für die ganze Welt (117 Millionen) zeigen ähnlich katastrophale Ergebnisse. In dieser Situation alleine den Marktkräften oder der durch diese hervorgerufenen Wachstumsdynamik zu vertrauen, deutet auf eine nur geringe Kenntnis wirtschaftsgeschichtlicher Tatbestände oder darauf hin, daß es mit dem wirklichen Interesse an einer Minderung oder Beseitigung von Arbeitslosigkeit nicht sehr weit her ist. Ein gewisses Maß an Arbeitslosigkeit - welches es in der Geschichte der „Marktwirtschaft“ auch immer gegeben hat - ist zur Disziplinierung der Arbeitnehmer (geringerer Krankenstand, geringere Lohnforderungen, geringere Streikbereitschaft etc.) systemfunktional, Unternehmen haben daher nur ein begrenztes Interesse an der vollständigen Beseitigung von Arbeitslosigkeit.¹² Zur „Lösung“ des Problems Massenarbeitslosigkeit muß das System der „Sozialen Marktwirtschaft“ durch Interventionen, d.h. staatliche Regulierungen, modifiziert werden. Die kapitalistische Marktwirtschaft ist „... ein sehr effizientes System zur Güterversorgung. Vollbeschäftigung ist nichts als eine politische Norm, die dem Funktionsmechanismus der Märkte für sich genommen fremd ist.“¹³

Die Rahmendaten für die folgende Analyse gehen aus der Tabelle hervor. Ohne Berücksichtigung von Beschäftigten in ABM, Umschulung etc., sowie Vorrüheständlern errechnet sich ein gesamtdeutsches Arbeitsplatzdefizit von ca. 7 Millionen Arbeitsplätzen. Betrachtet man nun die zu erwartende Arbeitsmarktentwicklung in den nächsten Jahren, so zeigt sich, daß das Erwerbs-

personenpotential (Summe aller Beschäftigten und Arbeitssuchenden) in den nächsten Jahren weiter ansteigt (demografische Ursachen und Zuwanderung). Das Arbeitsvolumen (Summe aller in einem Jahr in der Volkswirtschaft geleisteten Arbeitsstunden) wird bei unveränderter Wirtschaftspolitik stagnieren bzw. sogar abnehmen, da die Zuwachsraten der Produktivität wahrscheinlich über den Wachstumsraten des Sozialproduktes liegen werden. Ohne entsprechende Maßnahmen wird sich die katastrophale Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht entschärfen, sondern weiter zuspitzen.¹⁴

Arbeitsmarktsituation in der Bundesrepublik (neue und alte Länder) 1993

	West	Ost	Summe
Arbeitsvolumen (in Mio. Std. 1992)*	47626	10469	58.095
Beschäftigte (in 1000 1992)*	26.399	5.777	32.176
Arbeitslose (in Mio. Stand 4/1993)**	2,2	1,2	3,4
Stille Reserve (in Mio. Stand 4/1993)**	1,2	2,4	3,6
Fehlende Arbeitsplätze**	3,4	3,6	7,0

* Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

** Quelle: Schätzung auf der Basis von Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Nürnberg), MittAB 2/1993

Die durchschnittliche Arbeitszeit eines Beschäftigten in Deutschland betrug 1992 1805 Std./Jahr bzw. 40,1 Std./Woche. Unterstellt man für eine zweifellos nur näherungsweise theoretische Rechnung einmal optimistisch ein mittelfristig konstantes Arbeitsvolumen - in der Vergangenheit ist es stets gesunken -, weil die Entwicklung der Wachstumsraten des Sozialproduktes in etwa mit der Entwicklung der Produktivität parallel verlaufen wird, so ergibt sich folgende Rechnung: Bei einem derzeitigen Arbeitsvolumen von ca. 58.000 Mio. Std., einer Gesamtbeschäftigtenzahl von ca. 32 Mio. und einer Zahl von ca. 7 Mio. fehlenden Arbeitsplätzen, müßten zur Gewährleistung von Vollbeschäftigung ca. 39 Mio. Berufsarbeitsplätze zur Verfügung stehen. Die entsprechende theoretische „Vollbeschäftigungsarbeitszeit“

ergibt sich aus: 58.000 Mio. Std./Jahr dividiert durch 39 Mio. = 1487 Std./Jahr bzw. 33,0 Std./Woche. Da der Beschäftigungseffekt der Arbeitszeitverkürzung mit 50 bis 70 % erfahrungsgemäß deutlich unter 100 % liegt, muß die Arbeitszeit bedeutend stärker, z.B. auf 30 Stunden/Woche verkürzt werden!

Arbeitszeitpolitik

Als rechtliche Grundlage für eine erfolgreiche Arbeitszeitpolitik müßte ein - vor allem im Verhältnis zu den derzeit vorgelegten Gesetzesentwürfen - reformiertes und den konkreten Problemen gemäßes Arbeitszeitgesetz (möglichst auf europäischer Ebene) dienen, in dem rigide Vorschriften über die Maximalarbeitszeit und eine stufenförmige Verkürzung der maximal möglichen wöchentlichen Arbeitszeit vorzusehen wären; nach einem Vorschlag von Gorz¹⁵ beispielsweise um vier Stunden alle vier Jahre (z.B. 1994: 38 Stunden; 1998: 34 Stunden; 2002: 30 Stunden). Mit dieser „stetigeren“, d.h. regelmäßigeren, Form der Arbeitszeitverkürzung mit dem mittelfristigen Ziel der 30-Stunden-Woche (und einer maßgeblichen Einschränkung von Überstunden und einer Abgeltung dieser nur durch Freizeitausgleich) in den nächsten 10 Jahren ließe sich ein für alle Beteiligten, d.h. vor allem die Tarifparteien sinnvoller Rahmen setzen, an den sich in entsprechenden Schritten mittelfristig anzupassen wäre. Ebenso sind größere Beschäftigungseffekte zu erwarten, die durch andere Ansätze beschäftigungswirksamer Arbeitszeitreduzierung (Ausweitung von Teilzeitarbeit, Job-Sharing, Erziehungs- und Bildungsurlauben, Teilrente etc.) zu ergänzen wären.¹⁶ Die in der Vergangenheit häufig mehr oder weniger produktivitätsorientierten Schritte in der Arbeitszeitverkürzung sind also in keiner Weise hinreichend. Zu vermeiden bliebe darüber hinaus eine (in diesem Zusammenhang gesehen zweifellos kontraproduktive) Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

Eine vernünftige, mittelfristig konzipierte rasche Arbeitszeitverkürzung müßte durch eine vorausschauende Ausbildungs- und Erziehungspolitik begleitet werden, um einerseits den durch die verkürzten Arbeitszeiten entstehenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften decken zu können und andererseits

die Menschen auf die Gestaltungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten ihrer neu hinzugewonnenen freien Zeit vorzubereiten. Die Frage nach dem Lohnausgleich, d.h. ob trotz Arbeitszeitverkürzung die Realeinkommen gesichert oder gar noch gesteigert werden können, ist schließlich primär einkommensabhängig zu beurteilen. Bei hohen und höchsten Einkommen sind hier sicherlich zukünftig Zugeständnisse zu machen, d.h. hier wäre auf den Lohnausgleich zugunsten der unteren Einkommensgruppen zu verzichten. Ansonsten hängt die grundsätzliche Möglichkeit des Lohnausgleichs von der Entwicklung der Produktivität, des Sozialproduktes und von der Verteilung des Sozialproduktes ab.

Ökonomisch ist letztlich entscheidend, daß die Nachfragekomponente privater Verbrauch von der Entwicklung der verfügbaren Einkommen her gesichert wird, was, wenn man sich die Entwicklung der Verteilungsstruktur in den letzten 15 Jahren ansieht, nicht selbstverständlich ist. Unterstellt, eine rapide Verkürzung der Arbeitszeit würde zu einer entsprechenden Zunahme der Beschäftigungsverhältnisse führen (und damit auch wieder vielen Frauen den Weg in die Berufswelt öffnen), so könnten auch beim Lohnausgleich neue Wege gegangen werden. Mit zwei Beschäftigungsverhältnissen mit beispielsweise jeweils 25 Wochenstunden könnte für einen Haushalt - selbst ohne Lohnausgleich - ein höheres Einkommen erzielt werden als zuvor durch einen Alleinverdiener mit einer 40-Stunden-Woche.

Beschäftigungspolitik durch „richtige“ Wirtschaftspolitik

Neben die Arbeitszeitpolitik müssen selbstverständlich weitere ergänzende wirtschaftspolitische Maßnahmen treten. Eine in diesem Sinne „richtige“ Wirtschaftspolitik hätte das Ziel „Schaffung neuer Beschäftigungsverhältnisse“ zur Gewährleistung von wirklicher Vollbeschäftigung in den Mittelpunkt zu stellen. Nicht mehr das ohnehin nur bedingt zielführende globale Wirtschaftswachstum wäre zu fordern, sondern vielmehr eine neue Strategie des „selektiven“ Wachstums und Schrumpfens, die dazu dienen müßte, die vorhandene Arbeit vernünftig zu

Sozialismus



Die Monatszeitschrift *Sozialismus* liefert Informationen und Hintergrundmaterial zu folgenden Bereichen:

⇒ *Diskussionen im Forum Gewerkschaften* (es schreiben: Detlef Henschke, Lorenz Schwegler, Frank Deppe, Heinz Bierbaum, Otto König, Theo Steegmann, Sybille Stamm)

⇒ *ökonomische Analysen national und international* (es schreiben: Joachim Bischoff, Jörg Huffschiem, Rudolf Hickel, Karl-Georg Zinn)

⇒ *aktuellen politischen Diskussionen der Linken* (es schreiben: Egon Bahr, Eric Hobsbawm, Sabine Kebir, Peter von Oertzen, Wolfgang Thierse)

Einzelheft: DM 7,50
Jahresabo: DM 75,- (incl. Porto)

Bestellcoupon:

Hiermit bestelle ich ein kostenloses Probeheft

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Zu schicken an:
VSA-Verlag
Postfach 50 15 71
W-2000 Hamburg 50

verteilen und gleichzeitig einen grundlegenden Beitrag zur Lösung der Umweltproblematik zu leisten. Besondere Bedeutung kommt hier sogenannten öffentlichen Bedarfsfeldern zu (z.B. Umwelt, Altlasten, Bildung, Kultur, Verkehr, Forschung), d.h. daß es durchaus gesellschaftsrelevante, bis heute unerledigte Aufgaben gibt, die, durch staatliche Initiativen eingeleitet und abgestimmt, zu einer großen Zahl neuer Arbeitsplätze führen könnten.¹⁷

Der Gesellschaft geht also so schnell, wie von manchen intellektuellen Vordenkern prophezeit, die Arbeit nicht aus. Es gilt sie nur zu organisieren. Ergänzend müßte eine problemadäquate Verteilungs- und Sozialpolitik ein menschengemäßes Mindestniveau der Einkommen für heute sozial schwache Schichten gewährleisten und durch eine entsprechende Umverteilung zur Sicherung von Kaufkraft dazu beitragen, die - gesamtwirtschaftlich betrachtet immer noch größte - Nachfragekategorie des privaten Verbrauchs zu stabilisieren.¹⁸ Ein solches Maßnahmenpaket der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik muß heute allerdings außenwirtschaftlich abgesichert und europäisch abgestimmt vollzogen werden, dabei kommt wiederum Deutschland eine zentrale Bedeutung zu.

Sollte Vollbeschäftigung zur wirklichen Maxime werden, so wird auch die angepeilte 30-Stunden-Woche nur ein mittelfristiges Nahziel sein können.

Weiterhin zu erhalten und in seiner Effektivität auszubauen ist das Instrumentarium der staatlichen „aktiven“ Beschäftigungspolitik; hier geht es um die Schaffung zusätzlicher Arbeit über ABM, um Qualifizierung, Fortbildung, Umschulung, Lohnkostenzuschüsse etc.. Auch Maßnahmen zur Schaffung eines „zweiten Arbeitsmarktes“, die durchaus auch auf „private“ Initiativen aufbauen können, sind für besonders schwer zu integrierende Problemgruppen zu fördern, wenn auch davon keine

Wunderwirkungen ausgehen werden. Die bis heute vor allem in den Krisenbranchen Eisen und Stahl anzutreffenden Beihilfen zur sozialverträglichen Gestaltung des notwendigen Arbeitsplatzabbaus im Rahmen des wirtschaftlichen Strukturwandels (so zur frühzeitigen Zurrücksetzung, Umschulung, etc.) sind möglichst auf andere Branchen auszuweiten.

6. Schlußfolgerungen und Blick in die Zukunft der Arbeitszeit

Soll die manifeste Massenarbeitslosigkeit bekämpft, die Umweltzerstörung verringert und das Wohlbefinden der Menschen gesteigert werden, so müssen (zweifelloso unter Beachtung real-ökonomischer Restriktionen) auch künftig die Arbeitszeiten weiter - und stärker als in den letzten Dekaden - verkürzt werden. In der aktuellen, eher aufgeregten Auseinandersetzung um die Vier-Tage-Woche geht dabei oftmals der Blick für das mittel- und langfristige Notwendige und Mögliche verloren. In der Ideengeschichte und in der sozio-ökonomischen Debatte unseres Jahrhunderts wurden sehr weitgehende Dimensionen zukünftiger Arbeitszeiten angedacht (so z.B. die 15-Stunde-Woche bei Keynes). Arbeitszeitverkürzung bringt - kurz gefaßt - wohlstandsökonomische, ökologische, kulturelle und ethische Vorteile mit sich. Die Notwendigkeit der sozialen und kulturellen Einflußnahme auf die Gestaltung der neu gewonnenen freien Zeit muß allerdings in Zukunft vermehrt beachtet werden. Neue intelligente Formen von Arbeitszeitverkürzung sind zu entwickeln. Hier sind immer die Kriterien einer sozialverträglichen Gestaltung - Beschäftigungssicherheit und -wirksamkeit, Einkommen, gesundheitliche Aspekte, Zeitwohlstand, lebensgemeinschaftliche Beziehungen, soziale Teilhabe, Autonomiegrad - zu beachten. Die zweifellos vorhandenen unternehmerischen Restriktion sind zu berücksichtigen.¹⁹

„Die Arbeit entwickelt sich - historisch gesehen - wieder zu dem, was sie vor über vierhundert Jahren schon einmal war: eine notwendige Bedingung menschlichen Lebens - und nicht unbedingt das ganze Leben selbst.“²⁰ Die insofern nicht mehr ganz so aktuelle Arbeitsorientierung des Lebens wird

zunehmend durch andere Lebenskonzepte abgelöst, so familienorientierte, freizeitorientierte oder zwischen Arbeit und Freizeit ausbalancierte Lebenskonzepte. Entscheidend ist nun aber, daß eine in Millionen zu messende Zahl von Menschen an diesen Entwicklungen nicht partizipieren kann, weil sie in der - immer noch die Mehrheit bildenden - „Gesellschaft der Satten und Zufriedenen“²¹ zu den ausgegrenzten Nicht-Teilhabern gehören.

Der verlangsamte Wachstumsverlauf in den hochentwickelten Industrieländern²² und die zunehmend erkennbar werdenden Negativtendenzen in Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt machen eine ökonomische und kulturelle Neuorientierung notwendig. Aus heutiger Sicht mag es exotisch erscheinen, aber „... Selbstbescheidenheit und Genügsamkeit in quantitativ-materieller Hinsicht anstelle des 'immer mehr Haben-Wollens' müssen zum Thema gesellschaftlich-politischer Diskussionen und zum Leitbild des gesellschaftlichen Wohlstandsmodells werden und damit entscheidenden Einfluß auf die Wirtschaftsweise haben.“²³ Produktion und Konsumtion müssen also angesichts der fundamental neuen Gegebenheiten verändert werden, gerechtes Teilen der Lasten und des Wohlstands muß wieder gelernt werden.

Eine Gesellschaft gerät damit ins Blickfeld, die der Ökonomie wieder einen Platz in der Gesellschaft und in der Natur zuweist, in der auf hohem, ökologisch angepaßtem Wohlstandsniveau Arbeitszeiten gelten, die es zulassen, allen „arbeitswilligen“ Menschen Berufsarbeitsplätze zu geben, und die gleichzeitig jedem Einzelnen genügend freie Zeit außerhalb der Berufsarbeit beläßt. Unvorstellbar erscheint für viele ein solches Szenario mit einer 30 oder 25-Stunden-Woche trotz der zurückgehenden Arbeitsorientierung vor allem deshalb, weil die Gesellschaft im Laufe der historischen Entwicklung zu einer Erwerbs-Arbeitsgesellschaft geworden ist. Arbeit und das damit verdiente Einkommen bilden eben nicht nur die individuelle ökonomische Überlebensgrundlage, sondern weit darüber hinaus übernimmt (Erwerbs-)Arbeit zusätzliche soziale Funktionen.

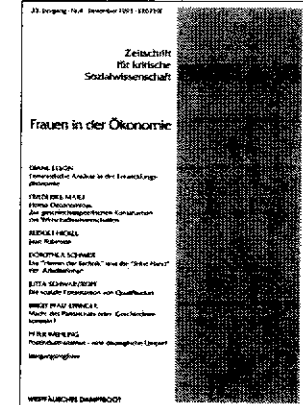
Die aktuelle Diskussion um die Vier-Tage-Woche hat derzeit einen eher defensiven Charakter (Abwehr

von Massenentlassungen). Die Bereitschaft der Arbeitgeber, das Thema „Arbeitszeit“ innovativ zu diskutieren, und die der Gewerkschaften, beim Lohnausgleich Zugeständnisse zu machen, muß - soll die Debatte auch mittelfristig fruchtbar werden - positiv und offensiv gewendet werden, um der weiteren allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit zum Durchbruch zu verhelfen. Nur dann wird der Weg zu einer humanen, vollbeschäftigten und ökologieorientierten Gesellschaft beschritten werden können, in der Lebensqualität und Umweltqualität miteinander verbunden sind. Die Möglichkeit weniger zu arbeiten, bietet die Chance für positive Reformen, anstatt immer mehr Menschen von Arbeit und Wohlstand auszugrenzen. Sollte ein gesellschaftlicher Konsens entstehen, der - aus den hier angedeuteten verschiedensten Gründen - Vollbeschäftigung zur wirklichen Maxime macht, so wird auch die angepeilte 30-Stunden-Woche nur ein mittelfristiges Nahziel sein können. Ist dieses Ziel erreicht, wird über weitere Schritte nachzudenken sein.

Anmerkungen

- Vgl. z.B. Otto, K.A., Wiewiel wurde in unterschiedlichen Epochen gearbeitet? Ein quantitativer Vergleich, in: König, H., Greiff, B.v., Schauer, H. (Hg.), Sozialphilosophie der industriellen Arbeit (Leviathan Sonderheft 11), Opladen 1990, S.51-76; Schudlich, E., Die Abkehr vom Normalarbeitstag: Entwicklung der Arbeitszeiten in der Industrie der Bundesrepublik seit 1945, Frankfurt/M., New York 1987; Deutschmann, C., Der Weg zum Normalarbeitstag: Die Entwicklung der Arbeitszeiten in der deutschen Industrie bis 1918, Frankfurt/M., New York 1985
- Vgl. zu den wenigen Ausnahmen Schuldt, K., Gerechte (re) Umverteilung der Arbeit durch drastische Arbeitszeitverkürzung, in: Memo-Forum, Nr.20, Bremen, Juni 1993, S.74-77; Schäfer, C., Wie der Solidarpakt auch aussehen könnte. Oder: An dem Teilen kommt keiner vorbei. Überlegungen zum Thema Arbeitszeitverkürzung, in: Frankfurter Rundschau vom 11.3.1993; Schaaff, H., Wie lang ist der Arbeitstag? Dimensionen zukünftiger Arbeitszeiten, in: Sozialismus, 16 (1990) 2, S.52-56; Vilar, E., Die 25-Stunden-Woche: Arbeit und Freizeit in einem Europa der Zukunft, Düsseldorf 1990
- Vgl. Seifert, H., Ausmaß und Effekte der Arbeitszeitverkürzung, in: Hampe, P. (Hg.), Zwischenbilanz der Arbeitszeitverkürzung, München 1993, S.11-27, hier S.20
- Vgl. Zinn, K.G., Die Selbsterstörung der Wachstumsgesellschaft: Politisches Handeln im ökonomischen System, Reinbek 1980, S.140 f.
- Vgl. Schaaff, H., Kritik der eindimensionalen Wirtschaftstheorie: Zur Begründung einer ökologischen Glücksökonomie, Thun, Frankfurt/M. 1991; Leipert, C., Die heimlichen Kosten des Fortschritts: Wie Umweltzerstörung das Wirtschaftswachstum fördert, Frankfurt/M. 1989
- Vgl. Kromphardt, J., Schettkat, R., Wer soll das bezahlen? Anmerkungen zur beschäftigungspolitischen Diskussion, in: Wirtschaftsdienst, 73 (1993) 10, S.518 ff.
- Vgl. Rinderspacher, J.P., Am Ende der Woche: Die soziale und kulturelle Bedeutung des Wochenendes, Bonn 1987
- Vgl. Deutschmann, C., Schmiede, R., Schudlich, E., Die langfristige Entwicklung der Arbeitszeit: Versuch einer sozialwissenschaftlichen Interpretation, in: Schudlich, E., Die Abkehr vom Normalarbeitstag, Frankfurt/M., New York 1987, S.114 und S.123
- Vgl. Hampe, P. (Hg.), a.a.O.; Negt, O., Lebendige Arbeit - enteignete Zeit: Politische und kulturelle Dimensionen des Kampfes um die Arbeitszeit, Frankfurt/M. 1984, S.19 ff.
- Kritisch dazu Arbeitskreis Konjunktur, Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1993/94, in: DIW-Wochenbericht, 60 (1993), 26-27, S.360-371
- Vgl. Seifert, H., Beschäftigungswirkungen und Perspektiven der Arbeitszeitpolitik, in:

- WSI-Mitteilungen, 42 (1989) 3, S.156-163
- Vgl. Kalecki, M., Politische Aspekte der Vollbeschäftigung, in: ders., Krise und Prosperität im Kapitalismus, Ausgewählte Essays 1933-1971, Marburg 1987, S.235-241
- Vobruba, G., Arbeiten und Essen: Politik an den Grenzen des Arbeitsmarktes, Wien 1989, S.27 ff., hier S.54
- Vgl. Kühl, J., Arbeitslosigkeit in der vereinigten Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35/93, S.3-15; Schulz, E., Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2010 mit Ausblick auf 2040, in: DIW-Wochenbericht, 60 (1993) 29, S.393-404
- Vgl. Gorz, A., Kritik der ökonomischen Vernunft: Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft, Berlin 1989, S.257 ff.
- Vgl. Maier, F., Schettkat, R., Beschäftigungspotentiale der Arbeitszeitpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3/90, 12. Januar 1990, S.37-51
- Vgl. z.B. Bost-Bartels, A., Skandal Massenarbeitslosigkeit: Zwischen passivem Staat und alternativer Arbeitsmarktpolitik, Opladen 1990
- Struwe, J., Wachstum durch Sozialpolitik: Wie Sozialpolitik Wachstum und Wohlstand fördert, Köln 1989; Huster, E.-U. (Hg.), Reichtum in Deutschland: Der diskrete Charme der sozialen Distanz, Frankfurt/M., New York 1993
- Vgl. Seifert, H., (Hg.), Jenseits der Normalarbeitszeit: Perspektiven für eine bedürfnisgerechte Arbeitszeitgestaltung, Köln 1993
- Opaschowski, H.W., Freizeitökonomie: Marketing von Erlebniswelten, Opladen 1993, S.14
- Vgl. Galbraith, J.K., Die Herrschaft der Bankrotteure: Der wirtschaftliche Niedergang Amerikas, Hamburg 1992, S.11 ff.
- Zu einer zusammenfassenden Analyse: Zinn, K.G., Der langsame Abstieg in die Zukunft: Versuch, die langfristigen Ursachen der Wirtschaftskrisen zu erfassen, in: Sozialismus, 19 (1993) 11, S.25 ff.
- Arbeitsgruppe Ökologische Wirtschaftsforschung, Wirtschaft und Umwelt im neuen Deutschland, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 38 (1993) 8, S1015-1024, hier S. 1024; Immler, H., Welche Wirtschaft braucht die Natur? Mit Ökonomie die Ökonomie lösen, Frankfurt/M. 1993



Die PROKLA erscheint viermal im Jahr und kostet im Abo jährlich DM 58,00 (plus Porto) statt DM 72,00. Das Abo beginnt mit Heft 94. Bei Einrichtung eines Abos können bereits erschienene Hefte zum Abo-Preis nachbestellt werden (bis einschließlich Heft 85 für DM 13,00). Das Abo kann jeweils bis 8 Wochen vor Jahresende schriftlich beim Verlag gekündigt werden.

Ich abonniere die PROKLA ab Heft _____

Name _____

Adresse _____

Neue AbonnentInnen können sich ein Präsent* aus nachstehender Liste auswählen.

Drüge/ Wilkens: Populärer Fortschritt.

Gareth Stedman Jones: Klassen, Politik, Sprache. Hrsg. und eingel. von Peter Schöttler

Rainer Gries/ Volker Ilgen/ Dirk Schindlbeck: Gestylte Geschichte. Vom alltäglichen Umgang mit Geschichtsbildern.

Hans-Erich Bremes/ Maria Schumacher (Hrsg.): Mit der Vergangenheit in die Zukunft. Felder gewerkschaftlicher Politik seit '45.

Mir ist bekannt, daß das Abo erst wirksam ist, wenn ich es gegenüber dem Verlag Westfälisches Dampfboot, Dorotheenstr. 26a, 48145 Münster innerhalb von 10 Tagen nicht schriftlich widerrufe.

Datum _____ Unterschrift _____

*gilt nicht für Geschenk-Abos

Bitte senden an:

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster
Tel. 02 51/6 08 60 80

Perspektiven einer sozial-ökologischen Regulierung des Weltmarkts

von Willi Brüggem*

Die neue Weltordnungsdiskussion droht in eine bedenkliche Schiefelage zu geraten. Alte, aus dem Zeitalter des politischen Imperialismus bekannte Lösungsvorschläge werden wieder lebendig (vgl. Menzel 1992 u. 1993). Linke und kritische Kräfte reagieren häufig hilflos. Sie schwanken zwischen Kritik am Prinzip und resignativem Einfügen ins Faktische. Das gilt insbesondere dann, wenn es um die „harten Fakten“, d.h. um den kapitalistischen Weltmarkt geht (vgl. Altvater 1991 u. 1992, Goldberg 1992). Diese Hilflosigkeit hat viel damit zu tun, daß es seit dem Scheitern des UNCTAD-Prozesses der siebziger Jahre kein weltmarktbezogenes „reformistisches Projekt“ mehr gibt (vgl. Falk 1993). Im folgenden sollen einige neue Entwicklungen benannt werden, an denen ein neues weltwirtschaftliches Reformprojekt ansetzen könnte.

Inzwischen beginnen sich die Konturen eines neuen „postfordistischen Akkumulationsregimes“ abzuzeichnen. In Bezug auf die weltwirtschaftliche Konstellation sind vor allem zwei gegenläufige Tendenzen wichtig. Die wachsende Bedeutung der transnationalen Kapitalmärkte und Kapitalverflechtungen sowie die Triadisierung der Weltordnung (vgl. Röttger 1993). Trotz der zunehmenden Ungleichgewichte und Gegensätze (vgl. Herr/Voy 1989, S. 100f.) zwischen den drei Zentren der Triade (EU, USA bzw. NAFTA, Japan) wächst die Kapitalverflechtung in atemberaubendem Tempo.

Auf ihre wachsenden Handelsungleichgewichte reagierten die Triadenmächte seit Ende der siebziger Jahre mit einem ganzen System sog. Selbstbeschränkungsabkommen (vgl. Koch 1992, S. 142). Das führte dazu, daß die transnationalen Konzerne ihre Märkte durch Investitionen in den Abnehmerregionen zu sichern suchten. Durch den Aufbau neuer Produktionsstätten in den Abnehmerländern mach-

ten sie sich von den vereinbarten Importkontingenten unabhängig. Der Kapitalstock ausländischer Direktinvestitionen in den Ländern der Triade verdreifachte sich in den achtziger Jahren, während sich der relative Anteil der Entwicklungsländer fast halbierte (vgl. Röttger 1993). In den neunziger Jahren kam es zu einer Umkehr dieses Trends. Mit der Rezession trat die Kostenersparnis als Investitionsmotiv in den Vordergrund. Beflügelt durch die weitere Liberalisierung des Weltkapitalmarktes wuchsen die Direktinvestitionen in Schwellenländer mit niedrigen Produktionskosten, während sich die Investitionen zwischen den Triadenmächten fast halbierten (vgl. ebenda u. Weltbank 1993, Tab. 23).

Es entstand eine „Internationale des Kapitals“, die die Selbstbestimmungsrechte der Staaten und Völker immer weiter aushöhlt und die Regionen dieser Erde gegeneinander ausspielt.

Diese Tendenz wurde dadurch unterstützt, daß viele Entwicklungs- und Schwellenländer ihre Bestimmungen über Auslandsinvestitionen unter dem Druck der Schuldenkrise und des IWF „liberalisierten“ (vgl. Pentzlin 1993) und zu einer radikalen Senkung der sozialökologischen Standortkosten gezwungen wurden (vgl. Altvater 1992, S. 165ff.). Es kam zu einer selektiven Integration bestimmter Regionen und Sektoren der ehemaligen dritten Welt in den Weltmarkt, während gleichzeitig die sozialen und regionalen Ungleichgewichte sowohl in den Entwicklungsregionen wie auch in den entwickelten Staaten ein bisher nicht gekanntes Ausmaß annahmen. Das führt zu einem wachsenden Beschäftigungsdruck in

den alten Industriezentren und zu einer immer ruinöser werdenden Standortkonkurrenz (Bondert/Röttger 1993). Dadurch wuchs der protektionistische Druck innerhalb der Zentren, der sich jetzt vor allem gegen die Schwellen- und Billiglohnländer richtete.

Beide Tendenzen, die der achtziger und die der neunziger Jahre, wurden durch tiefgreifende Veränderungen der Produktionstechnik und Betriebsorganisation unterstützt und verstärkt. An die Stelle der riesigen Fließbandfabriken traten flexible Unternehmensnetzwerke, die entweder unter dem Dach eines weltumspannenden Konzerns oder durch tradierte Beziehungsgeflechte selbständiger Unternehmen integriert werden. Es entstand eine neue Mischung aus „flexibler Spezialisierung“ (Piore/Sabel 1985) und „flexibler Massenproduktion differenzierter Qualitätsgüter“ (Boyer 1992). Während sich Kapital, Forschung und Produktmanagement weiter internationalisierten, kam es gleichzeitig zu einer markt- und kostengeleiteten Regionalisierung der Produktion. Von 1983 bis 1988 wuchsen die Auslandsinvestitionen deshalb viermal schneller als der Welthandel (vgl. Zürn 1992b).

So entstand eine „Internationale des Kapitals“, die die Selbstbestimmungsrechte der Staaten und Völker immer weiter aushöhlt und die Regionen dieser Erde gegeneinander ausspielt. Ideologisch kann sie sich auf eine schmale Oberschicht der „neuen Heimatlosen“ stützen (vgl. Willke 1992, S. 365f.), die in unmittelbarem Dienst der transnationalen Konzerne stehen oder im Kontext korrespondierender Institutionen und Dienstleistungen tätig sind. Bei der Suche nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung geht es nicht mehr nur um entwicklungspolitische Gerechtigkeit. Auch das soziale und politische Gefüge der entwickelten Länder droht unter dem Druck des Weltmarktes zerrissen zu werden.

So sehr diese Entwicklung die politischen Handlungsspielräume sowohl in den Zentren wie in den Entwicklungs-

regionen bis zur Unerträglichkeit eingeschränkt: sie enthält zugleich wichtige Ansatzpunkte für die Erneuerung weltwirtschaftlicher Reformprojekte. Das gilt vor allem für das neu geschaffene System bilateraler Handelsverträge oder Selbstbeschränkungsabkommen.

Das System bilateraler „Selbstbeschränkungsabkommen“

Ende der siebziger Jahre reagierte die japanische Regierung auf zunehmende Kritik an den wachsenden Handelsüberschüssen mit einem neuen Konzept für eine „geordnete Weltwirtschaft“ (Orderly-Market-Konzept). Den anderen großen Handelsnationen wurde eine einvernehmliche politische Regulierung der Handelsströme vorgeschlagen. Ein bilaterales Netzwerk von Ex- oder Importquoten sollte vor plötzlichen Exportoffensiven und protektionistischen Restriktionen schützen (vgl. Bellers/Demuth 1993, S. 193f.). Seine Umsetzung scheiterte u.a. am Einspruch der USA und der BRD. Was blieb war ein System von sog. Selbstbeschränkungsabkommen, die die USA und die westeuropäischen Länder mit Japan abschlossen. Das bekannteste Beispiel bilden die Selbstbeschränkungsabkommen für den Export japanischer Pkw. Bald begannen die USA, vergleichbare Verträge auch mit den südostasiatischen Schwellenländern, mit lateinamerikanischen und karibischen Staaten sowie mit der EG abzuschließen (vgl. ebenda, 137ff.). Häufig wurde mit der Anwendung des sog. Reziprozitätsgrundsatzes oder mit Antidumpingverfahren gedroht, um die Handelspartner zu „Selbstbeschränkungsabkommen“ zu zwingen. Dabei brauchten die Regeln des GATT nicht verletzt zu werden. Auch die EG ging diesen Weg. Die Lomé-Abkommen sehen vor, daß für die meisten Handelsgüter ursprungslandbezogene Mengenkontingente vereinbart werden (vgl. Koch 1992, S. 289). In Vorbereitung auf den EG-Binnenmarkt wurden die meisten noch bestehenden Einfuhrkontingente der einzelnen Mitgliedsländer in Selbstbeschränkungsabkommen umgewandelt (vgl. ebenda, S. 281).

Mit dem Welttextilabkommen (MFA) wurde die Möglichkeit der freiwilligen bilateralen Mengenabsprachen zum erstenmal auch in ein weltweites

multilaterales Vertragssystem aufgenommen. 1984 waren ca. 10% des Welthandels und 38% der japanischen Exporte in die EG sowie 32% der japanischen Exporte in die USA durch Selbstbeschränkungsabkommen betroffen. 1986 hatten die USA 32 und die EG-Staaten 55 (ohne MFA) Selbstbeschränkungsabkommen vereinbart (vgl. Boonekamp 1987, S. 4). Inzwischen dürfte ihre weltweite Bedeutung weiter gestiegen sein. So lange die Beschäftigungsprobleme und Handelsungleichgewichte zunehmen, ist eine Trendumkehr nicht zu erwarten. So hat Clinton Japan jetzt angedroht, den gesamten Güterverkehr vertraglich zu kontingentieren. Eine vergleichbare Entwicklung zeichnet sich im Verhältnis der EU zu ihren östlichen Nachbarn ab.

Selbstbeschränkungsabkommen zielen auf einen politischen Interessenausgleich. Sie eröffnen neue zukunftsweisende Regulierungsmöglichkeiten.

Obwohl diese bilateralen Vertragssysteme allzu häufig zur handelspolitischen Disziplinierung der Schwellen- und Entwicklungsländer benutzt wurden, bilden sie doch einen interessanten Anknüpfungspunkt für weitergehende ökosoziale Regulierungsprojekte. Sie eröffnen neue zukunftsweisende Regulierungsmöglichkeiten, die weit über das traditionelle System der Zollschranken hinausgehen. Die Selbstbeschränkungsabkommen zielen auf einen politischen Interessenausgleich, d.h. sie sind unabhängig vom Preissystem und beruhen nicht auf einem einseitigen Hoheitsakt eines einzelnen Staates. In ihnen geht es weniger darum, bestehende Warenströme zu unterbrechen. Vielmehr soll eine langfristig berechenbare Stetigkeit der Handelsbeziehungen erreicht werden, die dem Exporteur die Marktsicherheit bietet, die er für die Kalkulation seiner Investitionen benötigt und die die importierende Ökonomie vor allzu plötzlichen Marktveränderungen schützt. Häufig werden im Zusammenhang mit diesen Verträgen zusätzliche Konditionen verabredet, die sich z.B. auf Mindestpreise, Qualitätsstandards oder auf die Öffnung und

Ausweitung der Märkte des Exportlandes beziehen. Die monetären Äquivalenzprinzipien des Warentausches werden durch ein politisches „Gleichgewicht“ von Geben und Nehmen überlagert, das den individuellen Nutzenaspekt des Marktes durch kollektive Nutzungspunkte ergänzt. Für diese Ziele ist das alte Zollinstrumentarium viel zu grobschlächtig. Es ist einseitig auf Behinderung der Warenströme ausgerichtet. Mit seiner Hilfe lassen sich keine genau definierten und einem Ursprungsland zugeschriebenen Mengenkontingente durchsetzen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, den Exporteur im Rahmen der bilateralen Handelsverträge auf bestimmte soziale und ökologische Standards zu verpflichten.¹⁾

Bei der Aushandlung derartiger Verträge sind natürlich die Staaten im Vorteil, die über einen relativ großen Binnenmarkt verfügen, ohne selbst von einzelnen Exportmärkten abhängig zu sein. Deshalb waren es zunächst die USA, die ihren „Partnern“ derartige „freiwillige Selbstbeschränkungen“ aufnötigten. Gleichzeitig haben sie mit dieser Politik die Entstehung ähnlich potenter Wirtschaftsblocke in anderen Regionen befördert. Das gilt insbesondere für die Beschleunigung der EG-Integration.

Auch beim gegenwärtigen Endspurt der GATT-Verhandlungen spielen die Selbstbeschränkungsabkommen indirekt eine wichtige Rolle. Die sog. Antidumpingverfahren bilden das wichtigste Druckmittel, um die Handelspartner zu Selbstbeschränkungsabkommen zu zwingen. Der jetzt in den GATT-Verhandlungen ausgefochtene Streit über die Bedingungen, unter denen einzelne Länder diese Verfahren durchführen dürfen, ist also zugleich eine Auseinandersetzung über die zukünftige Bedeutung der bilateralen Mengenabsprachen. Während die USA ihr bisheriges Recht auf die selbständige Durchführung derartiger Verfahren erfolgreich verteidigen, fordern die meisten EU-Staaten unter Führung Frankreichs eine entsprechende Nachbesserung der handelspolitischen Instrumente der EU-Kommission. Dadurch verlieren die bisher im GATT verabredeten Zollsensungen an Bedeutung. Schon jetzt ist absehbar: Bilaterale Mengenabsprachen werden viele dieser „neuen protektionistischen Lücken“ wieder schließen. Was am Ende von der Uruguay-

* Willi Brüggem, Dr. med., Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen

Runde bleibt, ist die Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs sowie ein verbesserter Patent- und Urheberrecht. Beides entspricht vor allem den Interessen der transnationalen Konzerne, die ihre regionalen Produktions- und Verkaufszentren dadurch problemloser in ihren weltweiten Forschungs-, Marketing und Managementverbund einbinden können (vgl. Pentzlin 1993).

Internationale Finanzmärkte und nationale Standortkonkurrenz

Die Internationalisierung der Kapitalmärkte sowie die Schaffung immer neuer Formen rein spekulativer Kapitalbewegungen (Termin- und Swapgeschäfte) haben die „vaterlandslos“ um die Welt vagabundierenden Kapitalsummen enorm vergrößert. Auch die Strategie, die Weltschuldenkrise nicht durch Schuldenstreichung, sondern durch Umschuldungen und Schuldner-tausch zu entschärfen, hat zur Aufblähung der internationalen Finanzmärkte beigetragen (vgl. Altwater 1993). Diese Milliarden führen jetzt dazu, daß das nationale Zinsniveau zu einem immer wichtigeren Bewertungskriterium der Währungen wird (vgl. Herr 1989). Dadurch wird eine ruinöse Standortkonkurrenz losgetreten.

Die nationalen Volkswirtschaften konkurrieren auf den internationalen Kapitalmärkten darum, einen möglichst großen Teil des Finanzkapitals in ihre Währung und ihre nationale Ökonomie zu lenken (vgl. Holloway 1993). Dabei haben sie im wesentlichen zwei Instrumente zur Verfügung: möglichst hohe Handels- und Dienstleistungsüberschüsse oder relativ hohe Zinssätze. Die einzelnen Staaten stehen damit vor der fatalen Alternative: Entweder sie erzielen einen hohen Leistungsbilanzüberschuß oder sie müssen die Zinsen erhöhen, um die nationale Währung einigermaßen stabil zu halten. Da relativ hohe Zinsen die einheimische Produktion verteuern, kommt es für die außenwirtschaftlich Schwächeren zu einer weiteren Verschlechterung ihrer Außenwirtschaftsposition, während umgekehrt die außenwirtschaftlich starken Länder Konkurrenzvorteile gewinnen.

Die enge Koppelung von Geldmarktzins und Bewertung der Währung leitet also einen Teufelskreis ein, bei

dem den einzelnen Nationen nichts anderes übrig bleibt, als alle Anstrengungen auf eine exportorientierte Austeritätspolitik zu konzentrieren (vgl. ebenda). Da das ganze bekanntlich ein Nullsummenspiel ist und nicht jedes Land zugleich Exportüberschüsse erzielen kann, führt diese einseitige Orientierung an der Leistungsbilanz für alle zu einer sich selbst verstärkenden Einengung der Märkte. Jeder möchte in die Gewinnergruppe aufsteigen. Alle unterbieten sich wechselseitig. Deshalb werden am Ende alle die Verlierer sein. Dieser Effekt wird durch die hohe Auslandsverschuldung vieler Entwicklungsländer und der ehemaligen RGW-Staaten verstärkt. Die „Strukturanpassungsprogramme“ des IWF treiben diese Länder in eine bedingungslose Exportoffensive bei gleichzeitig schrumpfenden Binnenmärkten (vgl. Altwater 1993). Die zirkulär selbstverstärkende Wirkung dieses Prozesses erinnert fatal an den internationalen Abwertungswettlauf während der Weltwirtschaftskrise am Ende der zwanziger Jahre.

Weltmarktintegration oder regionalistische Abkopplung - eine falsche Alternative!

Linke und kapitalismuskritische Kräfte reagieren auf diese neuen Tendenzen häufig hilflos. Das hat viel mit einem eigenen inneren Dualismus zu tun. Zwei widersprüchliche Einstellungen stehen unverbunden nebeneinander: Einerseits eine prinzipielle Kritik am kapitalistischen Weltmarkt und andererseits eine tiefe Skepsis gegenüber allen Tendenzen, nationale Handelsschranken aufzubauen und Kapitalverkehrskontrollen einzuführen; insbesondere dann, wenn sie von den entwickelten Ländern ausgehen (Senghaas 1992). Im Hintergrund steht noch immer die inzwischen veraltete Alternative zwischen rückhaltloser Weltmarktintegration und regionalistischer Abkopplung. Hier soll statt dessen eine politisch regulierte Integration vorgeschlagen werden, die neue Spielräume für demokratische Selbstbestimmung der Nationen und Regionen schafft, ohne auf die ökonomischen und soziokulturellen Vorteile weltweiter Arbeitsteilung zu verzichten.

Dazu müssen die Länder der zwei-

ten und dritten Welt entschuldigt werden. Die verschiedenen Formen des „Metakapitals“, das erst durch die Deregulierung der Kapitalmärkte geschaffen wurde, wie z.B. die zahllosen Termingeschäfte, könnten ohne großen Schaden für die Weltwirtschaft wieder abgeschafft werden. Darüberhinaus wäre es durchaus vorstellbar, daß bestimmte Kapitalbewegungen mit Gebühren oder Steuern belegt würden, die die zu erwartenden Spekulationsgewinne überschreiten und die Operationen des Finanzkapitals wieder auf ein Niveau reduzieren, das den realen Güterströmen entspricht. Reformtechnisch ist das problemlos möglich (vgl. Nölling 1993). Gleichzeitig müssen Kapitalverkehrskontrollen wieder eingeführt werden, sodaß jedes Land oder jeder Handelsblock die Möglichkeit hat, bestimmte Kapitalströme, wenn erforderlich, zu unterbinden.²⁾

Hier soll eine politisch regulierte Integration vorgeschlagen werden, die neue Spielräume für demokratische Selbstbestimmung der Nationen und Regionen schafft.

Wären diese Bedingungen erfüllt, bestünde für jedes Land oder für jeden Handelsblock die theoretische Chance, mit jedem anderen Staat in relativ gleichberechtigte Verhandlungen darüber einzutreten, welche Güter exportiert oder importiert werden sollen und unter welchen Bedingungen Kapital und Know-how transferiert werden dürfen. Die für alle ökologischen und emanzipatorischen Bewegungen der kapitalistischen Zentren so fatale Standortkonkurrenz verlöre den Charakter eines anonymen Sachzwangs. Sie würde zum Gegenstand politischer Entscheidungs- und Verhandlungsprozesse. Die politische Öffentlichkeit könnte selbst darüber entscheiden, ob sie für PKWs etwas mehr bezahlen will, dafür aber die Arbeitsplätze in den Autofabriken erhält, oder ob sie auf tropische Edelholz verzichtet, damit die Klimaerwärmung verlangsamt werden kann. Jeder und jede müßte Farbe bekennen. Die zivilgesellschaftlichen Meinungsbil-

dungsprozesse könnten nicht länger in die Bereiche bloß symbolischer Politik abgedrängt werden.

Die Position der ehemaligen RGW-Staaten und der Entwicklungsländer würde vor allem dadurch gestärkt, daß sie nicht mehr auf Gedeih und Verderb gezwungen sind, sich gegenüber dem Weltmarkt vollständig zu öffnen. Sie bekämen die Chance, bei für sie allzu ungünstigen Konditionen mit einer partiellen Schließung der eigenen Märkte zu drohen. Wer auf diesem Weltmarkt bedingungslos mittun will oder muß, ist auf ständigen Technologie-, Dienstleistungs- und Kapitaltransfer aus den kapitalistischen Zentren angewiesen und muß im Inneren Bedingungen schaffen, unter denen es für die internationalen Großkonzerne lohnend erscheint, die notwendigen Transfers bereitzustellen. Käme es dagegen in der Tat zu dem oben beschriebenen System bilateraler Handelsvereinbarungen, entstünde für jedes Land die theoretische Chance, eine Strategie der selektiven Teilnahme am Binnenmarkt der anderen Regionen oder Staaten zu entwickeln, die den jeweiligen regionalen Bedürfnissen und Stärken entspricht und von den Handelspartnern äquivalente Gegenleistungen für die partielle Öffnung eigener Märkte verlangen kann. Dabei könnten sich die Entwicklungsländer die Tatsache zunutze machen, daß ihnen die entwickelten Länder inzwischen als drei konkurrierende Handelsblöcke gegenüber stehen.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen wird diese Strategie jedoch für die meisten Länder der sog. dritten Welt zunächst nur graue Theorie bleiben. Viele Entwicklungsländer sind wegen der einseitig monokulturellen Ausrichtung ihrer nationalen Ökonomien auf die Märkte der entwickelten Länder angewiesen. Ohne Öl, Kaffee oder Baumwollexport könnten sie nicht einmal die benötigten Grundnahrungsmittel kaufen. Diese Abhängigkeit hat fatale Folgen. Die Entwicklungsländer müssen exportieren - egal was sie für ihre Produkte bekommen. Weil ihr Angebot nicht preiselastisch genug ist, sinken die Preise (vgl. Massarat 1993). In diesem Fall bietet das oben skizzierte Netzwerk bilateraler Handelsvereinbarungen lediglich einen starken Anreiz, sich schrittweise aus der eigenen Abhängigkeit zu lösen - eine Perspektive, die nicht nur unter außenwirtschaftlichen Gesichtspunkten wichtig

ist. Inzwischen wissen wir, daß sich die einseitige und monokulturelle Ausrichtung auf einzelne Exportgüter katastrophal auf die ökologische Situation der betroffenen Länder auswirkt (Altwater 1992).

Eine wirkliche Gleichberechtigung der Handelspartner kann dann erreicht werden, wenn beide mit gleicher Intensität auf die Produkte und Märkte des anderen angewiesen sind. Dies gilt insbesondere für das Verhältnis zwischen den kapitalistischen Zentren und den Staaten der zweiten oder dritten Welt. Für die Entwicklungsländer bedeutet das, daß sie eine Entwicklungsstrategie einschlagen müßten, die bei der Sicherung der Grundbedürfnisse und bei der Basistechnologie auf die endogenen Potentiale der Regionen setzt und auf High-tech-Produkte nur zurückgreift, um zusätzliche Entwicklungspotentiale zu erschließen. Dabei dürfen wir nicht vergessen: Die äußerst schwierige Frage, wie eine einmal eingeschlagene Fehlentwicklung gestoppt und umgekehrt werden kann, ist mit den veränderten Außenbeziehungen allein leider keineswegs geklärt. Sie könnten lediglich die Chance bieten, so etwas zu ermöglichen. Die ebenfalls notwendigen sozialen und machtpolitischen Umwälzungen können sie nicht ersetzen.

Gegen den hier präferierten Bilateralismus (wobei hier die EU wie ein homogenes Subjekt dieses Beziehungsgeflechts betrachtet wird, weil auf der Ebene der Handelsverträge in der Tat die meisten nationalen Kompetenzen auf die Brüsseler Behörden übergegangen sind) wird häufig ins Feld geführt, daß er außenpolitisch vor allem deshalb sehr gefährlich sei, weil er nationalistischen und nationalchauvinistischen Tendenzen Vorschub leiste. Das Gegenteil ist der Fall. Im Gegensatz zur traditionellen nationalstaatlichen Außenwirtschaftspolitik, die durch Zollschranken und politisch-militärisch gesicherte Einflußgebiete die nationalen Interessen gegen ihre Konkurrenten zu sichern suchte, geht es bei dem oben skizzierten Netzwerk bilateraler Vertragsbeziehungen darum, daß der Andere wirklich als Anderer anerkannt wird. Gleichzeitig soll eine Art Konsenszwang entstehen, so daß jedes Staatsverhalten, das sich ausschließlich auf den nationalen Souveränitätsanspruch bezieht, schnell als zutiefst irrational erkennbar würde. Ein anderes Gegenargument bezieht sich darauf,

daß bei unseren Überlegungen der an sich längst überholte Nationalstaat in ungehöriger und unrealistischer Weise aufgewertet werde. Auch das ist nicht zwingend. Überall dort, wo wirklich funktionsfähige und ausreichend legitimierte trans- oder internationale institutionelle Strukturen entstanden sind, die die Nationalstaaten in der Tat teilweise ersetzen, spricht nichts dagegen, daß auch Staatenbünde wie z.B. die EU als quasistaatliche Verhandlungssubjekte auftreten. Dort, wo die nationalstaatlichen Funktionen nur durch die Internationale des Finanzkapitals, durch Großkonzerne oder durch Hegemonieansprüche der Großmächte ausgehöhlt werden, ist es dagegen in der Tat wenig sinnvoll, in den modernistischen Abgesang des Nationalstaates einzustimmen.

Für eine neue defensive Rolle der UN

Eine solche Strategie für eine schrittweise Durchsetzung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung ist aber nur dann realistisch, wenn es auch zu einer Zählung der internationalen politischen und militärischen Zwänge auf die Auflösung der bilateralen Blockkonkurrenz und der typischen Großmachtfunktionen auch die Auflösung der regionalen Militärböcke und Bündnissysteme folgen müßte. Auch das Modell einer Weltinnenpolitik, die sich z. B. auf ein Gewaltmonopol der UN stützen würde, wäre diesem Konzept nur abträglich. Im Gegensatz zum hier präferierten Bilateralismus geht der Aufbau derartiger internationaler oder transnationaler Organisationen im allgemeinen mit einer weiteren Stärkung der schon bisher Stärkeren einher (vgl. Zürn 1992b). Während im bilateralen Verhältnis der einzelnen Staaten der für die Ausstiegsoption zu zahlende Preis oder, wenn man so will, der Grenznutzen der Vereinbarung zählt, wobei ein großes und ökonomisch mächtiges Land durchaus in Abhängigkeit zu einem relativ kleinen Land geraten kann, zählt in den multi- und transnationalen Organisationen mit eigenen Machtbefugnissen der relative Beitrag der einzelnen Regionen oder Staaten zu den gemeinsamen Ressourcen der Organisation.

Auch die Hoffnung, die weltweiten Umweltprobleme durch die Stärkung

trans- und supranationaler Institutionen und Organisationen bewältigen zu können, wird sich als Illusion erweisen. Zwar ist die Verseuchung und Überwärmung des Planeten in der Tat ein globales Problem. Das bedeutet aber keineswegs, daß es nur global gelöst werden kann. Im Gegenteil, das Scheitern der Konferenz von Rio ist ein lehrreiches Beispiel. Die ökonomischen und politischen Führungsmächte delegieren ihre Verantwortung an relativ machtlose internationale Konferenzen und Institutionen, um sich dann zu ihnen und zu den von ihnen gefaßten Beschlüssen zu verhalten wie der egoistische Bourgeois zum bürgerlichen Staat. Zwar ist er überzeugt, daß Militär und Infrastruktur in Stand gehalten werden müssen, dafür zahlen will er aber nicht. Nun hat der bürgerliche Staat durchaus die Möglichkeiten und Machtmittel, den Bürger zu einsichtigerem Verhalten zu zwingen. Dadurch unterscheidet er sich von der Weltumweltkonferenz oder der UNCTAD.

Was auf nationaler Ebene nicht durchgesetzt werden kann, ist im allgemeinen auch über den Umweg internationaler Institutionen nicht zu erreichen.

Anstatt die Verantwortung für die globalen Umweltprobleme über weltweite Konferenzen und Institutionen zu anonymisieren, scheint es sehr viel gewinnversprechender, die Außenwirtschaftsbeziehungen der Führungsmächte durch bilaterale Verträge zu politisieren, so daß die Frage, ob in diesen Verträgen sozialpolitische und ökologische Standards eingeführt werden sollen, zum Thema der gesellschaftlichen Diskussion und Meinungsbildung in diesen Ländern werden kann. Die Frage einer ökologisch verantwortbaren Wirtschaftsweise würde dadurch auf die Ebene zurückverwiesen, auf der sie überhaupt nur als reale Entscheidungsoption existiert. Noch immer bilden die Regierung und Parlamente sowie in der EU der Ministerrat und die Kommission die einzigen Instanzen, die die rechtlichen und faktischen Möglichkeiten besitzen, eine Veränderung der außenwirtschaftlichen Prioritäten durchzusetzen.

Würden trans- oder internationale Institutionen reale Machtbefugnisse bekommen, wäre es schnell mit dem egalitären Grundprinzip „ein Land eine Stimme“ vorbei. Die im Zusammenhang mit dem Management der Weltschuldenkrise durchgesetzte Entmachtung der UNCTAD und die gleichzeitig durchgesetzte Stärkung des IWF sind dafür ein gutes Beispiel (vgl. Pentzlin 1993, Löwe 1993). Ob Weltsicherheitsrat, IWF oder Weltbank, weltweit gibt es keine Institution, die sich reale Machtbefugnisse aneignen konnte und die in ihren inneren Strukturen nicht die Machtverteilung unter den Führungsmächten und innerhalb der Führungsmächte spiegelt. Der Umfang, in dem egalitäre Entscheidungsstrukturen herrschen, steht in direktem Verhältnis zur realen Machtlosigkeit dieser Institution. Die zahllosen Aufrufe zur Stärkung und Demokratisierung der UN werden daran wenig ändern. Was auf nationaler Ebene nicht durchgesetzt werden kann, ist im allgemeinen auch über den Umweg internationaler Institutionen nicht zu erreichen.

Anstatt ihren Namen und ihre Entscheidungsgremien für eine Interventions- und Ordnungspolitik herzugeben, die fast bruchlos den nationalen Interessender USA und ihrer Verbündeter folgt, sollte die UN ihre Rolle vor allem in defensiven und aufklärerisch diskursiven Funktionen sehen. Ihre Aufgabe könnte darin bestehen, die Führungsmächte in der Anwendung ihres militärischen und ökonomischen Erpressungspotentials zu begrenzen, indem sie sich zum Sprachrohr der „Habenichtse“ und der kritischen Öffentlichkeit der entwickelten Ländern macht. Im Namen des Völkerrechts könnte sie gegen allzu forsche Einmischungsversuche der Führungsmächte auftreten und eine Art Vetoinstanz der Mehrheit gegen die Minderheit bilden. Schließlich wäre bei veränderten Machtverhältnissen in den entwickelten Ländern auch eine schrittweise institutionelle Stärkung denkbar, die sich z.B. auf die Gebiete der Rüstungskontrolle oder der Kontrolle des internationalen Kapitalverkehrs beziehen würde.

Ich schlage also vor, an die Stelle eines „idealistischen Globalismus“ (Kremer 1993), der die reale Verantwortlichkeit nur verwischt und anonymisiert, einen Regionalismus ohne Isolationismus zu setzen. Der hier vorgeschlagene Bilateralismus möchte die verschiedenen Staaten und Handelsblöcke wieder in die Lage versetzen, ihre Außenbeziehungen

in einem konsensuellen Verfahren mit allen Beziehungspartnern selbst zu definieren, anstatt sie an die anonymen Mechanismen einer imaginären Weltgesellschaft zu delegieren. Bewußte Selbstbeschränkung und ökologisch verantwortbare Formen des Wirtschaftens können nur aus dem historisch gewachsenen gesellschaftlichen Bezug auf die je besonderen lebensweltlichen und ökonomischen Strukturen der Regionen entstehen. Ein orts- und geschichtsloser Globalismus, wie er zuletzt auf der Konferenz in Rio inszeniert wurde, bewirkt das Gegenteil. Er verbindet sich allzuhäufig mit dem Hintergedanken, die Länder der zweiten und dritten Welt zu ökologischem Verhalten zu zwingen. Dadurch entsteht ein fatales Bündnis zwischen „ökologischer Vernunft“ und neokolonialistischer Aushöhlung nationaler Souveränitätsrechte. Diese Konstellation macht es den nationalen Eliten der zweiten und dritten Welt leicht, mit populistisch-nationalistischen Parolen notwendige sozialökologische Reformen zu verhindern.

Dabei wäre es handelstechnisch ein leichtes, schon heute durch bilaterale Verträge verbindliche ökologische Richtlinien für die Produkte des EU-Außenhandels einzuführen, die z.B. eindeutige Kriterien für die verwendeten Stoffe und Verpackungsmaterialien enthalten. Der EU würde dadurch kein dauerhafter handelspolitischer Schaden entstehen. Es gibt keinen Grund, warum auf weltweite Vereinbarungen im Rahmen des GATT oder der UNCED gewartet werden müßte. Auf der Ebene technologischer Normen, des Gesundheitsschutzes und der Betriebssicherheit existieren solche Kriterien längst. Das Argument, der einheimischen Wirtschaft würden dadurch Konkurrenz Nachteile entstehen, weil sie auf teurere Vorprodukte zurückgreifen müsse, ist nur bedingt richtig. Wenn z.B. für importierte Güter ein Nachweis über ihre ökologisch verträgliche Entsorgung verlangt wird, werden sogar Kosten gespart. Überhaupt ist das Konkurrenz- und Kostenargument nur dann zutreffend, wenn wir stillschweigend davon ausgehen, daß die ökologischen Folgekosten in der betriebswirtschaftlichen Kalkulation nicht auftauchen und weiterhin externalisiert werden. Grundsätzlich besteht unter Volkswirtschaftlern inzwischen weitgehend Einigkeit, daß konsequentere ökologische Regeln einen ganz entscheidenden Konkurrenzvorteil bilden können

(vgl. DIW 1993). Das entscheidende Hindernis für eine strikte ökologische Konditionalisierung des Außenhandels bildet die Durchsetzung vergleichbarer Kriterien auch im eigenen Lande. Sachlich gibt es keinen Grund, auf weltweite Konventionen zu warten.

Es wäre es handelstechnisch ein leichtes, schon heute durch bilaterale Verträge verbindliche ökologische Richtlinien für die Produkte des EU-Außenhandels einzuführen.

Die Parole „Global Denken, regional Handeln“ muß endlich ernst genommen werden. Das gilt auch für die grüne und sozialdemokratische Programmatik, die weiterhin globalistischen Illusionen nachhängt (vgl. Die Grünen im Bundestag 1990, S. 20, Vorstand der SPD 1989 S. 16 u. 36).

- 1) Andererseits sind diese bilateralen Vertragssysteme keineswegs mit dem identisch, was im Rahmen einer bestimmten politologischen Schule als ein trans- oder internationales „Regime“ beschrieben wird (vgl. Kohler-Koch 1989, Zürn 1992a). Im Unterschied zu diesen „Regimen“ geht es hier nicht darum, daß sich bestimmte Verfahren und Praktiken zu einer Art übernationalem Recht verfestigen und institutionalisieren. Im Gegenteil, bei diesen Vertragssystemen handelt es sich um Gebilde, die ganz und gar von der Übereinstimmung und partiellen Interessenkonvergenz der beteiligten Regierungen abhängig sind.
- 2) Herr und Voy kommen im Rahmen einer ausführlichen Analyse der währungspolitischen Nachkriegsgeschichte zu dem Ergebnis, daß eine Rückkehr zu einem weltweit einheitlichem Währungsstandard - gleichgültig, ob in der Form einer dominierenden Leitwährung oder als sog. Multiwährungsstandard - nicht wünschenswert und angesichts der bestehenden Ungleichgewichte zwischen den Zentren der Triade auch nur schwer möglich sei (vgl. Herr 1989 S. 198ff.). Sie schlagen stattdessen eine gezielte „Dissoziation der international integrierten Kapitalmärkte“ vor, die u.a. durch direkte Kapitalverkehrskontrollen, Devisenumsatzsteuern und Zinsausgleichssteuern befördert werden soll (vgl. ebenda, S. 204ff.). Sie entwickeln das Modell eines Währungssystems, das durch politische Regulierung ein „Nebeneinander von Wirtschaftsblocken erlaubt, die intern äußerst unterschiedlich strukturiert sind“ (ebenda S. 207) und den Entwicklungsländern eine eigenständige Perspektive eröffnet, ohne daß sie auf den Kapitalzufluß aus den Kassen der transnationalen Konzerne angewiesen bleiben (vgl. ebenda, S. 210)

- Alvater, Elmar 1993: Die Schuldenkrise zehn Jahre danach. In: Massarrat, Mohssen, et al (Hrsg.) Die dritte Welt und wir. Freiburg
- Altvater, Elmar 1992: Der Preis des Wohlstands. Münster
- Bellers, Jürgen/Demuth, Andreas 1993: Außenwirtschaftspolitik im Vergleich: USA, Mexiko, Großbritannien, Frankreich, VR China, Japan. Münster, Hamburg
- Bondert, Michael/Röttger, Bernd 1993: Triaden-Politik oder gesellschafts- und strukturpolitische Neuordnung Europas? In: spw 1/93, S. 22-27
- Boonekamp, Christian 1987: Freiwillige Exportbeschränkungen. In: Finanzierung und Entwicklung, 12 '87
- Boyer, Robert 1992: Neue Richtungen von Managementpraktiken und Arbeitsorganisation. In: Demirovic, Alex, et al (Hrsg.): Hegemonie und Staat. Münster
- Die Grünen im Bundestag 1990: Auf dem Weg zu einer ökologisch-solidarischen Weltwirtschaft, Konzepte für eine Grüne Außenwirtschaftspolitik. Bonn
- Dittmar, Frieder 1993: Dem Tiger auf der Spur. In: Links, Nr. 282
- DIW 1993: Umweltschutz und Standortqualität in der Bundesrepublik Deutschland, DIW-Wochenbericht 16/93
- Falk, Rainer 1993: Perspektiven einer neuen Nord-Süd-Politik. In: Blätter für deutsche und Internationale Politik, 6 '93, S. 662-673
- Goldberg, Jörg 1992: Springquell des Reichtums oder Sozialfall? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9 '92, S. 1057-1069
- Herr, Hansjörg/Voy, Klaus 1989: Währungskonkurrenz und Deregulierung der Weltwirtschaft. Marburg
- Holloway, John 1993: Reform des Staates: Globales Kapital und nationaler Staat. In: Prokla 90, S. 12-33
- Junger, Uwe 1993: Die Krise als Chance? Zum Stand der Debatte um Weltmarktintegration. In: Links, Nr. 282
- Koch, Eckart 1992: Internationale Wirtschaftsbeziehungen. München
- Kohler-Koch, Beate (Hrsg.) 1991: Regime in den internationalen Beziehungen
- Kremer, Uwe 1993: Staat, Industriepolitik und Wirtschaftskultur in Europa. In: spw 1/93 S. 30-35
- Löwe, Volker 1993: Hat die UNCTAD noch eine Perspektive? In: Massarrat, Mohssen, et al (Hrsg.) Die dritte Welt und wir. Freiburg
- Massarrat, Mohssen 1993: Der Mythos vom Freihandel. In: Massarrat, Mohssen, et al (Hrsg.) Die dritte Welt und wir. Freiburg
- Menzel, Ulrich 1992: Das Ende der dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie. Frankfurt a.M.
- Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz 1992: Was heißt Unterentwicklung? In: ders. (Hrsg.): Handbuch der dritten Welt. Bonn
- Nölling, Wilhelm 1993: Die Finanzwelt vor sich selbst schützen. In: Die Zeit Nr. 45
- Pentzlin, Friederike 1993: Kontrolle transnationaler Konzerne als Testfall... In: Massarrat, Mohssen, et al (Hrsg.) Die dritte Welt und wir. Freiburg
- Piore, Michael/Sabel, Charles 1989: Das Ende der Massenproduktion. Frankfurt a.M.
- Röttger, Bernd 1993: Rezessiver Triade-Kapitalismus und weltgesellschaftliche Entwicklung. In: Links, Nr. 282
- Senghaas Dieter 1992: Weltordnung, aber welche? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9 '92, S. 1069-1077
- Weltbank 1993: Entwicklungsbericht. Washington D.C.
- Wilke, Helmut 1992: Ironie des Staates. Frankfurt a.M.
- Zürn, Michael 1992a: Interessen und Institutionen in der internationalen Politik. Opladen
- Zürn, Michael 1992b: Jenseits der Staatlichkeit. In: Leviathan 4/92, S. 490-513

FEG- Neuerscheinungen

FEG-Studie Nr. 2

Hans-Jürgen Bieling
Nationalstaat und Migration
im »Postfordismus« –
Gewerkschaften vor der
Zerreißprobe

Marburg, September 1993
200 S., UKB DM 25,-

FEG-Arbeitspapier Nr. 10

Frank Deppel/Michael Felder
Zur Post-Maastricht-Krise
der Europäischen Gemein-
schaft (EG)

Marburg, September 1993
92 S., UKB DM 15,-

FEG-Arbeitspapier Nr. 11

Ho-Geun Lee
Krisen und hegemoniale
Projekte – Europa aus
regulationstheoretischer
Perspektive

Erscheint im Oktober 1993

Erhältlich bei:
**Forschungsgruppe
Europäische Gemeinschaft
Institut für Politikwissenschaft
Wilhelm-Röpke-Str. 6
35032 Marburg**

Europäisierung als strategische Aufgabe

von Joachim Schuster*

Die Leitvorstellung eines europäischen Projektes der Linken würde lauten: Europa als Kontinent des 'ökologischen Umbaus' und der 'ausgewählten Wachstumsfelder', als 'Einwanderungskontinent' und als Bündnispartner für den 'Süden', der auch produktive Ressourcen und Spielräume an unterentwickelte Weltregionen abtritt. Diese Perspektive schließt allerdings ein, daß Europa das faktische Bündnis der 'Triadenmächte' (vor allem mit den USA) aufrichtet und neue Allianzen im Verhältnis nördlicher und südlicher Weltregionen ermöglicht (Europa-Kongress-Thesen, in: spw 71, S.18-19). Die Entwicklung eines solchen europäischen Projektes wird zugleich als notwendige Bedingung für die Rekonstruktion der Linken im nationalen wie im europäischen Rahmen angesehen.

Es muß nicht nur zur Lösung der globalen Probleme beitragen, sondern sich gleichfalls in den veränderten internationalen Machtkonstellationen behaupten können und innenpolitisch durchsetzbar sein.

Meine These ist nun, daß ein solches europäisches Projekt der Linken nur konzipierbar und durchsetzbar ist, wenn positiv auf die EU Bezug genommen wird, einschließlich einer grundsätzlichen Bejahung von Maastricht.

Konsequenzen der Transnationalisierung

Wie Ziebura, Bonder und Röttger (vgl. dieselben: Deutschland in einer neuen Weltära) herausarbeiten, hat sich in den vergangenen Jahrzehnten eine Transnationalisierung der kapitalistischen Produktionsweise vollzogen, die sich in Form einer 'Triadisierung', also einer Konzentration der wirtschaftlichen Transaktionen auf die Triaden-Mächte USA, Japan und Westeuropa, materialisiert. Dieser Prozeß verbindet sich mit einer Regionalisierung der Weltwirt-

schaft, verstanden als besonders enge, räumlich begrenzte Verflechtung benachbarter Staaten bei einer gleichzeitigen Herausbildung neuer Regulierungsstrukturen in diesen Verflechtungsräumen. Parallel setzte ein neuer Regulierungsmodus durch, der ein auf Ausgrenzung aufbauendes Wachstumsmodell zum Inhalt hat. Wesentliche politische Bestandteile des neuen Regulierungstyps sind Deregulierung und damit die Stärkung der Marktgesetze sowie eine einseitige Orientierung der Wirtschaftspolitik am Stabilitätsziel. Die auf dieser Basis forcierte EU-Entwicklung weist insgesamt eine „Dialektik von Vereinheitlichung (ökonomischer Vermachtung) und Fraktionierung (gesellschaftlicher Zersetzung und politischer Regression)“ (M. Bonder/B. Röttger, 1993, S.26) auf.

Meine These ist, daß ein europäisches Projekt der Linken nur durchsetzbar ist, wenn positiv auf die EU Bezug genommen wird.

Im Prinzip kommen E. Altwater und B. Mahnkopf zu einem ähnlichen Ergebnis. In ihrer Sichtweise rückt die Internationalisierung der Finanzmärkte ins Zentrum der Betrachtung. So muß heute nach Auffassung der AutorInnen konstatiert werden, daß die Nationalstaaten nicht mehr über die Zinshoheit als wesentlichem Steuerungselement des Keynesianismus verfügen und damit die Wirksamkeit einer nationalen nachfrageorientierten Politik untergraben wird. Eine Folge davon ist der Bedeutungsgewinn der Stabilitätspolitik in allen Nationalstaaten sowie die gegebene Form der Vertiefung der EU-Integration in Westeuropa. In ihrer Lesart entwickelt sich dabei der Widerspruch, daß die EU-Integration unter diesen Umständen zwar eine monetäre Konvergenz erzwingt, gleichzeitig aber reale

Divergenzen nicht einebnet, sondern sogar erfordert (Vgl. E. Altwater/B. Mahnkopf 1993, S.46).

Wird davon ausgegangen, daß der kapitalistische Vergesellschaftungsprozeß inzwischen eine transnationale Dimension erlangt hat, muß eine alternative Politik explizit diese transnationale Dimension berücksichtigen, will sie nicht wirkungslos und illusionär bleiben. Wie Ziebura u.a. richtig hervorheben, nimmt die Internationalisierung die konkrete Form der Regionalisierung an. Daraus folgt auf die hiesige Situation bezogen die Anforderung, 'europäische' Regulierungsleistungen zu gewährleisten. Diese europäische Regulierung stellt quasi die Voraussetzung für das Agieren europäischer Akteure auf globaler Ebene dar. Hier ergibt sich das Problem, daß es keine adäquaten politischen oder gesellschaftlichen Institutionen gibt, die die Regulierungsaufgaben wahrnehmen könnten. Auch die bisher in der EU herausgebildeten Institutionen sind in diesem Zusammenhang unzureichend. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Gemeint sind nicht allein technokratische Verfahrensweisen und Strukturen, sondern - analog zum nationalen politischen System - Institutionen, in denen sich die vielfältigen Interessendifferenzen und -gegensätze der gesellschaftlichen Akteure artikulieren können, und die gleichzeitig diese insofern integrieren, als daß sie in einem mehr oder minder demokratischen Prozeß ein „gemeinsames europäisches Interesse“ herausbilden und anschließend umsetzen.

Die Auseinandersetzungen in Europa um die Art und Weise, wie der Notwendigkeit einer europäischen Regulierung Genüge geleistet werden soll, haben nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes eine neue Brisanz erhalten. Als idealtypische Alternativen stehen sich auf der einen Seite die Perspektive einer in wesentlichen Momenten supranationalen Regulierung, deren Zentrum ohne Zweifel die EU bilden würde, und auf der anderen Seite eine weiter natio-

nal dominierte, streng hierarchisch geordnete europäische Regulierung gegenüber. Letztere liefe auf die Beherrschung Europas durch einen oder einige wenige Staaten hinaus. Während der Systemkonkurrenz besaß die Option der supranationalen Regulierung offensichtlich Priorität.¹⁾ Die Auswirkungen der historischen Zäsur von 1989 erhöhen jedoch die Attraktivität anderer Regulierungsvarianten, mit denen die objektiven Regulierungsanforderungen ebenfalls erfüllt werden könnten.

Diese Auseinandersetzung bildet den Kern der gegenwärtigen Debatte um die weitere Zukunft der EU. Eine weitere Vertiefung der Integration, die realistischerweise nur als Verwirklichung des Maastrichter Vertrages denkbar ist, stünde für eine Priorität der supranationalen Regulierung. Sie hätte einen Qualitätssprung in der westeuropäischen Kooperation und Verflechtung zur Folge. Die Schaffung eines von ökonomischen Grenzen befreiten westeuropäischen Wirtschaftsraumes hätte weitreichende Folgen für die Wirtschaftspolitik. In noch stärkerem Maße als heute würden wirtschaftspolitische Grundorientierungen durch die EU vorgegeben. Gleichzeitig würden allerdings politische Handlungsspielräume - etwa bei der Beeinflussung der internationalen Kapitalströme - zurückgewonnen werden, über die derzeit keiner der westeuropäischen Nationalstaaten allein verfügt.

Sollte Maastricht scheitern, ist eine umfassende Renationalisierung wahrscheinlich die einzige Alternative. Die westeuropäische Integration basiert auf einem komplexen Interessenausgleich zwischen den Mitgliedsstaaten, bei denen jeder Staat auch Nachteile zugunsten höher eingeschätzter Integrationsvorteile in Kauf nimmt. Gleichzeitig bezieht sich diese Kompromißstruktur in den seltensten Fällen nur auf den jeweils erreichten Integrationsstand, sondern beinhaltet zumeist auch „Wechsel“ auf weitere Integrationsstufen. Werden diese nicht eingelöst, besteht die Gefahr einer rückwärts gewandten Kettenreaktion, bei der nach und nach die Integration in ihrer Substanz ausgehöhlt werden würde, auch wenn die EU als Institution formal weiter existierte. Eine europäische Regulierung würde dann durch die stärksten Staaten erfolgen und sich über Marktprozesse vermitteln.

Angesichts der eingangs konstatierten Transnationalisierung kapitalisti-

scher Vergesellschaftung und den leicht ausrechenbaren Gefahren einer umfassenden Renationalisierung, bei der Deutschland ohne Zweifel eine - eventuell europäisch umgrenzte - Großmachtpolitik betreiben würde, gibt es m.E. für die Linke nur die Alternative, sich positiv auf die EU zu beziehen. Ein national dominierter Weg besitzt zwar für die europäische Führungsmacht Deutschland eine gewisse Attraktivität. Die Wohlfahrts- und Machtsteigerungen würden allerdings unter den Bedingungen harter Konkurrenz durchweg auf Kosten der europäischen Nachbarn erzielt werden. Zu glauben, daß in einer solchen Konstellation national linke Alternativen durchsetzbar wären, ist nicht nur wegen der aktuellen Schwäche der Linken äußerst unwahrscheinlich. Gefordert wäre nämlich ein viel radikaleres Brechen mit dem dann bestimmten Entwicklungsweg und den damit verbundenen gesellschaftlichen Interessen. Damit würden aber zwangsläufig erhebliche Widerstände nicht nur des Kapitals, sondern auch breiterer Bevölkerungskreise, die von der regionalen Hegemonialstellung profitierten, mobilisiert. Bleibt zudem die Regulierungsreichweite der politischen Instanzen hinter den objektiven Grenzen des Regulierungssystems und auch dem Regulierungsradius des transnationalen Kapitals zurück, ist die Niederlage linker Politik vorprogrammiert.

Sollte Maastricht scheitern, dann würde eine europäische Regulierung durch die stärksten Staaten erfolgen und sich über Marktprozesse vermitteln.

Vor dem Hintergrund des erreichten Standes westeuropäischer Integration, der durch eine komplexe Verflechtung regionaler, nationaler und europäischer Regulierung bei einer Dominanz der nationalen Ebene gekennzeichnet ist, kann ein linkes europäisches Projekt nur als dialektische Verzahnung der Regulierungsleistungen auf der nationalen und europäischen bzw. auch globalen Ebene angelegt werden, wobei die EU zum zentralen strategischen Bezugspunkt werden muß. Damit wird einer-

seits eine nationale Machtpolitik verneint und eine Selbsteinbindung deutscher Politik präferiert. Andererseits darf daraus aber keine unkritische Übernahme der derzeit in Westeuropa vorherrschenden Politikmuster folgen. Strategisches Ziel bleibt die Durchsetzung einer europäischen Zivilmachtspolitik, verstanden als eine an den ökologischen und sozialen Problemen orientierte, nicht-militärische Machtpolitik, die nicht nur eine Verbesserung der Lebenssituation in Europa, sondern weltweit zum Leitbild hat. Die EU muß zu einem wesentlichen Träger globaler Strukturereformen werden.

Maastricht als Handlungsrahmen

Ein oft zu hörender Einwand gegen eine solche Orientierung besteht darin, daß gerade mit Maastricht im Kern ein Festungsprojekt vertraglich fixiert worden sei, welches Ausgrenzung und die Vertiefung sozialer und regionaler Disparitäten nach innen und außen festschreibe. Maastricht könne somit nicht zu einem Ausgangspunkt eines fortschrittlichen Projektes werden. Wenn schon eine supranationale Option gewollt werde, müßten andere Formen europäischer Integration gesucht werden. Abgesehen davon, daß meines Erachtens die Erfolgsperspektiven einer anderen „Integrationsvariante“ angesichts der oben skizzierten Lage gegen Null tendieren, entspricht die Behauptung, mit Maastricht sei ein europäisches Herrschaftsprojekt mit relativ klar konturierten Linien verabschiedet worden, nicht der Realität. Vielmehr ist der Vertrag ein in weiten Bereichen mehr oder minder schlecht und unter großem Zeitdruck ausgehandelter Kompromiß, der je nach sich durchsetzender Interpretation unterschiedliche Entwicklungsvarianten zuläßt. Das Abkommen kann eher als Rahmen charakterisiert werden, der erst durch zukünftige Politik ausgefüllt werden muß. Dies soll an vier wesentlichen Vertragspassagen kurz erläutert werden:

1. Schon die erste weit verbreitete Fehlinterpretation des Vertrages ist, daß die Einführung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) spätestens für das Jahr 1999 vorgesehen sei. Wörtlich sagt der Vertrag: „Ist bis Ende 1997 der Zeitpunkt für die dritte Stufe nicht festgelegt worden, so beginnt die dritte Stufe am 1. Januar 1999“ (EU-Vertrag Art. 109j).

2. Die Stabilitätsorientierung der EWWU nach bundesdeutschem Muster ist in Maastricht keineswegs zwingend vorgeschrieben worden. Die Konvergenzkriterien sind nicht die Zugangsvoraussetzung zur EWWU. Der Rat wird 1996 lediglich auf Grundlage der Berichte über die Einhaltung der Konvergenzkriterien entscheiden, wie weiter verfahren wird (vgl. EU-Vertrag, Artikel 109j).

3. Der Vertrag läßt durch die Aufnahme des Artikels 130 zur Industriepolitik explizit offen, ob es zu einem ordnungspolitischen Kurswechsel in der EU kommen wird. Die Formulierung bietet sowohl die Möglichkeit, eine umfassende Industriepolitik zu betreiben, als auch sie zu vereiteln.

4. Nach wie vor besteht ein vielbeschworenes Demokratiedefizit. Die entsprechenden Passagen im Vertrag bringen nur minimale Verbesserungen. Allerdings ist schon in Maastricht für 1996 die Einberufung einer Regierungskonferenz zur erneuten Reform der EU-Verträge vorgesehen, die sich gerade auch mit der institutionellen Struktur der EU befassen soll. Und vor 1997 ändert sich durch Maastricht substantiell ohnehin sehr wenig.

Gesamteuropäische Integration darf nicht mit der schnellen Aufnahme der osteuropäischen Staaten in die EU gleichgesetzt werden.

Bezieht man die bis hierhin entwickelte Argumentation auf die derzeitige Situation der EU, erscheinen auch die offensichtlichen Krisenmomente in einem anderen Licht. Selbst die faktische Suspendierung des Europäischen Währungssystems ist kein Ausdruck einer objektiven Unmöglichkeit von Integration. In erster Linie waren nicht ökonomische Gründe für den Zusammenbruch verantwortlich, sondern die Aussetzung der politischen Voraussetzungen für das Funktionieren des Systems, insbesondere die Bereitschaft zur relativ solidarischen Verteilung der Kosten der Wechselkursstabilisierung (vgl. W. Polster/K. Voy: Achsenbruch?, in: Blätter f. deut. u. intern. Politik 10/93). Hierin spiegeln sich übrigens auch die zunehmenden Differenzen zwischen den Mitgliedsstaaten

infolge des Zusammenbruchs des „realen Sozialismus“. Von einer gemeinschaftlichen Haltung gegenüber Osteuropa sind die Regierungen weit entfernt. Vielmehr reagierten die Staaten je nach kurzfristiger Betroffenheit äußerst unterschiedlich, wobei Deutschland aus vielfältigen Gründen, die nur zum Teil als machtpolitisch-egoistisch bezeichnet werden können, eine hervorgehobene Rolle einnimmt. Gleichzeitig nutzt die BRD ihre ökonomische Vormachtstellung rigoros aus, um die deutsche Einheit über eine Verschuldung auf den internationalen Kapitalmärkten und damit auch zu Lasten der westeuropäischen Nachbarn zu finanzieren.

Konturen eines europäischen Fortschrittsprojektes

Somit erscheint eine grundlegende Kurskorrektur trotz Maastricht grundsätzlich möglich, zumal ein bloßes „Weiter so“ eine Zuspitzung von Integrationskrisen heraufbeschwört. Dies impliziert, daß Richtungsentscheidungen über die weitere Zukunft der EU ohnehin auf die politische Tagesordnung gesetzt sind. Die Zukunftsfähigkeit eines alternativen europäischen Fortschrittsprojektes erweist sich vor diesem Hintergrund an drei Problemkomplexen:

1. Entscheidend wird die Fähigkeit zur gesamteuropäischen Integration sein, die aber nicht mit der schnellen Aufnahme der osteuropäischen Staaten in die EU oder in andere westliche Bündnissysteme wie die NATO gleichgesetzt werden darf. Die osteuropäischen Staaten sind auf absehbare Zeit weder ökonomisch noch politisch in der Lage, die Anforderungen einer EU-Mitgliedschaft zu erfüllen. Gleichzeitig wäre umgekehrt die institutionelle Struktur der Gemeinschaft mit den Problemen einer übereilten Osterweiterung hoffnungslos überfordert. Viel wichtiger als eine formale Aufnahme ist allerdings die gewährte materielle und politische Unterstützung. Das anzustrebende „gemeinsame europäische Haus“ wird nicht durch die Ausdehnung eines Integrationsmodells auf alle Staaten konstruiert werden können, sondern erfordert in ihrer Verbindlichkeit und Reichweite abgestufte Formen der Zusammenarbeit und Hilfe.

Die mit den meisten ehemaligen RGW-Staaten inzwischen abgeschlosse-

nen sogenannten Europa-Abkommen weisen durchaus in die richtige Richtung. Sie verbinden materielle Unterstützung und Maßnahmen zur Markttöffnung mit Vereinbarungen zur politischen Kooperation. Zu kritisieren bleibt, daß die Vereinbarungen angesichts der zu bewältigenden Probleme zu zaghaft und gering dimensioniert sind. Ungelöst ist zudem, wie die osteuropäischen Staaten wirklich gleichberechtigt in die Konzeptionierung, Durchführung und Kontrolle der Unterstützungsmaßnahmen einbezogen werden können. Ob hierzu der Aufbau einer neuen Koordinierungsinstitution erforderlich ist, oder ob diese Aufgaben im Rahmen bestehender Institutionen, etwa der KSZE, wahrgenommen werden können, bleibt einer weiteren Prüfung überlassen. Parallel zu der wirtschaftlichen Hilfe ist der Aufbau eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa erforderlich, welches eben nicht auf militärischen Drohgebärden, sondern auf einer beiderseitig vorteilhaften Zusammenarbeit beruht. Die mit Maastricht mögliche, aber nicht zwangsläufige, Militarisierung der EU muß daher ebenso wie eine Osterweiterung der NATO verhindert werden. Alternativ wäre der schrittweise Ausbau der Konfliktverarbeitungs-kapazitäten der KSZE zu forcieren.

2. Die anvisierte gesamteuropäische Integration muß durch eine innere Neuordnung der EU untermauert werden. Im Mittelpunkt stehen dabei zwei Aufgaben: Einerseits gilt es, einen ordnungspolitischen Richtungswechsel zu vollziehen, indem die einseitige Ausrichtung an der weltmarktorientierten Modernisierung ersetzt wird durch das Leitbild der Vollbeschäftigung und des ökologischen Umbaus. Ansatzpunkte bieten die Diskussionen um eine neue Industriepolitik ebenso wie die beharrlichen Bestrebungen von Kommissionspräsident Delors zur Etablierung einer aktiven Beschäftigungspolitik. Andererseits steht und fällt eine mögliche ordnungspolitische Umorientierung der EU mit der Beseitigung des Demokratiedefizits und der institutionellen Erneuerung der Gemeinschaft. Die bisherigen Strukturen müssen zu einem föderalen System weiterentwickelt werden. Durchaus im Sinne des Subsidiaritätsprinzips ist dabei zu klären, welche Aufgaben mit welchem Inhalt und mit welchen Mitteln auf welcher Ebene bearbeitet werden sollen. Entgegen populärer Auffassungen bedeutet dies angesichts der heutigen Integrations-

realität in den meisten Fällen die Stärkung der EU-Ebene. Damit muß die Neuordnung des Entscheidungssystems in Richtung auf ein Zwei-Kammer-System der EU einhergehen. Die gesetzgebenden Funktionen müssen gleichberechtigt vom Europäischen Parlament und vom Ministerrat wahrgenommen werden. Eine bessere demokratische Kontrolle des Ministerrates durch die Stärkung der Mitwirkungsbefugnisse der nationalen Parlamente ist dabei unerlässlich.

3. Schließlich ist die Nord-Süd-Politik der Gemeinschaft umzugestalten. Dies beinhaltet das Eintreten für eine Demokratisierung der Völkergemeinschaft ebenso wie die schrittweise Durchsetzung einer neuen Weltwirtschaftsordnung. „Der Trend zur Regionalisierung der Weltwirtschaft darf (dabei) nicht bekämpft werden, sondern muß im Interesse des Südens und Ostens konstruktiv zur Gestaltung einer neuen, regional fundierten Welthandelsstruktur geordnet werden“ (I. Hauchler 1993). Eine Rückbesinnung auf die anfängliche Konzeption der Lomé-Abkommen der EU könnte wertvolle Hinweise und Erfahrungen für eine derartige Neukonzipierung der Außenwirtschaftspolitik bieten. Darüber hinaus wäre insbesondere eine Neuordnung des monetären Weltmarktes in Kooperation mit den beiden anderen Triadenmächten anzustreben. Notwendig wäre sowohl die Etablierung eines neuen Weltwährungssystems als auch vor allem eine Lösung der Verschuldungsproblematik und damit eine grundlegende Reform des IWF.

Gesellschaftliche Kräfte

Abschließend fragt sich nun, welche gesellschaftlichen und politischen Kräfte die Träger eines solchen Projektes werden könnten. Hier ist zunächst zu konstatieren, daß es einen relativ homogenen Träger fortschrittlicher Politik ähnlich wie im nationalen Rahmen auch auf der Ebene der EU zukünftig nicht mehr geben wird. Die Formulierung eines europäischen Projektes erfordert die Bündelung unterschiedlicher, partiell sogar weit auseinanderlaufender Interessen. Dabei wird es in dem auch in Europa anzustrebenden Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur darauf ankommen, daß jede Gruppe die Bereitschaft mitbringt, gegebenenfalls kurzfristige Eigeninter-

essen zugunsten eines übergeordneten Zieles zurückzustellen. Die Schwierigkeiten, diese Solidarität herzustellen, dürften aber innerhalb der EU sehr viel größer sein als im nationalen Rahmen, da allein schon aufgrund der anderen Sprach- und Kulturräume die Unkenntnis über die Lebenssituation des jeweils anderen weitaus größer ist.

Hinzu kommt das Problem, daß die bewußteren, organisierten Teile der Linken in Westeuropa fraktioniert, zumeist national borniert und in allen Staaten relativ schwach sind. Gerade nach 1989 sind aber überall Neuformierungsprozesse in Gang, wie sie z. B. U. Kremer für die europäische Sozialdemokratie versucht hat, zu skizzieren (vgl. U. Kremer, 1993). In Kremers Ausführungen wird auch deutlich, daß dieser Prozeß nicht nur destruktiv verläuft, sondern sich gleichzeitig Ansatzpunkte für die Formierung einer linken Alternative bilden.

Ein europäischer Fortschrittsblock muß durch die Suche nach weltweiten Bündnispartnern ergänzt werden.

Da angesichts der aufgezeigten Anforderungen der Rückzug auf die Nationalstaatlichkeit für die Linke keine Alternative sein kann, führt an zwei Aufgaben kein Weg vorbei. Einerseits geht es darum, in konkreten, inhaltlich ausgewiesenen Projekten und neuen Formen sozialer Bewegungen, internationale Netzwerke aufzubauen. An dieser Stelle sei nur auf Initiativen wie SOS-Rassismus zur Bekämpfung des Rechtsextremismus verwiesen. Andererseits ist eine gezielte Europäisierung der fortschrittlichen Parteien und der Gewerkschaften voranzutreiben. Hier sind noch große Lernprozesse erforderlich. Erste Schritte bestünden darin, die Gegebenheiten in den jeweils anderen Mitgliedstaaten zu realisieren und die Auswirkungen eigener Programmatik auf die anderen Mitgliedstaaten ins Kalkül zu ziehen. Parallel dazu müßte eine gemeinsame europäische Programmatik entwickelt werden, die von den nationalen Einheiten auszufüllen wäre.

Die Herausbildung eines derartigen europäischen Fortschrittsblocks muß durch die Suche nach weltweiten Bündnispartnern ergänzt werden, nicht zuletzt um ein solches europäisches Umbaupro-

jekt global abzusichern. Das anvisierte Projekt verändert selbstverständlich die Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft und -politik und wird dementsprechend Gegenkräfte in anderen Staaten hervorrufen. In diesem Kontext konkretisiert sich die eingangs aufgestellte These von dem Bruch mit der Triade. Dabei geht es nicht um eine Abschottung vor und Abwendung von Japan oder den USA, sondern um einen Bruch mit der Entwicklungslogik der Triade und mit den diese Logik tragenden Kräften und Regierungen. Bei entsprechenden innenpolitischen Veränderungen in Japan und den USA wäre durchaus ein weitgehend synchron verlaufender Paradigmenwechsel, etwa im Bereich der Industriepolitik oder bei der Frage der Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen, möglich. Gleichzeitig müßten aber Bündnisse mit fortschrittlichen gesellschaftlichen Kräften und Organisationen, gerade im Kontext einer veränderten Nord-Süd-Politik, eingegangen werden.

Die Europäisierung erweist sich zusammenfassend als die zentrale strategische Aufgabe der Linken in der nahen Zukunft. Europäisierung bedeutet dabei nicht einen einfachen Wechsel des Terrains gesellschaftlicher Auseinandersetzung, sondern die Ergänzung des eigenen Betätigungsfeldes um eine europäische Dimension sowie den Wechsel des Bezugspunktes linker Programmatik. Die Erfolgsperspektiven eines europäischen Fortschrittsprojektes werden noch über lange Zeit davon abhängen, inwieweit es der Linken in jedem einzelnen Staat gelingt, die nationalen Kräfteverhältnisse nach links zu verschieben. Aber umgekehrt werden nationale Erfolge zunehmend von europäischen Regulierungsleistungen abhängen.

1) Dies bedeutet weder, daß die Integration jemals widerspruchsfrei und konfliktfrei verlief, noch daß selbst in Kernbereichen der EG nicht intergouvernementale Elemente einen starken, zum Teil sogar dominanten Einfluß hatten.

Literatur

- E. Altwater/B. Mahnkopf: Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung. Münster, 1993
 M. Bonder/B. Röttger: Triadenpolitik oder gesellschafts- und strukturpolitische Neuordnung Europas, in: spw 69, 1993
 M. Bonder/B. Röttger/G. Ziebur: Deutschland in einer neuen Weltära, Opladen, 1992
 EU-Vertrag, nach: Thomas Läufer (Bearbeiter): Europa wird eins, Neufassung der europäischen Vertragstexte, Bonn, 1992
 I. Hauchler: Was Entwicklung ist, müssen die Menschen selbst bestimmen, in: Frankfurter Rundschau vom 26.4.1993
 U. Kremer: Sozialdemokratie weltweit in der Krise, in: Blätter f. deut. u. intern. Politik 9/93

Rechtsextremismus als Jugendrevolte gegen den Sozialliberalismus?

Wie die Neokonservativen rassistische Gewalt erklären und für sich nutzen

von Christoph Butterwegge*

Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus gibt es nicht nur in Deutschland. Wie man mit diesem Problem umgeht, ist jedoch „typisch deutsch“. Das gilt für die gegenwärtige Art und Weise seiner Thematisierung genauso wie für seine jahrzehntelange Tabuisierung: War die weitgehende Leugnung des Rechtsextremismus in der alten Bundesrepublik bis 1989/90 dem - totalitarismustheoretisch begründeten - Antikommunismus als Staatsdoktrin geschuldet und in der DDR dem Antifaschismus als Legitimationsideologie des deutschen „Arbeiter- und Bauernstaates“, so ist heute der Versuch, linke Reformkräfte als Verursacher des Neonazismus zu denunzieren, wesentlich von dem Ziel bestimmt, einen neuen politisch-ideologischen Grundkonsens für das vereinte Deutschland zu finden. Dazu gehört ein Erklärungsmodell für Rechtsextremismus und (Jugend-) Gewalt, das die Herrschenden sowie die herrschenden Verhältnisse von jeder Schuld freispricht.

Die politische Kultur der Bundesrepublik verschiebt sich seit der Wiedervereinigung spürbar nach rechts¹. Dies nicht etwa, weil Neonazis durch ihre feigen Überfälle auf Ausländer (unterkünft) Oberwasser bekämen, sondern weil Deutschlands wirtschaftliche, wissenschaftliche und politische Eliten eine Klimaveränderung für erforderlich halten, um ihr strategisches Konzept zu realisieren, das sich auf die Formel „Mehr Einfluß nach außen, mehr Leistung im Landesinnern“ bringen läßt. Im folgenden soll gezeigt werden, wie sich die Fehldeutung des Rechtsextremismus als Jugendrevolte gegen den Sozialliberalismus in diese Strategie einfügt.

* Dr. Christoph Butterwegge M.A., geb. 1951; Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Bremen und Lehrbeauftragter an der Universität/GH Duisburg sowie den Fachhochschulen Fulda und Hamburg

Alte Nazis oder neue APO?

Wenn es um die Beurteilung des Rechtsextremismus geht, gibt es keine „Gemeinsamkeit der Demokraten“, so oft diese auch beschworen wird. Vielmehr ist die Einschätzung von Standort und Einstellung des jeweiligen Betrachters abhängig. Die Charakterisierungen des modernen Rechtsextremismus/Rassismus reichen von dem Verdikt, es handle sich um „alte Nazis“, bis zu deren Kennzeichnung als „neue APO“. In den letzten Monaten wird die sog. Neue Rechte jedoch von Politikern und Publizisten sämtlicher Couleur, auch von solchen, die man der Linken zurechnet, als „APO der 90er Jahre“, rechtsextreme Gewalt als „jugendliches Protestverhalten“ apostrophiert. Den Anfang machte Michael Rutschky in einem „taz“-Artikel, der Hooligans, Skinheads und Faschos Ostdeutschlands als Vorboten und mögliche Träger einer antiautoritären Jugendrevolte betrachtete, vergleichbar mit den Ereignissen des Jahres 1968 in Westdeutschland.² Obwohl Stefan Pannen sofort darauf hinwies, daß den gewalttätigen Ausschreitungen die Züge einer Revolte (gegen Obrigkeit und Staat) fehlten³, zogen anerkannte Rechtsextremismus-Forscher wie etwa Wolfgang Brück, Thomas von Freyberg, Hans-Gerd Jäschke und Claus Leggewie nach.⁴

Die Skinhead-Szene wird unter Vernachlässigung bzw. Verwischung wesentlicher Unterschiede leichtfertig mit linksoppositionellen Jugendkulturen der 60er Jahre gleichgesetzt. Jede Provokation, die an NS-Agitation erinnert und dem Zweck dient, eine konsequentere Abwehrreaktion und Repression des Staates gegenüber Asylsuchenden und anderen „Randgruppen“ zu erzwingen, wird mit Protest verwechselt. Hier handelt es sich jedoch nicht um die Negation, sondern um die Verwirklichung zentraler Botschaften der Leistungsgesellschaft⁵, wofür zwei Indizien spre-

chen: Die Brutalität rechtsextremer Schlägerbanden bzw. Subkulturen und neonazistischer Organisationen richtet sich nicht zufällig gegen Gruppen, die auch von der Gesamtgesellschaft ausgegrenzt werden (Asylsuchende, Behinderte, Haftentlassene, Obdachlose, Homosexuelle, Drogenabhängige und Prostituierte). Sie wuchs außerdem in demselben Maße, wie das Gewaltpotential in fast allen Lebensbereichen zunahm - von der Ellenbogenmentalität im Berufsleben über die Risikobereitschaft bzw. Rücksichtslosigkeit im Straßenverkehr bis zu den Blutorgien im Fernsehen.

Die Brutalität rechtsextremer Schlägerbanden und Organisationen richtet sich nicht zufällig gegen Gruppen, die auch von der Gesamtgesellschaft ausgegrenzt werden.

Rechtsextreme Ideologien und Organisationen haben nur Erfolg, wenn sie die besonders in gesellschaftlichen Krisen- und Umbruchsituationen spürbare Unzufriedenheit der Unter- bzw. der vom sozialen Abstieg bedrohten Mittelschichten aufgreifen, sind daher ohne rebellische Basisimpulse überhaupt nicht denkbar. Dumpfe Enttäuschung über die etablierten Parteien und den Parlamentarismus aufzugreifen ist ein Merkmal jedes Populismus, darf aber nicht mit Systemkritik und Protest verwechselt werden. Der moderne Rechtsextremismus gibt also nur das Zerrbild einer jugendlichen Protestbewegung ab, weil seine Aktionen nicht „die da oben“, sondern „die da unten“ treffen und Gewalt gegen ethnische, soziale und sexuelle Minderheiten noch kein politisches Programm ist.⁶

Rechte Gewalt ist kein Jugendprotest

Zwischen Gewalt und Gewalt gibt es gewaltige Unterschiede: Wenn heute Molotowcocktails gegen Flüchtlingswohnheime fliegen, so ist dies mit der Tatsache, daß nach dem Anschlag auf Rudi Dutschke im Frühjahr 1968 mehrere Molotowcocktails gegen das Springer-Hochhaus geschleudert wurden, nur schwer zu vergleichen, mit Sicherheit aber nicht gleichzusetzen. Während damals mit dem BILD-Verlag ein Symbol der (politisch-ökonomischen und Medien-)Macht das Ziel war, sind jetzt völlig Wehrlose die Opfer. Ähnliche Erscheinungs- bzw. Aktionsformen dürfen nicht über die gegensätzlichen Zielsetzungen und Grundwerte solcher Bewegungen hinwegtäuschen. Skinheads und Hooligans haben mit den Hippies und SDS-Anhängern wenig mehr als das jugendliche Alter gemein.

Beim Rechtsextremismus der Gegenwart handelt es sich eben nicht um eine „Jugendrevolte von rechts“, sondern - im Unterschied zur APO-Generation - versucht er mit brutaler Gewalt nur das zu realisieren, was die „schweigende Mehrheit“ im Land angeblich denkt und die etablierten Parteien bloß nicht offen auszusprechen wagen: „In gewissem Sinne handeln 'Rassisten' eher in Einklang mit den herrschenden Verhältnissen denn in Opposition zu diesen; sie unterscheiden sich von der herrschenden Politik vor allem dadurch, daß sie rücksichtsloser durchsetzen, was jene nahelegt: die Reduzierung der Zahl der Fremden in unserem Lande zur Sicherung des eigenen Wohls.“⁷

Woher rührt der (schein)wissenschaftlich untermauerte Irrglaube, die extreme Rechte sei Nachfolgerin der Studentenbewegung - unter verkehrten Vorzeichen? Nach Bildung der sozialliberalen Koalition 1969 zerfiel nicht nur die APO, sondern auch die deutsche Rechte orientierte sich nach Scheitern der NPD bei dieser Bundestagswahl um. Die sog. Neue Rechte behielt zwar Grundüberzeugungen der alten Rechten bei, übernahm jedoch von der Neuen Linken bestimmte Elemente ihrer Ideologie und Strategie, wie etwa Antonio Gramscis Hegemonietheorie.⁸ Indem die „Neue Rechte“ beides miteinander verband, entstand der irreführende Eindruck einer vollständigen Revision und Reorganisation.

Durch den Zusammenbruch des Realsozialismus in Osteuropa und das Desaster der Kommunisten errang die extreme Rechte praktisch ohne eigenes Zutun eine Monopolstellung als Fundamentalopposition, die sich vornehmlich im Kampf gegen ein „Europa der Konzerne“ bzw. den Sozialabbau, früher eine Domäne der (marxistischen-leninistischen) Linken, weiter profilieren wird.

Zwischen Gewalt und Gewalt gibt es gewaltige Unterschiede.

Die Konsequenz der Theorie von einer neuen Protestgeneration, die sich mangels überzeugender Alternativen nach rechts wendet, zieht keiner ihrer Vertreter, sowenig wie man aus der Erklärung von Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien mit einem verbreiteten Unwillen im Volk („Protestwähler“) zu Schlußfolgerungen für die eigene Politik gelangt. Abzuleiten wäre daraus nämlich die Notwendigkeit einer Radikalisierung der (sozial)demokratischen Opposition und der Gewerkschaften, die Unzufriedenen eine Protestplattform und organisatorische Basis zur Abwehr der „Sparpolitik“ bieten müßten, statt einen „Solidar-“ oder einen „nationalen Beschäftigungspakt“ abzuschließen und mit einer Großen Koalition zu liebäugeln.

Die „gealterte“ Linke als Geburtshelferin der sog. Neuen Rechten?

Für die Wahlerfolge und Gewalttaten des Rechtsextremismus wird in Deutschland nicht zum ersten Mal die Linke verantwortlich gemacht: Waren es in Weimar die Sozialdemokraten (Aufkündigung der Großen Koalition im Frühjahr 1930) und/oder die Kommunisten (angebliche Zusammenarbeit mit der NSDAP), denen man die Schuld für Hitlers „Machtergreifung“ am 30. Januar 1933 gab, so ist es nach dem Zweiten Weltkrieg die Außerparlamentarische Opposition (APO), mit der man zunächst den RAF-Terrorismus⁹, nun aber auch den modernen Rechtsextremismus zu erklären sucht.

Der Konservatismus behauptet, die Linke habe das Wertfundament der parlamentarischen Demokratie systema-

tisch untergraben und mittels ihrer Laisser-faire-Haltung junge „Mini-Rambos“ bzw. „Monster-Kids“ herangezüchtet. Durch ihre „Konfliktpädagogik“ habe die Lehrer- und Lehrergeneration der „68er“, so heißt es, der Aggression von Schülerinnen und Schülern Tür und Tor geöffnet. Nach den Morden von Mölln stellte Bundeskanzler Helmut Kohl die seitdem gebetsmühlenartig wiederholte Frage, „ob nicht viele der sogenannten Reformversuche im Bildungswesen an Stelle des erhofften Ziels vielfach das Gegenteil erreicht haben. Statt des 'herrschaftsfreien Diskurses' erleben wir jetzt immer mehr gewalttätige Auseinandersetzungen.“¹⁰

Auch der sozialdemokratische Altkanzler Helmut Schmidt sieht einen Hauptgrund für die Gewalt in der „Entwicklung an unseren Schulen und Hochschulen während des vergangenen Vierteljahrhunderts. Das Ideal der 'antiautoritären Erziehung' hat nicht nur Reste von Kadavergehorsam beseitigt, die Emanzipationspädagogik hat zugleich auch die Tugenden des Kompromisses und der Solidarität in Frage gestellt. Sie hat unversehens individuelles Wohlleben, Rücksichtslosigkeit und Egoismus auf den Thron gesetzt. Die Folgen zeigen sich nun: vom rücksichtslosen Spekulantentum in Banken, Unternehmen - Gemeinwirtschaft und Gewerkschaften eingeschlossen - bis hin zur Gewalt im Fernsehen, in der Schule und bis zur Gewalttat solcher, die nie lernen konnten, sich einzufügen, weil sie keine Chance hatten, echte Gemeinschaft zu erleben.“¹¹

Die rechtsextremen Gewalttäter werden zu Opfern gesellschaftlicher Modernisierungs- und Individualisierungsprozesse erklärt, liberale Pädagogen zu Prügelknaben und fortschrittliche Sozialarbeiter zu Sündenböcken gemacht. Ausgerechnet linke Lehrer, die sich um mehr Verständnis, Friedfertigkeit und Aufklärung bemühen, sollen die Verursacher des rechten Terrors sein! Was man der Reformpädagogik in die Schuhe schieben kann, muß die Regierungspolitik nicht mehr verantworten.

Man setzt wieder auf die „alten Werte“, etwa Gehorsam, Disziplin, Pünktlichkeit, Fleiß und Ordnung. Der Neokonservatismus begnügt sich jedoch nicht mit einer Restauration im Bildungswesen. Zwar werden seine Repräsentanten nicht müde, eine Rückbesinnung der (Sozial-)Pädagogik auf „preußische Tugen-

den“ und protestantische Ethik zu fordern. Aber es geht um weit mehr als um den richtigen Erziehungsstil: Die Debatte über den Rechtsextremismus/Rassismus ist Bestandteil einer Grundsatzdiskussion über die Staats- und Gesellschaftsentwicklung. Denn die deutsche Politik befindet sich nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes (in seiner alten Form) an einem Scheideweg: Soll sie die radikaldemokratische Konzeption einer „offenen“ bzw. „zivilen Republik“ zur Richtschnur ihres Handelns machen und die Europäische Union zur „multikulturellen Gesellschaft“ statt zu einer „Wohlstandsfestung“ fortentwickeln¹², oder stellt sich das vereinte Deutschland in die Tradition eines Nationalstaates, der auf völkischen Mythen, preußischer Disziplin und konservativen Wertvorstellungen basierte?

Die Verantwortung der „gemäßigten Rechten“

In dieser prekären Situation schlägt der Neokonservatismus durch die Umdeutung des Rechtsextremismus zur „Jugendrevolte gegen die sozialliberale Hegemonie“ zwei Fliegen mit einer Klapp: Niemand bringt den gefährlichen Höhenflug der *extremen* Rechten mehr damit in Verbindung, daß die *gemäßigte* Rechte seit 1982 regiert und zehn Jahre lang ein Klima sozialer Kälte produziert; gleichzeitig wird ihr politischer Hauptgegner, die demokratische Linke, geschwächt. Wer den rechten Mob hervorgebracht hat, hat sich nämlich selbst diskreditiert und scheidet als zukunfts-gestaltende Kraft aus. So könnte der Liberal-konservatismus die meist unter dem Stichwort „Standortsicherung“ betriebene Politik der Entsolidarisierung, Formierung und Entdemokratisierung nach innen (Sozialabbau, flankiert von Grundrechtseinschränkungen) ebenso ungehindert fortsetzen wie die ihre Großmachtambitionen hinter dem Schlagwort von einer gewachsenen Verantwortung der Bundesrepublik verborgende Militarisierung der Außenpolitik.

Wenn die „Alt-68er“ Mitverantwortung für die Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik tragen, dann höchstens deshalb, weil sie beim „Marsch durch die Institutionen“ mehr verändert wurden, als daß sie diese verändert haben, also wegen ihrer Schwäche und mangelnden Konsequenz, Gesellschaftsveränderungen auch gegen mächtige In-

teressengruppen durchzusetzen, nicht aber wegen ihrer Forderungen und Reformideen selbst. Nicht Willy Brandts Antrittsversprechen, „mehr Demokratie wagen“ zu wollen, sondern die Tatsache, daß seit dem 28. Januar 1972, als der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten den sog. Radikalerlaß beschlossen, immer weniger Demokratie gewagt wurde, hat - zusammen mit der Individualisierung, sozialen Polarisierung und Ausgrenzung (Stichwort: „Zweidrittelgesellschaft“) - die Rechtsentwicklung begünstigt.

Die Renaissance des Elitedenkens, der Leistungsideologie und des Nationalen war nicht das Werk Linksin-tellektueller, sondern Bestandteil des „Wende“-Programms.

„1968“ prägte die politische Kultur der BRD in den 70er Jahren zwar mit, Aufbruchstimmung und Protest liefen aber schon Mitte des Jahrzehnts leer. Die Regierungswechsel Brandt/Schmidt 1974 und Schmidt/Kohl 1982 waren - unterschiedlich tiefe - Zäsuren. 1986 versuchten die Rechtskonservativen im sog. Historikerstreit, durch die Relativierung des Holocaust und Rehabilitierung der NS-Täter auch „1968“ mit auszulöschen. Die Skinheads von heute sind in den 80er Jahren aufgewachsen, so daß sie die „geistig-moralische Erneuerung“ der liberal-konservativen Koalition erheblich stärker beeinflusst haben dürfte als die „Kulturrevolution“ der APO-Generation.

Die Renaissance des Elitedenkens, der Leistungsideologie und des Nationalen war nicht das Werk oppositioneller oder opportunistischer Linksin-tellektueller, sondern Bestandteil des „Wende“-Programms der CDU/CSU/FDP-Regierung, die durch Privatisierung, Deregulierung und forcierte Rationalisierung auch den materiellen Nährboden für die Rechtsentwicklung bereitete. Ruhe und Ordnung, Manneszucht und (soldatische) Disziplin, Treue, Pflichterfüllung, Gehorsam und Opferbereitschaft sind „typisch deutsche“ Sekundärtugenden, die ideale

Anknüpfungspunkte für Rechtsextremisten und Neofaschisten bieten. Dagegen bilden Toleranz, kritisches Bürgerengagement und Basisinitiativen eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung für die schrittweise Zurückdrängung des Rassismus.

- ¹ Vgl. dazu: Matthias von Hellfeld, Die Nation erwacht. Zur Trendwende der deutschen politischen Kultur, Köln 1993; Jürgen Trittin, Gefahr aus der Mitte. Die Republik rutscht nach rechts, Göttingen 1993
- ² Vgl. Michael Rutschky, Antiautoritäre Revolte von rechts? - Nachrichten aus dem Beitrittsgebiet, in: taz v. 8.7.1991
- ³ Vgl. Stefan Pannen, Die Revolte kommt nicht von rechts. Eine Antwort auf Michael Rutschky, in: taz v. 16.7.1991
- ⁴ Vgl. Wolfgang Brück, Rechtsextremismus und Jugendliche. Eine Problemskizze aus ostdeutscher Sicht, in: Klaus-Henning Rosen (Hrsg.), Die zweite Vertreibung. Fremde in Deutschland, Bonn 1992, S. 76 ff.; Thomas von Freyberg, Anmerkungen zur aktuellen Welle von Fremdenhaß, in: Institut für Sozialforschung (Hrsg.), Aspekte der Fremdenfeindlichkeit. Beiträge zur aktuellen Diskussion, Frankfurt am Main/New York 1992, S. 71 ff.; Hans-Gerd Jaschke, Formiert sich eine neue soziale Bewegung von rechts? - Folgen der Ethnisierung sozialer Konflikte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/1992, S. 1437 ff.; Claus Leggewie, Druck von rechts. Wohin treibt die Bundesrepublik?, München 1993, S. 45 ff.
- ⁵ Vgl. Dieter Bott, Jugend und Gewalt, in: DEUTSCHE JUGEND 2/1993, S. 87 f.
- ⁶ Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Rechtsextremismus als neue soziale Bewegung?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 2/1993, S. 17 ff.; ders., Zur modischen Fehldeutung des Rechtsextremismus/Rassismus als Jugendrevolte und soziale Protestbewegung, in: DEUTSCHE JUGEND 11/1993, S. 483 ff.
- ⁷ Ute Osterkamp, Antirassismus: Weitere Fallstricke und Problematisierungen, in: DAS ARGUMENT 195 (1992), S. 737
- ⁸ Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Die Neue Rechte und der Kampf um die Hegemonie, in: spw - Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft 58 (1991), S. 51 ff.
- ⁹ Vgl. Hans-Dieter Schwind, Bisher veröffentlichte Meinungen zu den „Ursachen“ des Terrorismus (Überblick), in: ders. (Hrsg.), Ursachen des Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin/New York 1978, S. 46 ff.
- ¹⁰ Erklärung der Bundesregierung zu Extremismus und zunehmender Gewaltbereitschaft in Deutschland, abgegeben von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin Nr. 136 v. 11.12.1992, S. 1242 f.
- ¹¹ Helmut Schmidt, Die Gewalt an den Wurzeln bekämpfen. In der Auseinandersetzung mit dem rechten und dem linken Terror zeigt die Bundesrepublik Schwächen, in: DIE ZEIT v. 16.7.1993
- ¹² Vgl. dazu: Dieter Oberndörfer, Die offene Republik. Zur Zukunft Deutschlands und Europas, Freiburg/Basel/Wien 1991; Wilhelm Sternburg (Hrsg.), Für eine zivile Republik. Ansichten über die bedrohte Demokratie in Deutschland, Frankfurt am Main 1992; Christoph Butterwegge, Europa am Scheideweg: Von der Wirtschaftsgemeinschaft zur „Wohlstandsfestung“ oder zur multikulturellen Gesellschaft?, in: ders./Siegfried Jäger (Hrsg.), Europa gegen den Rest der Welt?, Flüchtlingsbewegungen - Einwanderung - Asylpolitik, Köln 1993, S. 206 ff.

WARUM ES ZUR SONNENENERGIE KEINE ALTERNATIVE GIBT

Hermann Scheer

SONNEN

STRATEGIE

Politik ohne Alternative

Piper

Weil Energie für alle natürlichen und sozialen Lebensvorgänge grundlegend ist, sind die von der Nutzung atomarer und fossiler Energien ausgehenden zerstörerischen Wirkungen die zentrale Gefahr für den natürlichen und den gesellschaftlichen Organismus. Hermann Scheer, Präsident der Europäischen Sonnenenergievereinigung EUROSOLAR, stellt dem »Weltkrieg gegen die Natur« eine politische »Sonnenstrategie« entgegen. Er sieht in der jahrzehntelangen und anhaltenden Ignoranz gegenüber den umfassenden Chancen der Sonnenenergienutzung ein eklatantes politisches »Jahrhundertversäumnis«.

Die »Sonnenstrategie« zielt auf die »vollständige Ablösung« atomarer und fossiler Energien durch die unerschöpfliche Sonnenenergie. Die Realisierung ist kein technisches oder wirtschaftliches Problem, sondern ein politisches. Scheer arbeitet konsequent die tatsächlichen Widerstände heraus, gegen die er eine politische Alternative entwickelt, die die Integration der Zivilisation in den Rhythmus der Natur ermöglicht.

Scheers radikales und gerade damit realistisches Plädoyer zeigt: Die »Sonnenstrategie« ist die soziale und wirtschaftliche Basisinnovation für die Industrieländer und die elementare Chance für die Entwicklungsländer.



304 Seiten mit 11 Abb. und 14 Tabellen. Kartoniert DM 36,-

PIPER

spw verschenkt zwei nützliche Bücher an alle, die ein neues spw-Abonnement an die Frau oder an den Mann bringen.

Köstlichkeiten aus aller Welt - je 100 Kochrezepte!

Ladenpreis: DM 19,80 (Dreisam-Verlag)

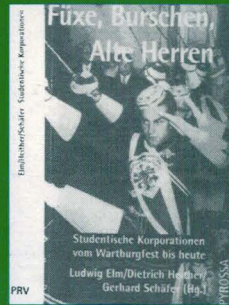
- (11) Brasilianische Gerichte
- (12) Griechische Gerichte
- (13) Indonesische Gerichte
- (14) Italienische Pasta-Gerichte
- (15) Mexikanische Gerichte
- (16) Portugisische Gerichte
- (17) Provenzalische Gerichte
- (18) Russische Gerichte
- (19) Türkische Gerichte

Mit dem richtigen Ratgeber - immer vollen Durchblick!

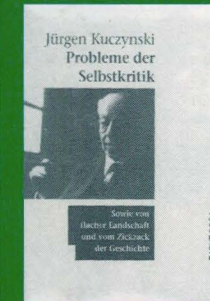
Ladenpreis: DM 24,50 (Dreisam-Verlag)

- (21) Umwelt-Lexikon
- (22) Haushalt ohne Gift
- (23) Recht am Arbeitsplatz
- (24) Mieterrechte
- (25) Rechtsratgeber für Arbeitslose
- (26) Verbraucherrechte
- (27) Zusammen leben - ohne Trauschein
- (28) Reisen und Recht

SPW



Was Sie immer schon mal lesen wollten!



(31) Jürgen Kuczynski, Probleme der Selbstkritik

(32) Lutz Hoffmann, Die Unvollendete Republik

(33) L. Elm/D. Heithier/G. Schäfer, Fünfe, Burschen, alte Herren
Ladenpreis: jeweils DM 24,80

(34) K.-H. Heinemann/W. Schubarth, Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder
Ladenpreis: DM 14,80

(Papyrossa Verlag)



Bitte beide Nummern der Buchgeschenke auf der Abo-Karte angeben!